

wub

was uns betrifft

Thema:

Nord gegen Süd?

Im Blickpunkt:

„Die Saat des Krieges“
– Millionen von Landminen
fordern täglich neue Opfer

Hintergrund:

„Äffchen statt Zivis?“

Diesmal mit Extra-Beilage:
wub-Buchtips



Lieber Leser,
liebe Leserin,

Stuttgart, 2.11.93

Dino im Kino, Dino im Video-Spiel; Dino auf der Saftflasche und auf dem T-Shirt; als Plüschtiere und Kaugummi; zum Aufblasen und Aufhängen, zum Ausschneiden, Anmalen, Aufziehen und Abrubbeln; als lebensgroßer Party-Gag und als versteinerte Star im Museum. . .

Die Welt im Dino-Fieber, von Dino-Manie erfaßt – oder unter Saurier-Terror? In der Hauptsache ist das Ding mit dem Saurier wohl ein absolut gigantisches Geschäft. Aber verwunderlich ist sie schon, die weltweite Sympathiewelle für die „Schreckensechsen“ (= wörtl.: Dinosaurier). War der Begriff „Saurier“ nicht bis vor kurzem noch Synonym für das hoffnungslos Veraltete? Für das Viel-zu-groß-Gerätene? Für das Plumpe, Unbewegliche, zum Scheitern-Verurteilte? „Ausgestorben - zuviel Panzer, zuwenig Hirn“, die- ser Saurieraufkleber aus der KDV-Szene der 70er Jahre verglich



Ausgestorben

zuviel
Panzer
zuwenig
Hirn

das Aussterben der Riesen-
echsen mit den Gefahren,
die der Menschheit durch
die weltweite Hochrüstung
drohen: zuviel Panzer, zu-
viel Rüstung, zuviel Waf-
fen, aber zuwenig Geist
zum Nachdenken über
mögliche Folgen und Risi-
ken, zuwenig Mut und
Phantasie, um Neues zu
entwickeln und sich den
Veränderungen anzupas-
sen.

Und im Prinzip ist diese
Kritik an den weltweiten
Armee-Riesen gerade heu-
te berechtigter denn je:
Die Armeen sind groß
und größer geworden –

aber für die Konflikte und Bedrohungen unserer Zeit immer un-
brauchbarer. Der Krieg am Golf und das riesige Militäraufgebot
gegen Saddam Hussein haben es nicht geschafft, dem menschen-
verachtenden Diktator das Handwerk zu legen. Im ehemaligen Ju-
goslawien – so befürchteten selbst Nato-Militärs – würde der Einsatz
internationaler Truppen mehr zerstören als retten. Und in Somalia
werden es noch so große UNO-Aufgebote nicht schaffen, den
Krieg der Clans zu beenden.

„Zuviel Panzer – zuwenig Hirn“ – es mag einiges dran sein,
an dem Saurier-Vergleich. Er hat aber auch einige sehr entschei-
dende Haken. Zum einen ist es nicht ganz sicher, warum die Sau-
rier ausgestorben sind, aber der Grund war wohl nicht „biolo-
gische Degeneration“, sondern eher
waren es Klimaveränderungen. Zum an-
deren: Die Sauriergattungen mit ihren
Panzern beherrschten immerhin mehr als
150 Mio. Jahre das Leben der Erde – ob
es der Mensch so lange schaffen wird,
steht noch dahin.

Herzlich Euer

Werner Schulz

SEITE 3 3

IM BLICKPUNKT

Landminen – „Die Saat des Krieges“ 4

„Keine Grade“ – Zum Bericht der Internationalen
Konferenz zum Schutz der Kriegsopfer 6

PREISRÄTSEL 7

LESERBERICHT 8

Die Oase im Zivildienst – Sozialer Friedensdienst

KONTROVERS 10

Brauchen wir private Sicherheitsdienste?

RECHT 12

Der Weihnachtsmann im Zivildienst

wub-THEMA: 13

NORD GEGEN SÜD?

Müll: One-Way-Ticket von Nord nach Süd 14

Militäreinsätze und humanitäre Hilfe
im Verhältnis 10:1 16

„Mehr als Geld und Zinsen“ – IWF und Weltbank
werden 50 Jahre alt 18

„Offensichtlich unbegründet“: Die ersten Auswirkungen
des neuen Asylrechts 19

SATIRE 21

UNTERWEGS 22

Japan nach den Wahlen: Hoffen auf
saubere Politik

PORTRAIT 25

Walter Ferber

INFO 26

HINTERGRUND 28

Äffchen statt Zivis?

BRIEFE 29

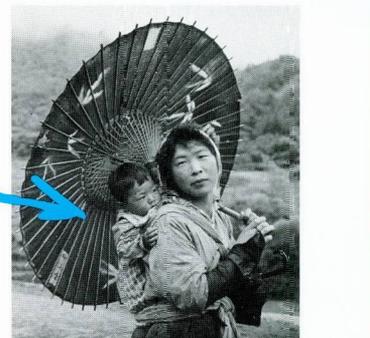
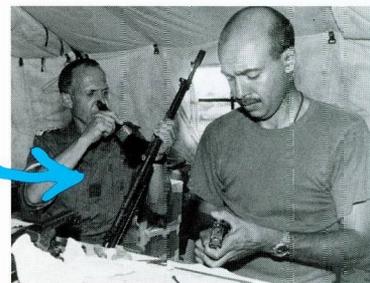
RÜSTZEITEN 30

GEDANKEN 31

wub-ART 32

wub-Extra: Buchtips. Diese Ausgabe enthält – rechtzeitig vor
Weihnachten – ein Sonderheft mit interessanten Buchtips

Titel: Angelika Emmeling



wub ist die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge. Alle evangelischen ZDL erhalten von ihrer Kirche für die Dauer des Dienstes ein Frei-Abo.

IMPRESSUM

wub (was uns betrifft), Zeitschrift für KDVer und ZDL / Mitglied im Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik e.V. / Herausgeber: Evangelische Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer (EAK) / Verleger: Trägerverein EAK e.V., Carl-Schurz-Str. 17, 28209 Bremen / Redaktion: Pfarrer Friedrich Schneider, Speyer (leitender Redakteur); Werner Schulz (verantwortlicher Redakteur) / Redaktionsbeirat: Günter Knebel, Bremen; Holger Giffhorn, Hannover; Dr. Hans-Richard Reuter, Heidelberg; Helmut Schlüter, Köln; Harald Wagner, Stuttgart; Theodor Ziegler, Karlsruhe / Redaktionsanschrift: wub-Redaktion, Werner Schulz, Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart, Tel. (07 11) 6 36 82 14, Fax (07 11) 6 36 90 09 / Vertrieb: Büro Pfarrer Schlüter, Postanschrift: Postfach 26 02 30, 50515 Köln, Hausanschrift: Barbarossaplatz 4, 50674 Köln, Tel. (02 21) 24 46 96, Fax (02 21): 21 29 33. Konto: Pfarrer Schlüter, Sonderkonto wub, Bank für Kirche und Diakonie, Duisburg (BLZ 350 601 90) Konto-Nr. 10 11 55 60 15 / Die Mitarbeit interessierter Leser (insbesondere von KDV und ZDL) durch Artikel, Leserbriefe, Photos, Karikaturen u. ä. ist erwünscht. Namentlich gekennzeichnete Beiträge sind nicht in jedem Fall identisch mit der Meinung der Redaktion. Besprechung unverlangt zugesandter Bücher und Schallplatten kann nicht garantiert werden. / Das Jahresabonnement (z. Zt. 4 Hefte einschli. Versand) kostet DM 10.-. Abonnement-Bestellungen bitte nur mit dem Bestellabschnitt auf Seite 27. Bei Umzug bitte Nachricht an den Vertrieb mit alter und neuer Adresse. / Layout: Psiuk, Scharndorf. Satz und Druck: Windhueter, Scharndorf. Repros: Sternstein, Stuttgart / Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion (wird gern erteilt). / Von einzelnen Beiträgen oder Ausschnitten von ihnen dürfen Kopien für den persönlichen oder sonstigen Gebrauch hergestellt werden. / Auflage: 54 000 / ISSN 0936-6520

Zitate

„Idealismus und Pioniergeist, Selbstbewußtsein und Stolz, Tapferkeit und Toleranz, Kameradschaft und Fürsorge und der spürbare Wille, für eine gute Sache das Beste zu geben – das nenne ich den Geist von Belet Uen.“

Volker Rühle, Verteidigungsminister

„Wir brauchen Kämpfer, die in schwierigster Lage Selbstbeherrschung, Einfühlungsvermögen und Verständnis für ihr Umfeld und Zurückhaltung im Gebrauch militärischer Macht, aber doch Entschlossenheit zeigen, auch bei Friedenseinsätzen der UNO oder anderer Institutionen.“

General Klaus Naumann, Generalinspekteur der Bundeswehr

Fundstücken

Erbsensuppe

„Im letzten Jahr war die Ausstellung 'Unser Heer' in 15 Städten der Bundesrepublik Deutschland. Dabei legten die Fahrzeuge der Ausstellung 300000 km zurück, 16000 Portionen Erbsensuppe wurden von den rund 165000 Besuchern und 10000 Schülern (504 Schulklassen) verzehrt und mehr als 13 Tonnen Informationsmaterial verteilt.“

(aus: Pressemitteilung der Ausstellungsleitung)

1700 Deutsche für 3 indische Soldaten

Nach Auskunft des Verteidigungsministeriums hat der Einsatz deutscher Truppen in Somalia bisher 215 Millionen Mark gekostet. Rund 3000 kranke Somalis seien von Deutschen ambulant und 150 stationär behandelt worden. Derzeit unterstützen die 1700 Bundeswehr-Soldaten in Belet Uen drei indische Militärs.

(aus Rheinpfalz v. 22.10.93)

Randnotiz

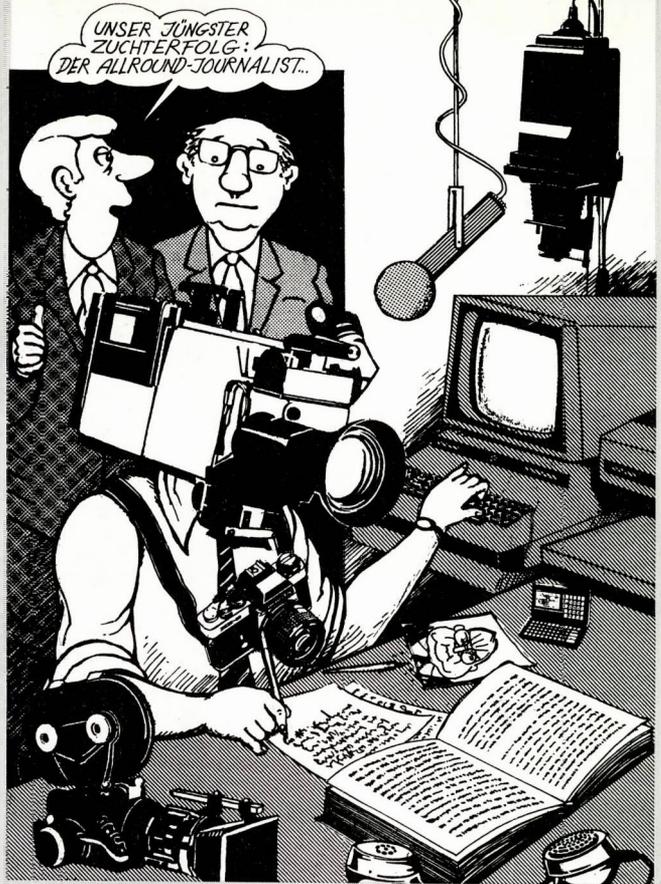
Friedensethik auf Abwegen

Von Friedhelm Schneider

Wo es um die richtigen Schritte zum Frieden geht, da gibt es nur selten eine einhellige Meinung darüber, ob einer auf Irrwege geraten ist oder ob er sich auf dem rechten Weg befindet. In letzter Zeit fällt auf, daß sich in der Friedensdiskussion unserer Kirche die „abwegigen“ Wortmeldungen mehren: Stimmen werden laut, die von bewährten Einsichten und Lernerfahrungen abgehen, die hinter sich lassen, was selbst streitbare Verfechter zurückliegender Dauerkontroversen („Friedensdienst ohne Waffen oder 'Nächststenliebe mit schwerem Gerät?' ...) als kleinsten gemeinsamen Nenner akzeptieren konnten. Der 1948 formulierte Kernsatz „Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein“ droht Opfer einer Neufassung zu werden, die lauten könnte: „Friedenszwingende Maßnahmen sollen um Gottes Willen nicht ohne uns sein ...“

Die Denkanstöße, die Vertreter einer wieder belebten „Friedensethik Gewehr bei Fuß“ verbreiten, folgen weithin denselben Argumentationsmustern: Da werden militärkritische Aussagen zur (heute überholten)

Kirchengeschichte erklärt. Konsequente Äußerungen des ehemaligen DDR-Kirchenbundes (so die Bewertung einer christlich motivierten KDV als „Ausdruck des Glaubensgehorsams, der auf den Weg des Friedens führt“) werden als zeitbedingte Reaktionen auf den SED-Staat abgetan. Die ebenfalls zu DDR-Zeiten formulierte „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ wird zu den „offensichtlichen Irrtümern“ der kirchlichen Friedensdiskussion gezählt (so Dr. Hartmut Löwe, EKD-Beauftragter bei der Bundesregierung). Neuerdings werden Kriege wieder bejaht, wo sie zur Wiederherstellung von Menschenrechten „schrecklicherweise notwendig“ erscheinen, weil andere Auswege nicht gesehen werden. Hier bietet sich der Begriff einer nicht näher bestimmten „ultima ratio“ (Krieg als „letztes Mittel“) als eine Art 'ethischer Joker' für die mehr oder weniger großzügige Legitimierung internationaler Kampfeinsätze geradezu an. In einem persönlichen Gesprächsbeitrag hat Dr. Hermann Barth (Vizepräsident des EKD-Kirchenamts) kürzlich die ethische Rechtfertigung von Abschreckung und gewaltsa-



Blattmacher mit Sonderurlaub gesucht

An alle Schreiber, Dichter, Texter, Denker, Zeichner, Satiriker, Reporter, Knipser. . .

wub sucht Leute, die Lust haben, wub zu machen. Wie das? Eine komplette Ausgabe, die Nr. 3/94 nämlich, wollen wir von unseren Lesern schreiben und gestalten lassen. Komplett, von vorn bis hinten.

Während einer „Rüstzeit“ vom 05.04.-09.04.94 im Elsaß – dafür gibt's Sonderurlaub! – wollen wir Ideen sammeln, uns von Journalisten-Profis Rat holen, erste Versuche starten und „Hausaufgaben“ verteilen. Bei einem zweiten Treffen, im Juni, tragen wir unsere Werke zusammen, wählen aus, streichen zusammen, werfen weg. . . Am Ende steht dann das Heft, das

in einer Auflage von ca. 50000 !!! an die Zivi-Kollegen in diesem unserem Lande geht. Also, wer hat Lust? Damit wir nicht in die etwas peinliche Lage geraten, im Elsaß mit 15 Lyrikern am Tisch zu sitzen, sollten alle, die mitmachen wollen, folgendermaßen dranbleiben: 1. uns sofort, spätestens bis zum 31.12. Post schicken, und zwar 2. mit einer kurzen Vorstellung der eigenen Person und v.a. 3. mit Hinweisen auf die jeweiligen Spezialitäten (Fotos, Texte, Karikaturen. . .) und nach Möglichkeit 4. ein bis zwei Kostproben beilegen. Wir melden uns dann umgehend zurück. Also, liebe angehende „Kollegen“, los geht's. Bis zum fünften April im Elsaß herzlich Eure Friedhelm Schneider und Werner Schulz

mer Rechtsdurchsetzung befürwortet. Er beschließt seine Gedanken mit der kennzeichnenden Frage: „Wagen es die Christen, ihren Söhnen das Gewissen nicht nur im Blick auf eine unter Umständen notwendig werdende Verweigerung des Kriegsdienstes, sondern auch im Blick auf die unter Umständen notwendig werdende Beteiligung an friedenserhaltenden und friedenschaffenden militärischen Einsätzen zu schärfen?“

Für die Evangelische Kirche in Deutschland berät zur Zeit die Kammer für Öffentliche Verantwortung über eine neue Friedensdenkschrift, die der veränderten Weltlage nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes

Rechnung tragen soll. Es ist dringend zu hoffen, daß die neue Denkschrift die Errungenschaften der evangelischen Friedensethik nach 1945 nicht rückgängig macht, sondern verdeutlicht und vertieft. Dazu gehört, daß es Aufgabe kirchlicher Gewissensbildung bleibt, Menschen sensibel zu machen für die Folgen zerstörerischer Gewalt und sie zu ziviler, lebensfördernder Einmischung zu ermutigen. Nicht zuletzt wird die Glaubwürdigkeit einer am Evangelium orientierten Stellungnahme davon abhängen, daß sie über jeden Verdacht der verbalen Waffensegnung erhaben ist – auch wenn eine solche politisch willkommen sein mag.



Millionen von Minen töten und verkrüppeln Menschen in der Dritten Welt

„Die Saat des Krieges“

Die Landminen müssen verboten werden

Von Werner Schulz

„Somalia ist vermint“, schreibt der Fernsehjournalist Franz Alt nach seiner Rückkehr aus dem Kriegsgebiet in einem Brief an Verteidigungsminister Rühle. „Etwa 3 Millionen Minen haben die Bürgerkriegsparteien im Wüstensand vergraben. Es knallt bei Tag und Nacht.“

Bei jedem dritten Knall, das sagt die Statistik, stirbt ein Mensch. Zwei von dreien, die auf eine Mine treten, überleben. Aber fast immer erleiden die Überlebenden schwerste Verletzungen. 75 % von ihnen müssen Gliedmaßen amputiert werden. Unterschenkel, Hände, Arme, nicht selten beide Beine.

Mehr als 20 000 Amputierte leben nach Angaben von „medico-international“ allein im Bürgerkriegsstaat Angola. In der somalischen 200 000-Einwohner-Stadt Hargeisa, so hat Franz Alt recherchiert, leben 12 000 durch Minen verkrüppelte Menschen. In Kambodscha, das meldet dpa, leben 30 000 Minenopfer.

Die hohe Zahl von Schwerverletzten und Behinderten, die der Einsatz von Landminen hinterläßt, ist keineswegs auf mangelnde Treffsicherheit oder unausgereifte Technik zurückzuführen, im Gegenteil: Die Krüppel sind ganz und gar im Sinne der Erfinder. „Minen sollen die Zivilbevölkerung terrorisieren. Die neueren Minen sollen verkrüppeln, nicht töten“, sagt Colonel Colin Mitchel.

Colin Mitchel weiß, wovon er spricht. Als ehemaliger britischer Berufssoldat hat er nach eigenen Angaben „seit dem Zweiten Weltkrieg in vielen Kriegen gekämpft“. Inzwischen hat er sich als Aktivist der englischen Anti-Minen-Organisation „Halo-Trust“ der Beseitigung von Minen in ehemaligen Kriegsgebieten der Dritten Welt verschrieben.

Wer Landminen auslegt, wünscht seinen Gegnern also nicht den schnellen, sondern den langsamen Tod. Das Kredo der Minenbauer heute: Wer langsam stirbt, zeigt mehr vom Leiden.

Und so gesehen sind die Konstrukteure äußerst erfolgreich: Die Opfer werden oft buchstäblich durchlöchert, durch tausende kleiner und kleinster Splitter und Schrapnells, die bei der leisesten Berührung der Mine freigesprengt werden. Andere Minen reißen die Hände, die Arme und die Füße ab. In Abertausenden von Fällen und jeden Tag neu sind die Opfer dieser heimtückischen Waffen ungeschul-

„Minen sollen die Zivilbevölkerung terrorisieren. Die neueren Minen sollen verkrüppeln, nicht töten.“

Colin Mitchell, ehem. Brit. Soldat, heute Anti-Minen-Aktivist.



Kinder zählen zu den Hauptopfern der Landminen. Foto: UNICEF

dige Kinder. Und speziell auf die Kinder, die Ahnungslosesten, hat es eine besonders abartige Perversion menschlichen Erfindergeistes auch noch ausdrücklich abgesehen. „Butterfly“ nennen Insider die farbigen Kleinstminen, die von Flugzeugen aus abgeworfen werden und dann wie bunte Schmetterlinge langsam zu Boden flattern. Kinder, die glauben, buntes Spielzeug zu finden, werden so in den Tod gelockt oder – so sie denn überleben – zum Krüppel für den Rest ihres Lebens gemacht.

Das Leid, das die Minen über die Zivilbevölkerung in Kriegsgebieten bringen, ist unermeßlich und buchstäblich unendlich, denn mit dem Ende der Kriegshandlungen hört die Wirkung der verborgenen Minen natürlich nicht auf. Hinzu kommt, und auch das macht die Minen-„Aus-saat“ bei den Kriegsparteien so beliebt, daß die Versorgung der Opfer über Jahrzehnte hinweg die Energien der Angehörigen und auch riesige Geldmengen für medizinische Hilfe bindet. Ressourcen, die dem Wiederaufbau aller ehemaligen Kriegsgebiete bitter fehlen.

Steuergelder für neue Minengenerationen

Es wird niemanden verwundern, daß Landminen, unter denen heute hauptsächlich Länder der Dritten Welt leiden, eine ursprünglich europäische Erfindung sind. Entwickelt wurden die „Menschenraffer“ während des Ersten Weltkrieges. Ihre heutige Per-

„Sie gaben uns Kalaschnikows und zeigten uns, wie man schießt. Der Hang, den wir stürmen mußten, war mit irakischen Minen gespickt, wir wußten das aber nicht. 25 Jungen aus meinem Dorf wurden losgeschickt, als erste Linie gegen den Feind. 20 starben, die Luft brüllte, und ich sah, wie ihre Arme und Beine umherflogen.“

(Dschaafar, 17 Jahre, Iran; mit 10 Jahren wurde er Soldat Chomeinis, dann irakischer Kriegsgefangener.)

fektion, ihre Zuverlässigkeit und nicht zuletzt ihren profitablen Absatz verdanken die modernen Tretminen zu einem guten Stück bewährter deutscher Wertarbeit und deutscher Präzision. Auch heute noch machen Topmanager und Konstrukteure angesehener einheimischer Firmen

gute Miene zum bösen Spiel: „Diehl GmbH, Röttenbach“, „Dynamit Nobel, Troisdorf“, „Honeywell Regel System GmbH, Maintal“, „Rheinmetall GmbH, Düsseldorf“, ... Und wie überall, wo es um die Entwicklung und Erprobung von Kriegsgerät geht, fließen auch hier die Steuergelder reichlich in die Firmenkassen. Nach Angaben des Kinderhilfswerks Unicef sind allein im deutschen Bundeshaushalt für die Erforschung neuer Landminengenerationen 250 Mio. DM pro Jahr eingeplant.

Internationale Minenkampagne

„Die Saat des Krieges“, so nennt sich eine internationale Kampagne, die das Verbot von Produktion, Export und Anwendung von Landminen zum Ziel hat und diese Ziele völkerrechtlich verbindlich fixiert sehen will. In Deutschland läuft die Aktion unter Federführung von „medico international“⁽¹⁾. Schon mit dem Namen der Kampagne weisen die Initiatoren auf eines der größten Probleme hin: Minen sind wie die Saatkörner im Boden versteckt, man sieht sie nicht und sie lassen sich nicht einfach wie alte Kanonen nach Kriegsende beiseite räumen. Das US-State Department schätzt, daß weltweit augenblicklich über 110 Mio. Landminen in mindestens 62 Staaten vergraben sind – und Tag für Tag kommen neue hinzu und vor allem: modernere! Minen der jüngeren Genera-



49 261 400 4275 18.10.93 14:25
 SENDER: BUB FRAES *49 261 400 4275 18.10.93 14:17 NR. 01

BUNDESAMT FÜR WEHRTECHNIK UND BESCHAFFUNG

Postfach 7360, 56057 Koblenz

Genehmigungs-Nr./Approval No./No d'autorisation

Abgesandt am/Transmitted on/transmis in

TELEFAX

Datum/Date/date 18.10.93

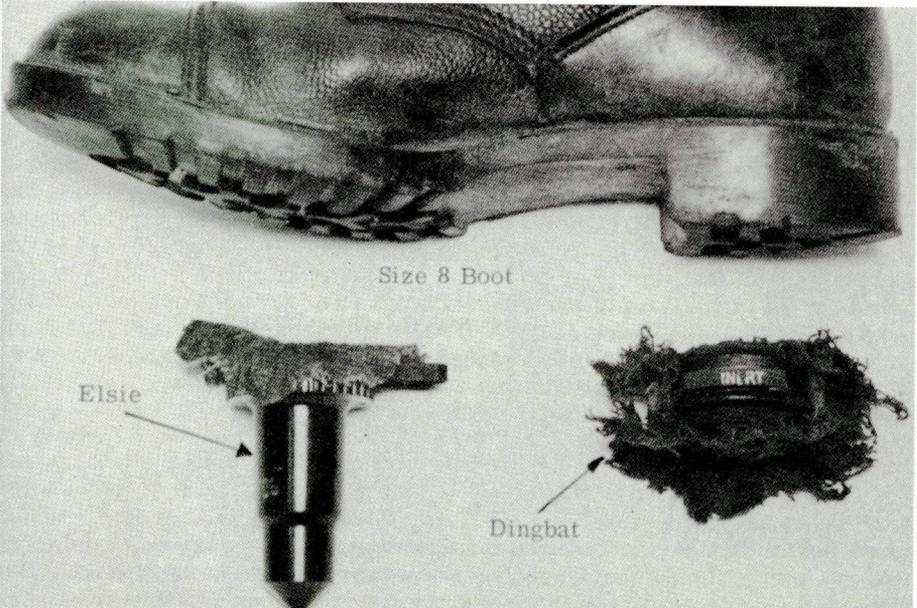
BWF

Bildmaterial von Landminen
 Ihre Anfrage vom 05.10.93

Sehr geehrter Herr Schulz,

wie ich Ihnen bereits heute morgen telefonisch erklärte, ist die Zurverfügungstellung von Informationsmaterial über Landminen jeglicher Art nicht möglich. Nach nochmaliger Überprüfung der Sachlage, unter Einschaltung des Presse- und Informationstabes des Bundesministeriums der Verteidigung (), sehen wir keine Möglichkeit Ihnen die gewünschten Unterlagen zur Verfügung zu stellen.

Beim BWF und beim Verteidigungsministerium war kein einziges Foto einer Mine zu erhalten. Dabei sind Minen selbstverständlicher Ausbildungsstoff für die Soldaten der Bundeswehr, siehe Auszug aus der Zeitschrift „Wehrausbildung“.



Die Abbildung entstammt einem englischen Waffenkunde-Lehrbuch und zeigt die Größenverhältnisse.

ion sind aus Holz oder Kunststoff, das heißt mit Metalldetektoren nicht zu finden. Vor allem den Dritte-Welt-Staaten fehlt es am technischen Gerät und am Know-How, um die Minenräumung effektiv und systematisch zu betreiben. In Somalia räumen die Menschen Minenfelder mit den bloßen Händen. Wenn

„Gestern, heute, morgen/Dynamit Nobel/ Bei Minen die erste Adresse“

(Werbeforschung in „Wehrtechnik“ 6/92)

„Die ganze Konsequenz dieses massenhaften Mordes ist mir erst klageworden, als eine Krankenschwester des Komitees Cap Anamur in Somalia auf eine Antipanzermine gefahren ist und jetzt keine Beine mehr hat.“

Rupert Neudeck, Cap Anamur

letzte Mine erst in 4 300 Jahren entschärft sein.

Schon im Januar vergangenen Jahres hat sich Rupert Neudeck, Vorsitzender der Hilfsorganisation Cap Anamur, in Sachen Landminen an die Spezialisten gewandt, an die Minenräumer bei der Bundeswehr. Inzwischen wurden einige Mitarbeiter von Cap Anamur im brandenburgischen Storkow von Bundeswehrpionieren im Minenräumen mit speziellen Panzern ausgebildet. Der Baden-Badener Journalist Franz

Alt will noch einen Schritt weiter gehen. In seinem Brief an Volker Rühle fordert er die Bundeswehr auf, ausgebildete Einheiten zur Minenräumung nach Somalia zu schicken. „Welch gutes pazifistisches Zeichen, wenn die Bundeswehr als erste Armee der Welt eine Minenräumbrigade aufstellt und in Somalia, später auch in anderen Ländern wie Afghanistan oder Kambodscha einsetzt. (...) Das wäre Verantwortung für die Menschen in Somalia, die Sie ja jetzt übernehmen wollen.“

(1) Weitere Infos (z. B. über einzelne Kriegsgebiete) und alles über die internationale Minenkampagne gibt es bei: medico international – Koordination Minenkampagne, Obermainanlage 7, 60314 Frankfurt a. M.

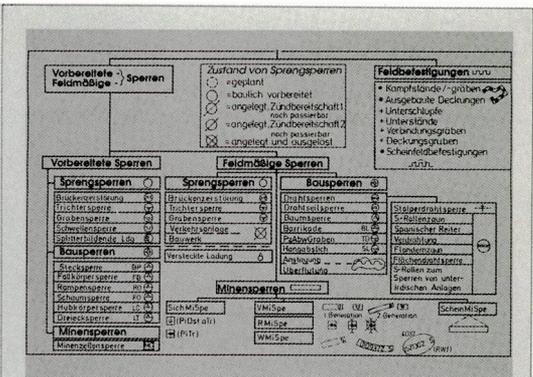


Abb. 4: Verstärkung des Geländes

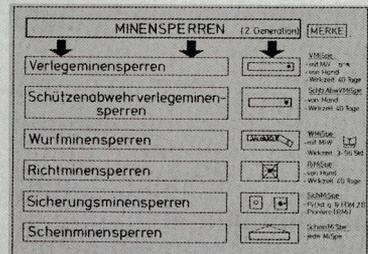


Abb. 5

WEHRAUSBILDUNG 4/1993

Aus „Wehrausbildung“ 4/93; Hg.: Verteidigungsministerium

der ILLER so zu führen, daß – Feind nach Nordosten gelenkt wird. – Feind beiderseits JETTINGEN und beiderseits KRAMBACH so gesteuert wird, daß der beabsichtigte Angriff der Division flankierend und über eigene Truppe hinweg geführt werden kann (Abb. 1). Dazu beabsichtigt der Btl Kfr folgende Gefechtsplanung einzunehmen (Abb. 2). Das Btl ist durch folgende Kampf- und Kampfunterstützungstruppen verstärkt worden (Abb. 3).

Gedanken zum Waffenverbund
 Mit der Zuweisung der Artillerie ist die Kampfkraft des PzAufBtl wesentlich erhöht worden. Der BtlKdr

„Keine Gnade“

Rotes Kreuz verurteilt systematische Mißachtung der Menschenrechte in den gewöhnlichen Kriegen

Das internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) schlägt Alarm: Die Kriege unserer Tage werden vor allem für die Zivilbevölkerung brutaler, gnadenloser und unmenschlicher. Eine vom IKRK angeregte „Internationale Konferenz zum Schutz der Kriegsoffer“ zog in Genf im August dieses Jahres eine traurige Bilanz. Die Konferenzteilnehmer forderten die Einrichtung einer ständigen internationalen Gerichtsbarkeit zur Ahndung von Kriegsverbrechen.

Ein Bericht von Werner Schulz

Sie ist ein einziger Aufschrei, die fünfseitige Schlußerklärung der Konferenz, die zum Antikriegstag, am 1. September, in Genf veröffentlicht wurde. „Wir weigern uns zu akzeptieren, daß Krieg, Gewalt und Haß sich überall in der Welt ausbreiten, und daß grundlegende Menschenrechte mehr und mehr auf gravierende und systematische Art mißachtet werden“, heißt es gleich zu Beginn der Deklaration. 130 Jahre nach Gründung des IKRK (1863) und dem ersten, von Henry Dunant initiierten Genfer Abkommen zur „Linderung des Loses der im Felddienst verwundeten Militärpersonen“ (1864) weisen die Konferenzteilnehmer die Weltöffentlichkeit auf zwei alarmierende Entwicklungen hin: Die „Verrohung“ der Praktiken im Kriegshandwerk zum einen und die stillschweigende Hinnahme der Greuel durch die Staaten der Welt zum anderen.

Zivilbevölkerung als Hauptopfer

„Wir weigern uns zu akzeptieren, daß man Verwundeten keine Gnade gewährt, daß Kinder massakriert werden, Frauen vergewaltigt und Gefangene gefoltert werden; daß Opfern elementarer menschlicher Beistand verweigert wird, daß Zivilisten zu Kriegszwecken ausgehungert werden, daß Verpflichtungen durch internationale Menschenrechtsabkommen in feindlich besetzten Gebieten nicht respektiert werden, daß den Familien vermißter Personen die Information über das Schicksal ihrer Verwandten vorenthalten wird, daß Bevölkerungen illegal umgesiedelt und Länder verwüstet werden.“

Daß auch die Opfer eines Krieges, also Besiegte und Gefangene, Verletzte und Tote, Rechte haben und die Staaten gegenüber diesen Opfern Pflichten, dieser humanitäre Grundgedanke, der hinter dem „Genfer Abkommen zum Schutz der Kriegsoffer“ von 1949 steht, er versackt von Tag zu Tag tiefer in den Grausamkeiten der weltweiten Kriege und Bürgerkriege.



Kanadischer UN-Soldat mit Rot-Kreuz-Armbinde in Sarajevo.

Foto: dpa

Insbesondere die Grundregel, daß in einem Krieg militärische Operationen nur gegen militärische Ziele gerichtet sein dürfen und nicht-beteiligte Zivilisten unter völkerrechtlichem Schutz stehen – festgehalten und bekräftigt in Art. 48 der Genfer Zusatzprotokolle von 1977 – wird von den heutigen Kriegsparteien in aller Welt mißachtet.

„Wir weigern uns zu akzeptieren, daß die Zivilbevölkerung immer öfter das Hauptopfer von Feindseligkeiten und Gewalttaten, die im Zuge bewaffneter Konflikte begangen werden, wird. Zum Beispiel da, wo absichtlich auf sie gezielt wird oder wo sie als menschliche Schilde benutzt werden, und besonders, wenn sie Opfer der ekelhaften Praxis der „ethnischen Säuberungen“ sind. Wir sind alarmiert durch den auffallenden Anstieg der Akte sexueller Gewalt, die besonders gegen Frauen und Kinder gerichtet sind. Und wir wiederholen nochmals, daß solche Taten gravierende Brüche im internationalen Menschenrechtsgesetz darstellen.“

Viele Staaten, darunter auch die USA und Großbritannien, haben die Zusatzprotokolle bis heute nicht ratifiziert. Auch die Bundesregierung zögerte lange und ratifizierte erst 1991.

Zivilisten als Manövriermasse

Cornelio Sommaruga, der Präsident des IKRK, beklagte schon im Frühsommer bei einem Besuch in der Ruhr-Universität in Bochum die „Erosion des humanitären Völkerrechts“ zu Lasten der Zivilisten und verurteilte die inzwischen gängige Praxis der Kriegsparteien, Zivilisten und Flüchtlinge zur taktischen Manövriermasse zu machen: „Ganze Zivilbevölkerungen sind zur Geisel des Krieges geworden, Hungersnöte drohen ihnen, und dennoch wird ihr Hilfsanspruch von den Kriegführenden mit Füßen getreten, denn sie verweigern dem Roten Kreuz die Erlaubnis, den Notleidenden Hilfe zu bringen.“

„Maßloses Übel“

„Das Übel des Krieges glaubte man damals auch deshalb als relativ gering einschätzen zu können, weil man mit einer fortschreitenden Humanisierung der Kriegführung rechnete. Ausgangspunkt zu dieser Annahme waren die Verpflichtungen, welche die Völker auf Grund der Bemühungen des Roten Kreuzes in der Genfer Konvention von 1864 auf sich genommen hatten. Sie garantierten einander die Pflege der Verwundeten und die humane Behandlung der Kriegsgefangenen. In Aussicht genommen wurde auch weitgehende Rücksicht auf die Zivilbevölkerung. Damit war Bedeutendes erreicht, das in den folgenden Kriegen Hunderttausenden zugute kommen sollte. Aber in Ansehung des mit den neuzeitlichen Mitteln des Tötens und Zerstörens so maßlos gewordenen Übels des Krieges war es so wenig, daß von einer Humanisierung eigentlich nicht die Rede sein konnte.“

Albert Schweitzer in seiner Dankesrede anläßlich der Verleihung des Friedensnobelpreises am 4.11.1954.

Jüngstes Beispiel ist Liberia, ein Land, in dem seit dreieinhalb Jahren ein Bürgerkrieg tobt. Dort wurde dem Roten Kreuz die Lieferung von Hilfsgütern sogar von UNO-Truppen verweigert, die auf Beschluß des Welt sicherheitsrates die Grenzen zum Nachbarn Elfenbeinküste geschlossen halten. Was als Schlag gegen die als grausam bekannten NPFL-Rebellen gedacht war, traf in erster Linie Hunderttausende liberianischer Zivilisten, die in eine schlimme Hungersnot getrieben wurden: Mehr als 200 000 Menschen leiden unter akuten Hungersymptomen, weitere 300 000 sind gravierend unterernährt. Erst nach einem Protestbrief von IKRK-Präsident Sommaruga an UNO-Generalsekretär Butros Ghali wurden erste Hilfslieferungen durchgelassen.

Auch bezüglich Somalia erhebt das IKRK massive Kritik am Verhalten der UNO-Soldaten: Nicht nur seien auch hier Zivilisten als Kriegsgeisel für politische Zwecke mißbraucht, sondern bei der Jagd nach General Aidid seien Zivilpersonen auch gezielt attackiert und beschossen worden.

Kriegsverbrechen müssen geahndet werden

Aufschreie, Appelle, Bitten, Erklärungen, ... das sind die Mittel, die dem IKRK als dem Garanten des humanitären Völkerrechts zu Verfügung stehen. Die Kriegsherren der Welt aber lassen sich von solcherlei „Bettelei im Namen der Humanität“ wenig erweichen. Dieses Dilemma haben auch die Teilnehmer der Konferenz zum Schutz der Kriegsoffer erkannt. In der Konsequenz fordern sie die Einrichtung eines internationalen Kriegsgerichtshofes. Cornelio Sommaruga: „Es ist unannehmbar, daß Kriegsverbrechen ungestraft bleiben. Es gilt also, Mittel zu finden, um die Staaten, die schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts begangen haben, dazu zu bringen, die von ihnen eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten. Diese Mittel gibt es. Sie umfassen diplomatische, wirtschaftliche oder – im Extremfall und wenn die Verletzungen des humanitären Völkerrechts so schwerwiegend sind, daß sie eine Gefahr für den Frieden darstellen – sogar militärische Maßnahmen.“

Diese Schlußfolgerung aber hieß: Neue Kriege führen um alte Kriegsverbrechen zu ahnden. Ein Teufelskreis. Einmal mehr scheint sich auch hier die Erkenntnis zu bestätigen: Der Krieg läßt sich nicht reformieren, den Krieg muß man abschaffen. ■

Aktion ggn. Waf-lensystem		Formel für Kraft	franz. Stadt	Vorname der Deter	Edelsteingewicht		Symbol für Außer-sinnliches	Gewässer	Obstkunde	Fell e. best. Rat-te
Erdteil			⑩				Farbe		sibir. Strom	
ital. Meer		Elan, Pep		⑥					Formel für Radius	
					Flächenmaß		griech. Gott d. Liebe			⑪
Künstlerbedarf		nichts als das		Haushalt				Himmelsrichtg. (Abk.)	franz. Artikel	
⑫						umstritt. UN-Mission in Somalia	⑤			
Augenblick								engl. Adelstiel	linker franz. Philosoph †	Blutdruck (Abk.)
3. Person								Berliner Symbol		
Nacktmalerei		engl. Fluß								
								engl. Schulstadt	Mittelmeerge-wächs	Symbol für Stickstoff
Gebets-schluß										
					ideal-typ. Zi-vildienst	Blutbahn	Num-mer (Abk.)	dt. Kaiser + Herr-scher-name		Erbanla-gen
umstritte-ne Spiel-halle		begeist. Anhän-ger		①				Küsten-ver-schmut-zung	Nerven-krankheit (Abk.)	Hirn-strom-mefg.
										griech. Held der Mytholo-gie
heraus-rägende Person		⑦				3. Person			Nippon	
1. Frau Jakobs		staaten-bild. In-sekt						Schmuck-stein		
			Aueroch-se		Windsei-te b. Schiff	Zeitab-schnitt				②
Him-melskör-per		Form dt. Abfallent-sorgung		⑨				Sicher-heits-leistg.	ital. In-sel	Stelle Platz
									⑧	
Tierpro-duk-t			außer-kirchl. rel. Gruppen							Nordpo-largebiet
Mär-chenwe-sen		Sozialer Friedens-dienst (Abk.)			semit. Gottes-bez.		KFZ-Kz. v. Luxem-burg		Körperteil Frauen-name	
			Gegenteil von Schlafen				Haar-wuchs an e. best. Stelle			Stiftein-lage
Prosa	Groß-mutter	Kreditge-ber für 3. Welt				④				Längen-einheit (Abk.)
				⑬	Jupiter-mond			engl.: es		amerik. Zustim-mung
Dunkel-heit		Reizgas (Abk.)			kath. Amtsge-bet					
					KFZ-Kz. Norwe-gen		plast. Larve		③	

wub
was uns betrifft
Rätsel

4/93
©

Gesucht: Schlagwort zum Thema dieser Ausgabe

Die Lösung des wub-Preisrätsels 3/93 lautete: „Zivi light“.

Die Gewinner der ersten drei Preise sind:
Jochen Holder, Dettingen
Markus Busch, Duisburg
Joachim Eisele, Göppingen Bodenfeld

Alle GewinnerInnen werden von uns schriftlich benachrichtigt. Herzlichen Glückwunsch und viel Spaß mit den Preisen! Auch allen, die leider nicht gewonnen haben, danken wir fürs Mitmachen. Vielleicht klappt es ja diesmal, es gibt wieder tolle Preise zu gewinnen! Also mitmachen, Lösungssatz in den Abschnitt eintragen, auf eine Postkarte kleben und unter lesbarer Absenderangabe an

wub-Redaktion – Werner Schulz
Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart
schicken.

Einsendeschluß ist der 05.01.1994 (Poststempel). Unter den richtigen Einsendungen werden (unter Ausschluß des Rechtsweges) folgende Preise verlost:

1. Preis: **Die Kafka Kasette** – Gesammelte Werke in acht (!) Bänden
2. Preis: **Die Entdeckung des Himmels** von Harry Mulisch (siehe – unbedingt! – unsere Buchtip-Beilage)
3. Preis: **Jazz** – Roman der Literaturnobelpreisträgerin Toni Morrison
4. Preis: **Die Grausamkeit der Raben und See der Dunkelheit**, 2 Geschichten von Ruth Rendell, einer der besten Krimi-Autorinnen der Welt.
- 5.–10. Preis: **Je ein brandneuer Thriller**

Ausschneiden und auf Postkarte kleben!

13
12
11
10
9
8
7
6
5
4
3
2
1

Beitrag wub: Anregung/Kritik/Lob:

Die Oase im Zivildienst

Zum Konzept des Sozialen Friedensdienstes und seiner praktischen Ausgestaltung

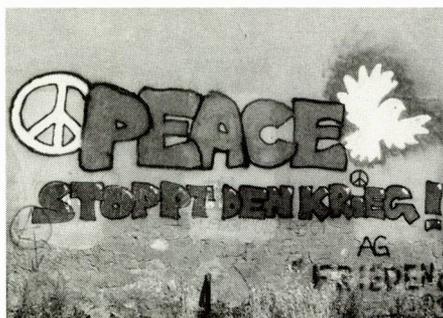
Von Sebastian Berger

„Praktisch sind alle 25 Zivildienstplätze des Sozialen Friedensdienstes (sfd) finanziell bedroht, weil sie unter die geplanten Kürzungskategorien fallen“. Pfarrer Alexander von Oettingen, Beauftragter für den sfd Darmstadt, schreibt einen SOS-Brief an die Bundestagsabgeordneten seines Wahlkreises und schlägt wegen den Sparbeschlüssen der Bundesregierung Alarm: „Eine höhere Belastung würde das Aus für die Zivildienststellen bedeuten“. Man kann nur hoffen, daß die Pro-

Gemeint ist mit dem Ausdruck „sozialer Friedensdienst“ (sfd) ein Prozeß von praktischer, sozialer und diakonischer Arbeit und deren theoretischer Reflexion, der allen Beteiligten soziales Lernen ermöglichen soll. Der Kriegsdienstverweigerer (KDVer) soll in seiner Gewissensentscheidung ernstgenommen werden und die Möglichkeit erhalten, auch im Zivildienst einen Beitrag zum Frieden zu leisten. Sfd's gibt es in Bremen, Hannover, Gelsenkirchen, Dortmund, Kassel, Frankfurt a. M., Darmstadt, Göppingen, Augsburg und Dresden. Die Idee, den Zivildienst als Friedensdienst auszugestalten, ist nicht neu: Sie entstand in den sechziger Jahren vor dem Hintergrund einer Auseinandersetzung innerhalb der evangelischen Kirche um ihr Verhältnis zur Bundeswehr und zur Kriegsdienstverweigerung. Dem Grund nach anerkannt wurde die Idee jedenfalls auf dem evangelischen Kirchentag 1967 in Hannover durch die Formel vom „Friedensdienst mit und ohne Waffen“. Vollständig verwirklicht werden konnte diese Vorstellung allerdings nie: Durchsetzbar war nur ein Friedensdienst, der auf soziale Einsatzfelder begrenzt ist. 1970 wurde ein solcher Friedensdienst in Darmstadt erstmals verwirklicht. Zwar erklärte der Rat der EKD 1978, daß die Kirche bereit sei, „Plätze für den Einsatz von Zivildienstleistenden im Sinne eines Sozialen Friedensdienstes zur Verfügung zu stellen“, doch nach wie vor stellt der Soziale Friedensdienst eine Ausnahme in der deutschen Zivildienstlandschaft dar. Doch was zeichnet den Sozialen Friedensdienst aus?

Einführung und Begleitung

Schon beim Einstellungsgespräch wird der KDVer umfassend über die auszuübenden Tä-



Sozialer Friedensdienst – Dienst für den Frieden?

teste des Kirchenmannes Erfolg haben, denn in der deutschen Zivildienstlandschaft sind die sfd's tatsächlich so etwas wie eine „Oase“.



SFD-Zivis bei der fachlichen Einführung im „Rollstuhlprojekt“



In einem Freizeitprojekt bauen SFD-Zivis eine Solaranlage

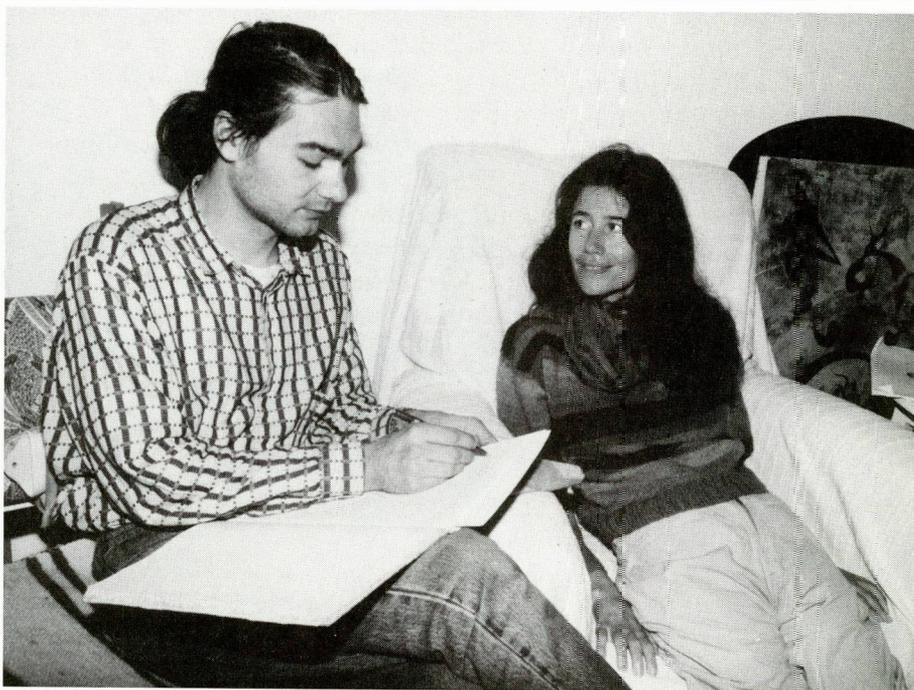
tigkeiten und das Konzept des Sozialen Friedensdienstes informiert. Auch Gespräche mit Zivildienstleistenden und eine Hospitation sollen ihm einen aussagekräftigen Überblick über den Zivildienst beim SFD verschaffen. Bei vielen Sozialen Friedensdiensten gibt es feste Einstellungsstermine, zu denen dann mehrere Zivis ihren Dienst beginnen. Sie bilden dann eine kleine Gruppe, die während der gesamten Dienstzeit oft zusammenkommt. Der Vorteil ist

offensichtlich: In der neuen Umgebung lassen sich leichter Kontakte knüpfen, man wird mit etwaigen Problemen nicht ganz alleine gelassen.

Zu Beginn des Zivildienstes erfolgt zunächst eine intensive fachliche Einführung mittels eines mindestens zweiwöchigen Lehrgangs oder mittels eines ausführlichen Einweisungsdienstes, der teilweise in mehrtägiger Seminarform durchgeführt wird. Während der gesamten Dienstzeit wird die fachliche Anleitung fortge-



Fotos: S. Berger



SFD-Zivi im ISB-Einsatz

bote, die gerade für in besonders belastenden Bereichen eingesetzte KDVer sehr wichtig und hilfreich sind.

Fortbildung in Dänemark und Spanien

Beim SFD Bremen etwa entfallen wöchentlich 4 Stunden Arbeitszeit auf Dienstbesprechungen im Rahmen der Praxisbegleitung: 2,5 Stunden stehen für eine allgemeine Dienstbesprechung zur Verfügung, bei der z. B. der Zivildienst als solcher, seine sozial- und gesundheitspolitischen Rahmenbedingungen, Zivildienstrecht etc. thematisiert werden. 1,5 Stunden werden den sog. Praxisgruppensitzungen eingeräumt: Dort werden ZDL einer Tätigkeitsgruppe von ihrem Praxisbegleiter in Bezug auf ihre unmittelbare Arbeit beraten. Dies geschieht je nach Bedarf individuell, mittels Supervision oder durch inhaltliche Fortbildung, wobei eventuell auch einzelne Fachleute, wie z. B. eine Krankengymnastin, hinzugezogen werden.

Darüber hinaus versuchen die Sozialen Friedensdienste, alle zugunsten der Zivis rechtlich zulässigen Maßnahmen zu verwirklichen: In Bremen erhalten Zivildienstleistende in besonders belastenden Diensten beispielsweise die Möglichkeit, an einer besonderen, staatlich geförderten Begleitmaßnahme teilzunehmen. ISB- und ISB-K-Zivis¹⁾ konnten so in den letzten Jahren beispielsweise an einer einwöchigen Fahrt nach Dänemark teilnehmen, bei der ihnen durch den Besuch unterschiedlicher Einrichtungen und durch Gespräche Anregungen zur Integration von Behinderten gegeben werden sollten. Ferner veranstaltet der SFD Bremen in enger Kooperation mit dem Zivildienstseelsorger der Bremischen Evangelischen Kirche einmal jährlich eine Rüstzeit in Barcelona, bei der Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst in Spanien thematisiert werden.

Dienst für den Frieden?

Dem friedenspolitischen Ansatz der KDVer versuchen die Sozialen Friedensdienste dadurch

Rechnung zu tragen, daß den ZDL bei Lehrgängen etc. außerhalb der Arbeitszeit entsprechende Angebote – wie z. B. der Besuch eines Konzentrationslagers, Gespräche mit Deserteuren etc. – gemacht werden. Das ist grundsätzlich zwar sehr zu begrüßen, begegnet aber auch Bedenken: Solange die allgemeine Wehrpflicht auch durch den Zivildienst erfüllt wird und Kriegsdienstverweigerer im Zivildienst keine Möglichkeit zu antimilitaristischer Arbeit vorfinden, solange kann nach Ansicht vieler von einem Friedensdienst im Zivildienst keine Rede sein – da helfen auch keine Angebote außerhalb der Dienstzeit. Wenn man allerdings Frieden als die „Abwesenheit von Gewalt“ ansieht, ließe sich ein solcher 'Friedensdienst' begrifflich zwar halten – inhaltlich ginge eine solche Bezeichnung am eigentlichen Anliegen der Kriegsdienstverweigerer allerdings vorbei, denn: Wenn ZDL militärisch verplant sind, kann der Zivildienst als solcher kein Friedensdienst sein und kann es auch keinen Friedensdienst im Zivildienst geben!

Obwohl bei den SFDs also strenggenommen kein Friedensdienst geleistet werden kann, wird dort immerhin eine Auseinandersetzung mit diesem Problemfeld angeboten. Das ist in Zeiten einer weitgehenden Entpolitisierung des Zivildienstes schon viel wert. Wirklich auszeichnen können sich die Sozialen Friedensdienste allerdings durch das Modell der Praxisbegleitung. Diese bundesweit vorbildliche Betreuung und Anleitung von Zivildienstleistenden vermag zahlreiche alltägliche Probleme im Zivildienst weitgehend zu verhindern oder jedenfalls zu bewältigen. Das ist ungewöhnlich in der deutschen Zivildienstlandschaft, aber eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Daß andere Dienststellen dies nicht bieten können zeigt, wie schlecht es auch im Jahr 1993 um die innere Ausgestaltung des Zivildienstes steht und wie wenig ernst Zivildienstleistende eigentlich genommen werden.

¹⁾ ISB = Individuelle Schwerstbehinderten Betreuung; K = Kinder

führt. Im Rahmen einer umfassenden Praxisbegleitung stehen den Zivildienstleistenden pädagogisch geschulte Mitarbeiter als Ansprechpartner für fachliche und persönliche Fragen zur Verfügung. Und schließlich bestehen regelmäßige Möglichkeiten zur Reflexion und zum Erfahrungsaustausch mit anderen ZDL – Ange-

Sozialer Friedensdienst Bremen e.V.
Dammweg 18-20, 2800 Bremen 1
Telefon 34 23 99

Die Kriminalität in Deutschland sei enorm gestiegen, sagt die Bundesregierung, um 25 % habe die Anzahl der registrierten Straftaten in den letzten 10 Jahren zugenommen, inzwischen zählt man 6 Millionen Delikte pro Jahr. Eine der Folgen dieses unerwünschten Wachstums ist der Ruf des Bürgers nach „law and order“ und der Boom der privaten Sicherheitsdienste, „schwarzen Sheriffs“ und „Bürgerwehren“. Nicht nur die großen Industriebetriebe beschäftigen schon heute private Sicherheitskräfte, auch Privatpersonen schließen sich in Initiativen zusammen und stellen in ihren Wohngebieten schwarze Sheriffs an. Die hundert Mark im Monat ist ihnen der ruhigere Schlaf schon wert. Aber: Ist das wirklich die richtige Richtung? Sicherheit für die, die es sich leisten können? Schon heute beträgt die Zahl der Mitarbeiter privater Sicherheitsdienste 270 000 bis 280 000 Mann. Geschätzter Umsatz: 3,2 Milliarden Mark. Ein neuer Markt und neue Arbeit? Oder billiges Geschäft mit der Angst? Brauchen wir die Privatsheriffs?

Kontrovers



Hundeführer eines privaten Sicherheitsdienstes

Fotos: argus

Nein – „Der Staat darf das Gewaltmonopol nicht aus der Hand geben“

Von Hermann Lutz *

Die Diskussion um den boomenden Einsatz privater Sicherheitsdienste, freiwilliger Polizeireserven oder einer ehrenamtlichen Sicherheitswacht ist Ausdruck eines zutiefst gestörten Sicherheitsgefühls und eines schwindenden Vertrauens in die Praktikabilität des staatlichen Gewaltmonopols.

Dieses Gewaltmonopol sagt ja nichts anderes als: „Verzichtet auf Gewalt und darauf, Euer Recht in die eigene Hand zu nehmen, denn Euer Recht garantiert der Staat! Wir wollen nämlich Zustände wie im 30jährigen Krieg verhindern und der persönliche Schutz soll unabhängig vom Einkommen gesichert sein“.

Wenn es so viele Bürger gibt, denen die staatliche Sicherheitsgarantie nicht mehr ausreichend erscheint und die sich deshalb in Bürgerwehren organisieren wollen oder an private Anbieter wenden, so ist schon fast uninteressant, ob die objektive Sicherheitslage das überhaupt erforderlich macht. Hier bröckelt das Vertrauen in das staatliche Gewaltmonopol, das Frieden unter den Menschen garantieren soll und für ein möglichst angstfreies und produktives Wirtschafts- und Sozialleben sorgen soll.

Jeden Tag jagt ein Vorschlag zur Rettung der inneren Sicherheit den anderen, was bei 6,3 Millionen registrierter Straftaten und in Erwartung eines Superwahljahres nicht verwunderlich ist.

„Neue Variante der Mobilmachung“

Da werden „freiwillige Polizeireserven“, „Sicherheitswachen“ und „polizeilicher Wehersatzdienst“ propagiert, als erlebe Deutschland eine neuartige Variante der Mobilmachung.

Freiwillige Polizeireserven und andere Hilfspolizeien sind aber nicht geeignet, die Polizei bei ihrer Arbeit sinnvoll zu unterstützen. Private Sicherheitsdienste erfüllen – wenn sie gut ausgebildet sind und auf dem Boden der Rechtsordnung stehen – ihren Sinn im privaten Raum, also meinetwegen in Schalterhallen von Banken und auf dem Firmengelände. Im öffentlichen Verkehrsraum haben sie meines Erachtens keine Aufgabe.

Wenn der Staat sein Gewaltmonopol aus der Hand gibt, können wir ihn vergessen. Und damit auch unsere Zivilisation. Selbst einer Aufweichung dieses Gewaltmonopols ist Einhalt zu gebieten. An den ersten Fall – also Abgabe des Monopols – wage ich nicht zu denken, die zweite Möglichkeit – Aufweichung – könnte schon morgen eintreten. Je stärker die Formen der privaten Sicherheit expandieren, je größer die Wirtschaftskraft der privaten Sicherheit wird, umso weniger können sich die Politiker den Ansprüchen einer wachsenden Lobby erwehren, die für die private Sicherheit mehr Kompetenz durchdrücken will als die jetzt hat.

Seit Jahren weist die Gewerkschaft der Polizei darauf hin, daß die Polizei in Organisation, Zielorientierung und Personal- und Sachausstattung im Wettlauf mit immer neuen Aufgaben und stetig ansteigender Kriminalitätsentwicklung auf der Strecke bleibt. Hier liegt der Handlungsbedarf der Politiker. Mehr polizeiliche Präsenz auf den Straßen kann nur durch mehr gutausgebildete und qualifizierte Polizeibeamte geleistet werden.

„Kein Blockwart- oder Spitzeldenken“

Armbinde und Funksprechgerät machen keine bis zu dreijährige Ausbildung für einen Lebenszeitberuf wert. Ausschlaggebend für die Qualität polizeilichen Handelns sind überdies auch Berufs- und Lebenserfahrung. Der Bürger hat ein Recht darauf zu wissen, wer in Uniform vor ihm steht – welche Rechte, welche Fähigkeiten und auch: welche Pflichten der Betreffende hat.

Der Staat darf das Gewaltmonopol nicht aus der Hand geben. Er darf auch nicht den Eindruck vermitteln, als leiste er einer Art Blockwart- oder Spitzeldenken Vorschub. Hoffentlich wissen die Initiatoren solcher Vorschläge, daß manch einer schon immer gerne dem Nachbarn hinterherspioniert hat und sich jetzt glühend auf eine offiziöse Armbinde freut. Statt entlastet, wird die Polizei vermutlich mit vielen falschen Alarmen und vielen falschen Anschuldigungen belastet werden, und wohl auch mit zusätzlichen Einsätzen, um Hilfspolizisten aus der Klemme zu helfen, in die sie sich durch Amtsanmaßung selbst gebracht haben.

* Hermann Lutz ist Vorstandsvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei.

Private Sicherheitsdienste / Privatsheriffs?

Ja – Es gilt die Polizei vor zuviel Polizei zu schützen

Von Günther Dingler *

Aus Sicht des Bundesverbandes Deutscher Detektive (BDD) ist die hier gestellte Frage mit einem eingeschränkten Ja zu beantworten.

Sachverhalt: Stimmt man der polizeilichen Kriminalstatistik zu (und wir verfügen in der BRD über kein besseres Zahlenmaterial zum vorliegenden Thema), so ist für das vergangene Jahrzehnt eine gravierende Verschlechterung im Bereich der inneren Sicherheit zu verzeichnen. Diese negative Entwicklung kann von jedem Bundesbürger tagtäglich wahrgenommen werden.

Bei dieser Ausgangslage bieten sich im wesentlichen zwei Alternativen an:

1. Man nimmt diese sich kontinuierlich verschlechternde Sicherheitslage als gegeben und zu unserer Gesellschaft gehörend an und findet sich damit ab. Dies würde aber zur Folge haben, daß die Kriminalität unerträgliche Dimensionen annimmt. Somit ist dieser Ansatz nicht praktikabel.

2. Man hält dagegen und versucht die Ausweitung der Kriminalität einzuschränken. Trotz aller Schwächen ist die zweite Alternative ohne jeden Zweifel die bessere. Durch ihre Wahl ergeben sich aber neue Fragestellungen, die auf unser heutiges Thema bezogen lauten:

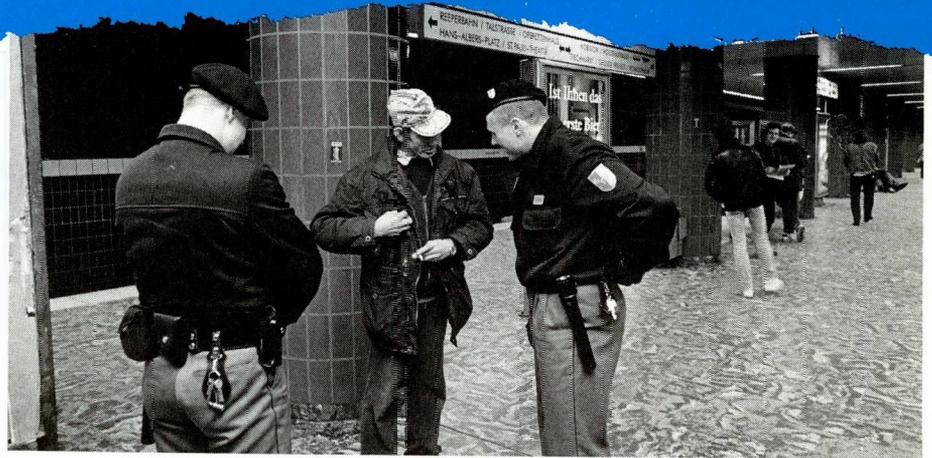
– Soll die Bekämpfung der Kriminalität ganz der Polizei überlassen werden?

– Oder sollen geeignete Bereiche von privaten Sicherheitsdiensten mit abgedeckt werden?

Gegen die erste Variante sprechen schwerwiegende Tatsachen, für die zweite viele gute Gründe.

„Polizeistaat“ vermeiden

Die Bekämpfung der Kriminalität ausschließlich durch den Staat bedingt eine massive Erhöhung von Personalstärke und Ausstattung bei der Polizei. Eine solche Ausweitung der Polizei wirft die ernste Frage auf, ob dies gesellschaftspolitisch



wünschenswert sein kann. Diese Ausweitung birgt nämlich die Gefahr in sich, daß die Polizei als zu allgegenwärtig empfunden wird. Ein solches Erscheinungsbild, das sehr schnell mit dem plakativen Begriff „Polizeistaat“ belegt werden kann, sollte im wohlverstandenen gesellschaftlichen Interesse unter allen Umständen vermieden werden. Vereinfacht ausgedrückt gilt es hier, „die Polizei vor zuviel Polizei zu schützen“. Denn wir brauchen mehr denn je eine effektiv arbeitende Polizei. Und eine unerläßliche Bedingung hierfür ist ein hohes Maß an Akzeptanz der Polizei in der Bevölkerung. Weniger (Polizei) dürfte hier mehr (Akzeptanz) sein.

Aber auch volkswirtschaftliche Gründe setzen der Ausweitung des staatlichen Bereichs Grenzen. Nach zuverlässigen, behördlichen Schätzungen kostet ein zusätzlicher Streifenbeamter auf der Straße unter Einbeziehung aller Kosten annähernd eine Million DM im Jahr. Private Sicherheitsdienste arbeiten in zahlreichen Bereichen wesentlich kostengünstiger (was den Steuerzahler und damit uns alle freuen dürfte) und effektiver.

Durch Entlastung der Polizei verursachen sie auch keine Kriminalitätsverlagerung (nach dem Muster „von reich nach arm“), sondern setzen Polizeikräfte frei, die verstärkt für den Schutz der Allgemeinheit zur Verfügung stehen.

Folglich sprechen sowohl gesellschaftspolitische als auch wirtschaftliche Gründe für die privaten Sicherheitsdienste.

Staatliches Gewaltmonopol ist kein „Schutzmonopol“

Das staatliche Gewaltmonopol wird nicht in Frage gestellt. Den privaten Sicherheitsdiensten reicht das zur Verfügung stehende rechtliche Instrumentarium (insbesondere die sogenannten „Jedermannsrechte“) aus. Da bei uns überaus gerne das Grundgesetz zitiert wird, sei in diesem Zusammenhang an Artikel 14 erinnert. Dort steht unter anderem, daß das Eigentum gewährleistet wird, und daß es verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Wenn das Eigentum gewährleistet wird, dann darf es auch geschützt werden, was z. B. bei Produktionsanlagen, um nur ein Beispiel zu geben, auch dem Wohle der Allgemeinheit dient. Auf diesen Schutz hat aber der Staat kein Monopol. Dies ergibt sich auch nicht aus den Gesetzen, die Inhalt und Schranken des Eigentums bestimmen.

Das Gewaltmonopol des Staates beinhaltet gravierende Eingriffsbefugnisse in die allgemeinen Bürgerrechte. Diese Monopolstellung besteht aus gutem Grund so und sollte unangetastet bleiben. Keinesfalls sollte dieses Gewaltmonopol aber in ein allgemeines Schutzmonopol umgewandelt werden. Zur Haftungsfrage: Hier stellt sich konkret die Frage, gegenüber wem ein in seinen Rechten Verletzter wohl bessere Aussichten hat, seine Ansprüche durchzusetzen. Es dürfte nicht ganz abwegig sein, davon auszugehen, daß dies gegenüber privaten Diensten leichter zu realisieren ist als gegenüber dem – zumindest subjektiv so empfundenen – übermächtigen Staat. Um hier den Verbraucherschutz zu optimieren könnte der Abschluß einer Betriebshaftpflichtversicherung mit geeigneten Deckungssummen zur Auflage gemacht werden. Dies ist beim Bewachungsgewerbe schon jetzt der Fall und sollte unbedingt auch auf das Detektivgewerbe ausgedehnt werden.

Berufsbild verbessern

Zur unterschiedlichen Qualität privater Sicherheitsleistungen: Die Bandbreite reicht vom hochqualifizierten Fachmann bis zum Dilettanten fragwürdiger Zuverlässigkeit. Hier liegt vieles im argen. Schuld an diesem Zustand sind aber nicht die Gewerbetreibenden, sondern der Staat, ganz konkret das in gewerberechtlichen Sachen zuständige Bundeswirtschaftsministerium. Die Gewerbetreibenden bzw. deren Berufsverbände – für die Detektivbranche insbesondere der BDD – haben in den vergangenen Jahren zahlreiche Versuche unternommen, den Zugang zum Detektivberuf durch geeignete Maßnahmen zu regeln. Obwohl auch das Bundesinnenministerium hier Regelungsbedarf erkannte und das Anliegen der Detektivbranche unterstützte, wurden bisher alle Bemühungen um eine sachgerechte Berufsregelung vom Bundeswirtschaftsministerium mit realitätsfernen Begründungen abgelehnt.

Nicht übersehen werden darf jedoch die Tatsache, daß das Phänomen „Kriminalität“ in weiten Bereichen ein gesellschaftliches Problem ist, und weder von der Polizei, noch von privaten Sicherheitsdiensten allein gelöst werden kann. Die Lösungsansätze beider greifen zu kurz, nämlich an den Symptomen, an. Zu den eigentlichen Ursachen dringen sie nicht vor. Hier sind die Politik und jeder einzelne Mitbürger gefordert.

* Günther Dingler ist Vizepräsident des Bundesverbandes Deutscher Detektive e. V.



Zuwendung im Dezember

Alle Jahre wieder schüttet der Weihnachtsmann seinen Sack voller Geschenke auch im Zivildienst aus. Und was kommt da heraus? Die weihnachtliche Gleichbehandlung des ZDL mit dem Soldaten in der Gestalt des schönen § 35 aus dem Zivildienstgesetz. Kein Scherz, er ist nicht als Lebkuchen gebacken, sondern hat in diesem Jahr die handfeste Form von 450,- DM auf dem Zivi-Konto (Leitf. f. d. ZD, F5, Pkt. 1 u. Rundschr. BAZ v. 28.5.93).

Doch wird dieses Geschenk nicht wahllos ausgeteilt. Auch hier fragt der Weihnachtsmann sehr genau nach:

– hast Du auch spätestens im Oktober 1993 den ZD angetreten und hast Du am 1. Dezember noch Zivildienst geleistet? (F5, Pkt. 1)

– hast Du auch das Ansehen des Zivildienstes nicht ernstlich gefährdet, hast Du auch keine Freiheitsstrafe oder Jugendarrest von mehr als 3 Monaten erhalten, hast Du auch nicht eine Dienstunfähigkeit vorsätzlich herbeigeführt und wirst wegen alledem im Dezember 93 aus dem ZD entlassen? (F5, Pkt. 3)

– hast Du auch am 1. Dezember nicht nachdienen müssen, weil Du schuldhaft vom Zivildienst ferngeblieben bist? (F5 Pkt. 3) Wer sich sich hier nichts vorzuwerfen hat, der findet auf seinem Konto die 450,- DM vor und darf dem Knecht Rupprecht die Auszahlung des Betrages in ganz einfacher Form quittieren, damit später dann die Abrechnung des Weihnachtsmannes stimmt.

Wenn allerdings dabei keine rechte Freude aufkommen will, darf sich der Weihnachtsmann trotz seiner besonderen Zuwendung zu den Zivis nicht wundern.

Auch wenn er in diesem Jahr für sie pro Zivi 60,- DM mehr in den Sack gesteckt hat, so ist er ihnen doch mit Zuckerbrot und Rute gekommen. Sie haben noch nicht vergessen, daß er ihnen kurz zuvor 700,- DM vom Entlassungsgeld weggenommen hat. Wie schlimm muß es doch um den Weihnachtsmann bestellt sein, wenn er seine braven und nützlichen, wenn auch nicht gerade geliebten Zivis derart schröpft. Was wird er uns wohl im nächsten Jahr bescheren?

Besonderes Geschenk

Für alle ZDL, auf die am 24. Dezember, gemeinhin bekannt als Heiligabend, die Dienststelle in der Zeit von 18.00 bis 24.00 Uhr nicht verzichten kann, hält der Weihnachtsmann noch eine besondere Überraschung bereit. Knecht Rupprecht kommt sozusagen in der Gestalt des Dienststellenleiters zu ihm. Er überreicht dem ZDL eine kleine „Aufmerksamkeit“ (Leitf. ZD, F5, II. 1). Da sie einen geringen Wert hat, entspricht sie den „Richtlinien über die Annahme von Belohnungen und Geschenken durch Zivildienstleistende (Leitf. D1, 8). So ist der Zivi der Mühe enthoben, vom Bundesamt eine Erlaub-

Die besondere Zuwendung oder Der Weihnachtsmann im Zivildienst



chens weder unterschriftlich noch sonstwie zu bestätigen.

Doch irgendwie muß dem Initiator der Weihnachtsgabe bei dieser Sache nicht ganz wohl gewesen sein. Denn er untersagt es strikt, den geringfügigen Betrag von 15,- DM an den ZDL auszusahlen. Er verbindet aber damit ausdrücklich noch den Vorschlag, auf Wunsch des Zivi könne „... der aufzuwendende Geldbetrag von der Dienststelle einer Organisation zugewendet werden, die mildtätige, kirchliche, religiöse, oder als besonders förderungswürdig anerkannte gemeinnützige Zwecke im Sinne des Einkommensteuerrechts verfolgt...“ (Leitf. F5 II.2)

Als ab man den unterbezahlten Zivis die 15 Märker nicht einfach kommentarlos schenken könnte...

Hinweis

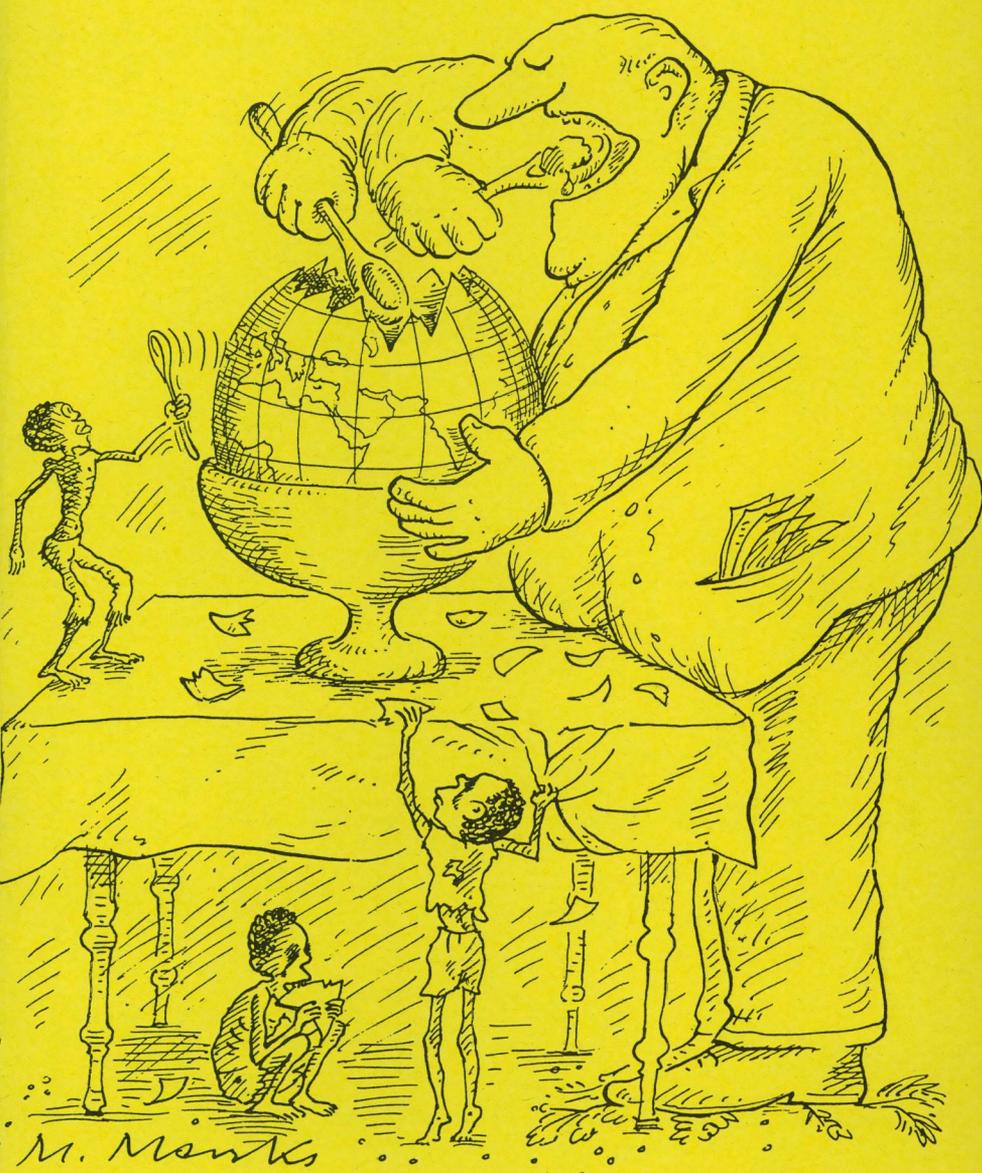
Der ZDL hat auch am Heiligabend das Recht auf freie Religionsausübung.

Dies bringt ihm den Anspruch, auch am 24. Dezember während einer Dienstzeit von 18.00 bis 24.00 Uhr einen Gottesdienst besuchen zu können. In diesem Sinne allen, die dies lesen, eine frohe Weihnacht.

Reinhard Becker

nis einholen zu müssen für die Annahme des kleinen Weihnachtsgeschenkes, wie es für höherwertige Geschenke vorgeschrieben wird (Leitf. D1, 8, 3). Und so darf es laut Leitfaden aussehen: „... Schokolade, Weihnachtsgebäck und dgl. (ausgenommen Alkohol), kleinere Gebrauchsgegenstände, Bücher u.ä.“ alles zusammen im Wert von 15,- DM. Ob der Betrag heutzutage für ein Taschenbuch mit nicht zu beanstandendem Inhalt überhaupt ausreicht? Der Weihnachtsmann muß die Teuerung der letzten Jahre verschlafen haben. Im übrigen scheint er zwar Antialkoholiker, aber doch ein Raucher zu sein. Denn er hat es geflissentlich vermieden, Tabak und Zigaretten als Beipack für die Weihnachtsgabe zu untersagen. Jedenfalls braucht der Zivi den Empfang des Weihnachtspäck-

N O R D G E G E N S Ü D ?



Zeichnung: Marie Marks

„Kommende Generationen werden unser Handeln in erster Linie daran messen, ob wir unserer Verpflichtung zur Bewahrung der Schöpfung und auch zur Bekämpfung der Armut nachgekommen sind.“ Es war Bundeskanzler Helmut Kohl, der diesen sehr zutreffenden Satz beim Umweltgipfel in Rio ausgerufen hatte.

Die UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung fand im Juni 1992 statt, knapp anderthalb Jahre sind inzwischen vergangen, und da darf man schon mal nachfragen: Was ist passiert seither? Wie „bekämpfen“ wir Armut? Mit UNO-Blauhelmen oder mit Nato-Sondertruppen? Mit Grundgesetzänderungen a) zum weltweiten Bundeswehreinsetz oder b) zur Aushebelung des Asylrechts?

War in des Kanzlers schönem Satz wirklich der Kampf gegen die Armut gemeint – oder gegen die Armen? Gegen die hungernden Massen an den afrikanischen Mittelmeerstränden, die, wie es William Nicholson's Film „Der Marsch“ schon Ende der 80er Jahre prophezeite, bald den Wassergraben überwunden haben und die Festung Europa zu stürmen drohen?

Und wie bewahren wir die Schöpfung? Durch den von uns allen mitfinanzierten Export unseres Mülls nach Übersee? Umweltschutz nach Kolonialherrenart? Oder sollen kommende Generationen sich ein Beispiel nehmen am gängigen Verkauf von immer genialeren Patenten für die Massenproduktion der billigen Landminen in Ländern der Dritten Welt (s. a. S. 4/5)? 110 Mio. Minen liegen heute schon über die Erde verstreut und machen tausende von Quadratkilometern Boden unbrauchbar. War sowas gemeint: bewaffnetes Brachland? Bewehrte Schöpfung?

Eineinhalb Jahre nach Rio hat sich so manches getan in der deutschen Politik. Unter anderem hat man in Bonn neue Richtlinien der Verteidigungspolitik formuliert. Unsere Streitkräfte dienen demnach jetzt z.B. auch der „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt im Rahmen einer gerechten Weltwirtschaftsordnung.“ „Nach Bekämpfung der Armut“ klingt das nicht.

Eineinhalb Jahre nach der großen UN-Konferenz scheint der „Geist von Rio“ verpufft, und Bernhard Lown, Mitbegründer der „Internationalen Ärzte gegen den Atomkrieg“ sieht die Industriestaaten in einem „schleichenden ökonomischen und politischen Krieg gegen die Entwicklungsländer“: Nord gegen Süd!

W.Sch.

Müll: One-Way-Ticket von Nord nach Süd

Von Franziska Strobusch

Beim Thema Recycling fragt man sich, wer hier eigentlich das Entwicklungsland ist. Die Industrieländer haben zwar den höheren technologischen Standard, sind aber nicht in der Lage, eine marktfähige Wirtschaft mit Recyclingprodukten aufzubauen. Während auf der einen Seite Subventionen und Protektionismus abgebaut werden, schaffen wir neue künstliche Märkte über Müllgebühren und Steuern. Andere Länder – andere Praktiken. Beim Thema Müll lohnt sich ein Blick über den eigenen Tellerrand.

Seit Einführung des 'grünen Punkts' reißt die Kritik am 'Dualen System' nicht mehr ab. Skandale um Müllschiebereien, mangelnde Recyclingkapazitäten und die steigenden Kosten für die Verpackung erhitzen die Gemüter der Verbraucher. Aber seien wir doch mal ehrlich: Sind wir nicht insgeheim auch stolz, daß wir inzwischen so engagiert dem Müllproblem begegnen?

Zurück von der Urlaubsreise zu unseren (europäischen) Nachbarn stellen wir selbstzufrieden fest, daß die Deutschen doch noch immer die Umweltbewußtesten sind, genauer gesagt die Müllbewußtesten. Wir kaufen getrost weiter die seltsamsten Verpackungen; das schlechte Gewissen bezahlen wir mit der Gebühr für den 'grünen Punkt' und mit unserer neuen Freizeitbeschäftigung, der Müllsortierung. Was später mit dem Müll geschieht, wissen wir nicht so genau und wollen es vielleicht auch nicht wissen, denn man hat uns ja versprochen, daß alles wiederverwertet werden soll. Die Frage ist nur: Wo?

Die Lösung: Mülllexport

„Selbstverständlich müssen wir die Packstoffe auch exportieren, um die vorgegebenen Verwertungsquoten zu erfüllen“, erklärt die Pressesprecherin des DS und verweist selbstbewußt auf die Arbeitsplätze, die damit in den Industrien der Empfängerländer geschaffen werden. Bei Kunststoffabfällen liegt die für 1993 vorgesehene Exportquote bei über 60 %. Aber auch Glas und Papier wird in alle möglichen Länder verschickt. Doch Achtung, Müllexporte oder Exporte von „Sekundärrohstoffen“ (die Sprache schafft hier eine ganz neue Wertschätzung) ist jahrelange Praxis. Das DS sorgt hier nur für eine Marktverschiebung, da die Exportmengen rasant steigen und der 'grüne Punkt', vom Verbraucher subventioniert, den Müll nun kostenlos auf dem Weltmarkt anbietet.



Auch geschmuggelten Sonder- und Giftmüll hat die Hafenbehörde von Jakarta in den Containern gefunden.

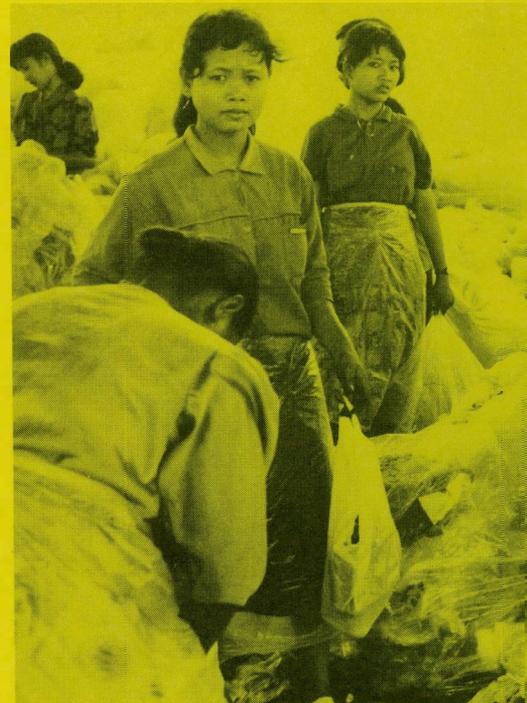
In Jakarta, der Hauptstadt Indonesiens stapeln sich 250 Container mit Plastikabfällen. „Wir wissen nicht, kommt das aus Deutschland oder anderswo her. Aber die Aufschriften sind in Deutsch oder Holländisch oder Italienisch oder von anderen Ländern.“ Frau Masnellyarti Hilman vom indonesischen Umweltamt hat angesichts der Importmenge den Überblick verloren. Indonesische Recyclingfirmen kaufen in großem Maßstab Müll.

Recycling ist keine Erfindung der Industrieländer

Eine kleine Straße im Norden Jakartas. Zwischen hübsche weiße Einfamilienhäuser haben sich schlichte, improvisierte Bretterbuden gemogelt. Sie existieren dort mit all ihren Bewohnern in guter Nachbarschaft. Viele Häuser beherbergen kleine Werkstätten oder Copy-Shops, am Straßenrand bieten Kleinhändler den Vorbeieilenden Obst, Getränke und warmen Imbiß an. Ein Mann schiebt sein Fahrrad die Straße entlang. Auf das Rad hat er einige schmutzige, leere Flaschen geladen. Er stellt sein Rad vor einem kleinen Restaurant ab und geht hinein. Als er aus dem Restaurant herauskommt, begleitet ihn ein junger Mann und hilft ihm beim Aufladen weiterer Flaschen. Sie stehen noch eine Weile und verhandeln über den Preis. Zum Schluß wechseln ein Paar Geldscheine den Besitzer und der Mann zieht weiter.

Recycling auf indonesisch. So wie der Flaschenhändler Slamet ziehen tausende Menschen durch die Großstädte und sammeln, kaufen und verkaufen Wertstoffe. Nicht aus Umweltbewußtsein, sondern wegen des Verdienstes.

Über Händler werden die Wertstoffe an die Fabriken verkauft, wo sie entweder recycelt werden (wie z. B. Kunststoffe oder Papier) oder wiederverwendet werden (Bsp. Flaschen). Der Handel ist für beide Seiten ein gutes Geschäft. Müllsammler verdienen im Schnitt zwischen 25 und 100 Mark im Monat. Zum Vergleich: ein



Indonesische Frauen beim Sortieren von Müll – hier ist es deutscher Hausmüll

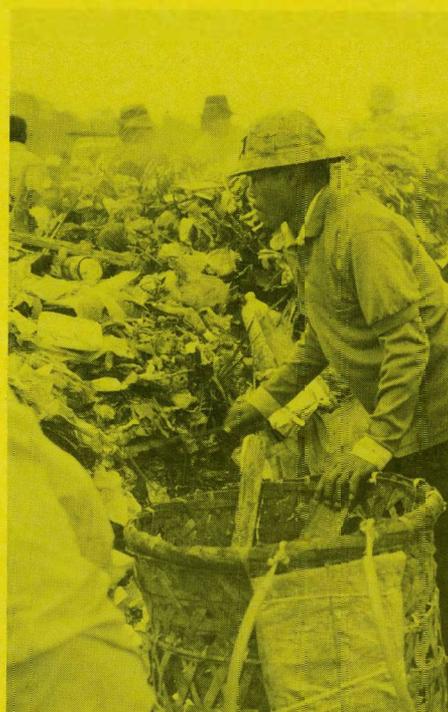
Lehrer bekommt ca. 50 DM. Damit sind diese Jobs zum Teil interessanter als Aushilfsarbeiten auf dem Bau. Allein in Jakarta leben fast 40 000 Menschen vom Müllhandel, die Familien mitgerechnet ernährt diese Arbeit dort 200 000 Menschen. Die meisten sind Landflüchtige, die in ihren Dörfern keine Arbeit mehr finden. Denn auch in Indonesien vertreibt der Fortschritt der Agrartechnik die menschliche Arbeitskraft. Von der Arbeit der Müllsammler profitieren die Fabriken, denn neue Rohstoffe sind teurer. Neuer Kunststoff kostet beispielsweise pro Kilo 1,28 DM, Recyclate nur 1,03 DM. Die Papierindustrie wird gar zu 90 % von Müllsammlern beliefert.

Aber es gibt noch einen dritten Gewinner bei diesem Müllgeschäft: die Kommunen. Sie spa-



Eine Fabrik für Kunststoffrecycling in Jakarta

Fotos: medu4-Film



Ein Müllsammler sucht nach Holz

ren nicht nur Sozialaufwendungen für die Landflüchtigen, die sich nun als selbstständige Kleinstunternehmer betätigen. Sie sparen vor allem auch Kosten für die Müllentsorgung und -deponierung.

Der Müllhandel ist ein gutes Geschäft. Allein in Jakarta holen die Sammler Wertstoffe für über 50 Mio. US-\$ aus dem Müll.

„Recycelt doch euren Müll selbst!“

Die indonesische Industrie braucht die Altmaterialien, denn neue Rohstoffe sind, wie gesagt, teuer. Anders als in Europa kostet hier die Arbeitskraft wenig und dadurch wird der Recyclingprozeß billig. Indonesische Fabriken importieren seit 1970 Kunststoffabfälle aus Euro-

pa, den USA, Taiwan, Korea und dem mittleren Osten. Doch seit November 1992 hat Indonesien den Import von Kunststoffmüll verboten. Denn in dem Maße, in dem die qualitativ besseren Auslandsmaterialien verarbeitet wurden, blieb der einheimische Kunststoffmüll liegen. Die Sammler beklagen einen drastischen Preisverfall für Kunststoffe (50 % Preissenkung) und Altpapier. Papier darf weiter importiert werden – auch durch das 'Duale System Deutschland' – dient es doch als Argument zur Erhaltung der Wälder. Wenn die Preise aber nicht mehr interessant sind, geben die Müllsammler ihren Job auf und die nicht ausgesonderten Wertstoffe lassen die Deponien rasant wachsen.

Haushaltsmüll besteht zudem aus sehr vermischten Materialien, die nicht komplett recy-

celbar sind. Das indonesische Umweltamt hat Stichproben bei den Importcontainern gemacht. Das Ergebnis: 60 % sind recycelbare Abfälle, 30 % sind nicht recycelbare Abfälle und 10 % sind gefährlicher Giftmüll. Diese 40 % nicht recycelbare Abfälle verursachen den Indonesiern monatlich Kosten von über 200 000 DM.

„Ich akzeptiere nicht das Argument, daß die Entwicklungsländer die Schuttbladeplätze werden für den Müll, den die Industrieländer produzieren. Warum verwerten sie nicht, warum recyceln sie nicht ihren eigenen Müll? Haltet die Entwicklungsländer sauber!“ Mit diesem Appell verteidigt der indonesische Umweltminister Emil Salim im Frühjahr 1993 den Importstopp. Indonesien macht sich damit zum Vorreiter einer Politik der Länder der armen Welt gegen die Müllexporte der reichen Wohlstandsländer. Vielleicht werden die anderen ASEAN-Staaten diesem Impuls folgen.

Müllexport ist keine „Entwicklungshilfe“!

Das Beispiel Indonesiens zeigt, daß Müllexporte nur eine Verlagerung der Deponien zur Folge haben. Auf diese Weise zerstören wir existierende, funktionierende Recyclingsysteme, um unsere Müllprobleme zu lösen. Wenn indonesische Fabriken unseren Müll recyceln, läßt ihr eigener Abfall die Müllhalden schneller wachsen. Die Konsequenz am Ende: 50 000 Müllsammler werden arbeitslos. Jetzt könnte man natürlich zu Recht fragen, warum nicht eine wachsende Recyclingindustrie in den Entwicklungsländern die gesamte Menge verarbeiten könnte. Leider ist das keine Lösung. Bleiben wir beim Beispiel Kunststoffe. Erstens sind die Arbeitsbedingungen in diesen Fabriken für indonesische Verhältnisse zwar normal, aber für unseren Standard untragbar. In riesigen Hallen sitzen hunderte Frauen auf dem Boden und sortieren für den Lohn von 2.–DM am Tag die Materialien. Arbeitsschutzbestimmungen sind die Ausnahme, Filteranlagen oder Abwasserreinigung ebenfalls. Das 'Duale System Deutschland' hat den TÜV beauftragt, die Recyclingfabriken zu überprüfen. Aber der TÜV hat nur die Aufgabe, die Quantität zu prüfen, also ob tatsächlich das angelieferte Material recycelt wird. Den technischen Standard prüft der TÜV nicht. Wir sollten hier schon mit zweierlei Maß messen. Was für ein Entwicklungsland mit seinem technischen Standard beispielhaft ist, sollte nicht für unser Müllproblem mißbraucht werden. Ein zweites Problem: Die Qualität der Recycling-Produkte entspricht nicht unseren Normen. Die Folge: Ein Reimport dieser Produkte nach Deutschland – und daraus resultierender Gewinn für die Entwicklungsländer – steht nicht zur Diskussion.

Schlußendlich sollte man sich doch auch fragen, welchen ökologischen Sinn es macht, wenn wir energieaufwendig unseren Müll fünfzehntausend Kilometer weit spazierenfahren...

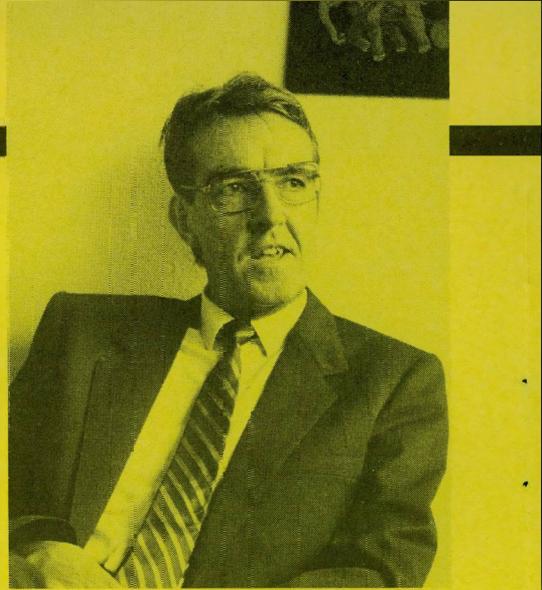
Mit dem Importstopp Indonesiens ist das Problem noch lange nicht bewältigt. Andere Länder übernehmen gern das Geschäft. Die Lager in Buenos Aires, Bombay oder Sao Paulo sehen nicht anders aus – und auch die Folgen für den einheimischen Müll und die Müllsammler sind dieselben.

Franziska Strobusch ist zusammen mit **Boris Terpine** Autorin des Dokumentarfilms „Tukang Sampah – Meister des Mülls“. Der 45-minütige Film ist als 16mm-Kopie bei den Landesfilmdiensten ausleihbar.

Zum Beispiel Somalia:

Militäreinsätze und humanitäre Hilfe im Verhältnis 10 : 1

wub-Gespräch mit Dr. Hans-Otto Hahn, dem Direktor von „Brot für die Welt“, über den Bundeswehreinsatz in Somalia



wub: Herr Hahn, Sie hatten den Einsatz der Bundeswehr in Somalia als „unverantwortlich“ bezeichnet und gesagt, es sei ein „militärisches und politisches Abenteuer“. Wie kommen Sie zu einer solchen Kritik?

Hahn: Ich habe gesagt, daß der Bundeswehreinsatz in Somalia zu spät kommt. In dieser Formulierung habe ich grundsätzlich einen Bundeswehreinsatz in Somalia, um humanitär zu helfen, begrüßt. Ich habe kritisiert, daß er zu spät kommt, ich habe gesagt: Ihr hättet eigentlich im Mai 92 schon da sein müssen, als die Kirche anfing, mit einer Luftbrücke Menschen vor dem Verhungern in Somalia zu retten. Hier hätte ich mir einen glaubhaften, humanitären Einsatz der Bundeswehr vorstellen können und gewünscht.

wub: Also böse Zungen dürfen nicht behaupten, Sie als Direktor von „Brot für die Welt“ sähen in dem humanitären Einsatz der Bundeswehr einfach nur eine neue Konkurrenz und seien bloß deshalb dagegen?

Hahn: Nein, absolut nicht. Ich habe also auch klar gemacht, und versuche das immer wieder zu machen, daß humanitäre Einsätze der Bundeswehr wie auch der UN die Hilfsarbeit der Hilfswerke unterstützen und damit vergrößern und verbessern können.

Ich möchte zwei Beispiele nennen: Ich glaube, daß der Abwurf von Lebensmitteln für Hungernde in Gebieten, die nicht zu erreichen sind auf dem Landweg, etwas ist, was die Bundeswehr und die UN tun könnten. Das können zwar Hilfswerke auch, aber es ist für Hilfswerke viel zu teuer. Hier wäre eine humanitäre Aktion zu wünschen. Ein anderes Beispiel: Ich könnte mir vorstellen, daß es sich die Bundeswehr leisten könnte, Minen in Somalia oder in Kambodscha wegzuräumen. Dies ist eine notwendige, humanitäre Geste, die dann den Hilfswerken hilft, ihre humanitäre Hilfe durchzuführen. Also hier sind eindeutige Beispiele, wo die Bundeswehr ergänzend und vertiefend zum humanitären Einsatz der Hilfswerke tätig werden könnte.

wub: Aber nun macht die Bundeswehr dies alles ja gerade nicht. Sie wirft weder Lebensmittel ab, noch räumt sie Minen; sondern sie bereitet den Boden für die Stationierungen und die Versorgung neuer Truppen.

Hahn: Das ist ja eines der Dilemmata, in dem sich die Bundeswehr zur Zeit in Somalia befindet. Sie wissen ja nicht, was sie machen können. Humanitär ist jetzt nichts mehr zu tun. Im Augenblick wird in Belet-Uen von der Bundeswehr eine Schule gebaut. Da meine ich: Das können die Einheimischen selbst machen, wenn man ihnen die Handwerkszeuge gibt und auch Geld und vielleicht den einen oder anderen Experten! Das braucht keine Bundeswehr



Ein bewaffneter Soldat der Bundeswehr in Belet Uen

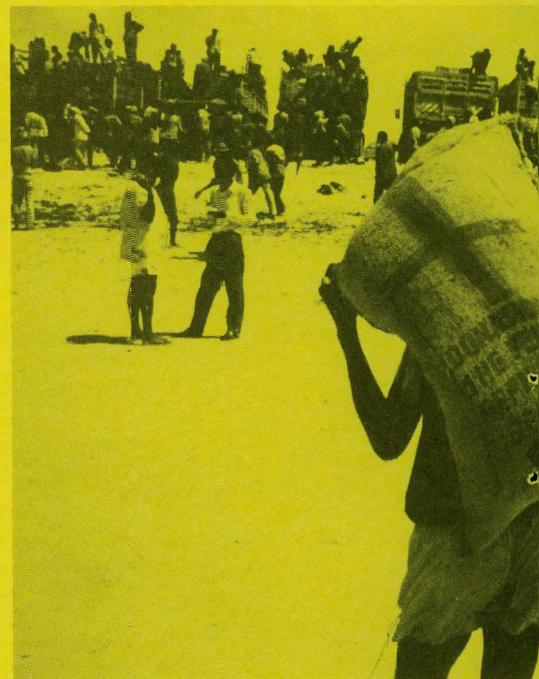
Foto: dpa

zu machen, das können auch Hilfswerke- und sogar billiger. Das, was die Bundeswehr im Augenblick in Somalia tut; humanitär ist das nicht viel, developmentspolitisch ist es falsch! Im Augenblick sitzt sie da und wartet, daß sie endlich ihren Auftrag, nämlich die Versorgung von indischen UN-Truppen durchführen kann, die aber bisher noch nicht in diesem Gebiet eingetroffen sind.

wub: Die internationalen „Ärzte ohne Grenzen“ sagen: Humanitär ist da überhaupt nichts mehr an diesem UN-Einsatz, das ist längst eine reine militärische Operation. Würden Sie dem zustimmen?

Hahn: Soweit man es im Augenblick sehen kann – vor allem wenn man nach Mogadischu blickt und dem Treiben der UN in Mogadischu zuguckt – dann muß man das sagen: Es ist ein militärischer Einsatz, der von einigen UN-Verbänden in einer Weise durchgeführt wird, die die einheimische Bevölkerung gegen sie aufbringt. Es gibt andere UN-Verbände, die dieses Vorgehen so nicht durchführen wollen, aber insgesamt ist es ein militärischer Einsatz. Auch dagegen hätte ich nichts, wenn der militärische Einsatz das Ziel hätte, zur Befriedung eines Landes beizutragen.

wub: Läßt sich das durch militärische Einsätze machen, „Befriedung“?



„Natürlich kann man neidisch werden.“ Verteilung von Nahrungsmitteln in Somalia.

Hahn: Ich würde sagen, militärische Einsätze müssen immer das letzte Mittel sein, wenn alles andere versagt hat. Denn wir wissen aus schlimmer Erfahrung, daß Krieg keine Probleme löst, sondern neue schafft. Ich könnte mir das nur als allerletztes Mittel des Einsatzes auch für eine UN-Truppe vorstellen, wenn alles andere vorher versagt hat und nicht zum Ziel geführt hat.
wub: *Der Bundeswehr geht es – nach eigener Aussage – um humanitäre Hilfe, um nichts anderes. Nun ist aber Somalia mit Sicherheit nicht der einzige Ort auf der Welt, wo „humanitäre Hilfe“ fehlt, wo Elend und Hunger herrschen. Gutes tun kann man immer und*

überall. Geht es nicht doch vielleicht um weit mehr? Wie glaubwürdig ist die Rede von der humanitären Hilfe?

Hahn: Ich glaube, man muß ganz nüchtern sehen, daß der Bundeswehreinsatz in Somalia ein Zeichen setzen sollte. Ein politisches Zeichen, das zu einer Zeit gesetzt wird, wo die Verfassungsfrage noch nicht endgültig geklärt ist. Insofern muß das, was im Augenblick in Somalia passiert, herausgenommen werden von rein humanitären Einsätzen, die die Bundeswehr auch schon in den letzten Jahren durchgeführt hat. Ich darf daran erinnern, daß wir während des Äthiopien-Konfliktes einen Abwurf von Lebensmitteln durch Bundeswehrflugzeuge in Asmara hatten. Das waren Flugzeuge, die – glaube ich – überpinselt waren. Das war ein glaubwürdiger humanitärer Einsatz. In Somalia kommt beides zusammen – dieses Politische-Zeichen-Setzen und dann so ein bißchen nachgeschobene Argumente... – aber ich glaube, das wichtigste ist, daß man hier einfach „facts“ schafft.

wub: *...mit der Zeit gewöhnt man sich an alles, und so nach und nach auch daran, daß deutsche Soldaten wieder außerhalb Deutschlands eingesetzt werden, auch wenn bislang, wie Sie ja auch sagten, noch nicht mal eine saubere rechtliche Grundlage besteht.*

Hahn: Das ist ein alter politischer Grundsatz, den Sie ansprechen: „Langsam gewöhnt man sich an alles“. Die Weltgeschichte zeigt, daß dies weitgehend stimmt.

wub: *Nun war ja „Brot für die Welt“ in Somalia schon aktiv, lange bevor das Land in die Schlagzeilen wegen der UN-Einsätze kam. Welche Projekte werden denn dort unterhalten?*

Hahn: Von diesem Haus hier waren wir vor den jetzigen Einsätzen mit zwei Schwerpunkten tätig: Mit Katastrophenhilfe, die das Diakonische Werk durchgeführt hat, und mit Maßnahmen der Hilfe zur Selbsthilfe, die die Aktion „Brot für die Welt“ durchgeführt hat. Im Augenblick leisten wir in Somalia praktisch keine Katastrophenhilfe mehr. Gott sei Dank ist diese Zeit vorbei. Wir sind jetzt sehr stark in die Rehabilitationshilfe hineingegangen, d. h. z. B. Wiedereinrichtung des Schulsystems. Im Augenblick haben wir über 10 000 Schülern die Möglichkeit gegeben, wieder die Schule zu besuchen. Wir sind dabei, mit den somalischen Menschen Krankenhäuser wiederaufzubauen. Und wir unterhalten landwirtschaftliche Projekte, das sind also Rehabilitationsmaßnahmen bis hin zu Lieferungen von Saatgut, so daß die Aussaat gemacht werden und die Ernte eingebracht werden kann. Wir sind also beim zweiten Schritt: Wenn man Katastrophenhilfe als den ersten Schritt bezeichnet, dann ist die Rehabilitationshilfe der zweite Schritt, der dann hinführt zur längerfristigen Entwicklungsphase.

wub: *Werden Sie da nicht regelmäßig neidisch, wenn Sie hören, welche enormen Summen für die militärische Hilfe ausgegeben werden?*

Diese Militäreinsätze werden enorm teuer. Nur um mal eine Zahl zu nennen: Die UN-Mitglieder, die zur Zeit in Somalia arbeiten, geben zehn mal soviel Geld für Militäreinsätze wie für humanitäre Hilfsaktionen in diesem Land aus! In konkreten Zahlen: für die Militäreinsätze 1,5 Milliarden Dollar und für die humanitäre Hilfe lediglich 166 Millionen Dollar. Das gleiche gilt auch für den Einsatz der Bundesregierung. Natürlich kann man neidisch werden.

Aber insgesamt ist Entwicklung und Katastrophenhilfe nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch eine Frage der Partner. Entscheidend ist, wie das, was man in ein Land bringt, umgesetzt wird. Wir sind dankbar, daß wir auch in Somalia nicht nur durch eigene Mitarbeiter, sondern dadurch, daß wir auch die Leute selbst in unseren Hilfsmaßnahmen miteinspannen, gut vorankommen. Aber natürlich schaut man etwas scheel auf diese großen finanziellen und materiellen Mengen, die durch den Bundeswehreinsatz nach Somalia geflossen sind.

wub: *Ihnen liegt daran, daß die Hilfe, die jetzt geleistet wird, auch längerfristig wirkt. Ich habe unlängst gelesen, daß auch militärische Interventionen und Stationierung von Friedenstruppen eine nachhaltige Wirkung hinterlassen – allerdings negativer Art: In Kambodscha, so wurde berichtet, sei nach dem Einsatz der Friedenstruppen dort plötzlich eine enorme Dollar-Schwemme aufgetreten, und es sei im Umfeld der Militärstützpunkte so etwas wie eine „Sex-Industrie“ entstanden.*

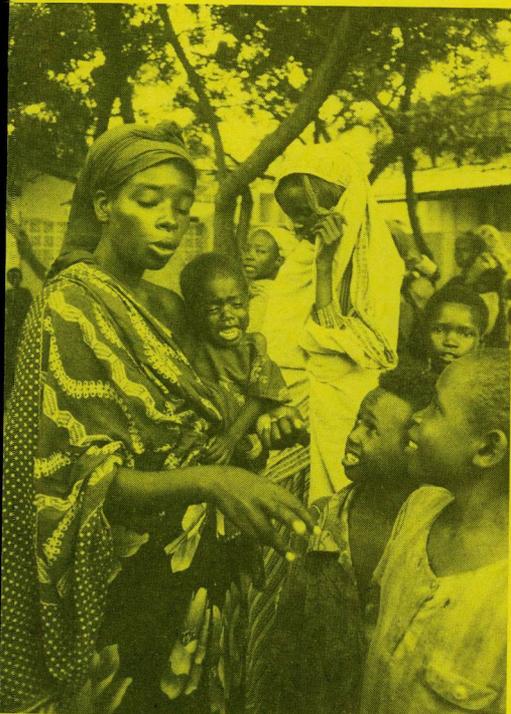
Hahn: Das ist immer der dunkle Schatten von einer Massierung ausländischen Personals in einem fremden Land. In dieser Art von dunklem Schatten sind auch Vertreter von Hilfsorganisationen dabei – da brauchen wir uns gar nichts vorzumachen. Trotzdem meine ich – selbst wenn man diese dunkle Schatten sieht, die sich ja nicht verdrängen lassen – daß doch in Kambodscha der UN-Einsatz im Vergleich zu dem augenblicklichen Stand in Somalia gut abgegangen ist. Man kann nur hoffen, daß auch in Somalia – wenn das UN-Kommando weiß, was es will und auch die UN-Verbände sich unter ein einheitliches Kommando stellen lassen – jetzt, wo der große Hunger beendet ist, die UN dazu beitragen, Strukturen zu schaffen, innerhalb derer dann eine demokratische Wahl durchgeführt werden kann. Das scheint ja in Kambodscha gelungen zu sein.

wub: *Nochmal zurück zu unserer innenpolitischen Diskussion: Man begründet ja die Forderung nach out-of-area-Einsätzen damit, daß Deutschland durch die Wiedervereinigung eine gewachsene Verantwortung in der Welt zu übernehmen habe. Können Sie sich vorstellen, daß es vielleicht sinnvollere Wege der Verantwortungsübernahme gibt, als die der militärischen Hilfe?*

Hahn: Ich bin durchaus der Meinung, daß Deutschland seine Verantwortung in der Welt wahrzunehmen hat und nicht außen vor stehen darf. Wir müssen aber aufgrund unserer leidvollen Erfahrungen prüfen, ob nicht die Wahrnehmung dieser Verantwortung im Rahmen der Instrumente, die im Augenblick gegeben sind – also UN, Nato... – auf eine andere Art als in der schlimmen Weise des „Auch-Krieg-Führen-Müssens“ durchgeführt werden können. Es geht mir um die Frage, ob es hier Modelle gibt, in denen der Einsatz und die Beteiligung unseres Landes an friedenserhaltenden Maßnahmen möglich ist, ohne daß diese Anstrengungen irgendwann zu einem Krieg werden, wie wir es im Augenblick in Somalia haben, oder zu kriegerischen Auseinandersetzungen, wie es sie im Golfkrieg gab. In dieser Richtung sollten wir überlegen, ob wir nicht einen Akzent setzen sollen, wenn wir an unsere weltweite Verantwortung denken.

wub: *Herr Hahn, herzlichen Dank.*

Das Interview führte (am 30.9.93) Werner Schulz.



Frau mit Kindern in Somalia

Foto: Brot für die Welt

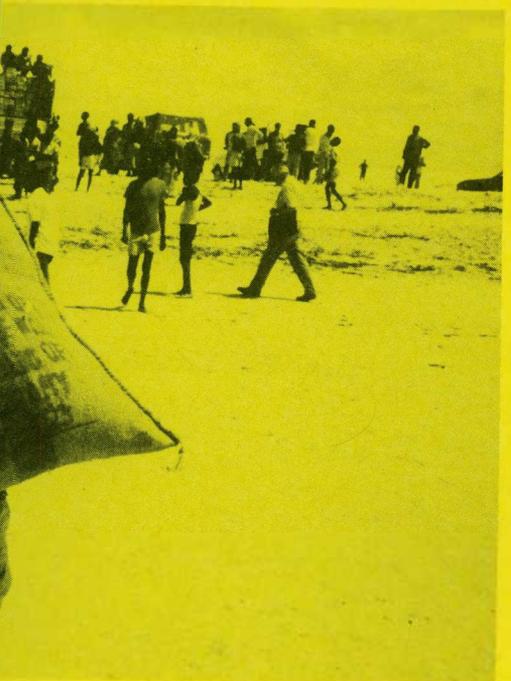


Foto: Brot für die Welt

Kredite der Reichen an die Armen:

Mehr als Geld und Zinsen

IWF und Weltbank werden 50 Jahre alt

Von Peter Wahl

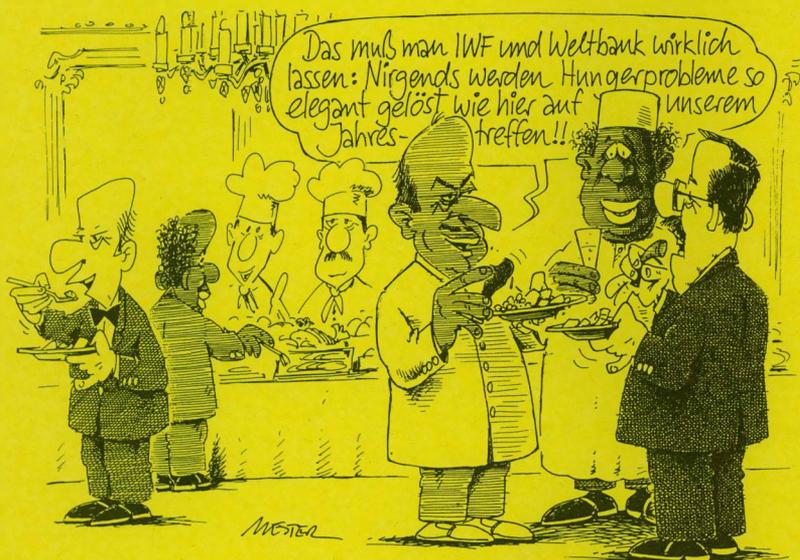
In Europa tobte noch der zweite Weltkrieg, als 1944 in dem kleinen Erholungsort Bretton Woods in den USA die Planungskonferenz für die Schaffung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank stattfand.

Nächstes Jahr werden die Zwillinge von Bretton Woods ein halbes Jahrhundert alt. Aber nicht deswegen machen sie seit einiger Zeit Schlagzeilen. Vielmehr sind es zweifelhafte Projekte, wie z.B. der Mammut-Staudamm im indischen Narmada (s. wub 1/92), die vor allem die Weltbank wieder ins Gerede gebracht haben. Dabei werden über die Kritik an Einzelprojekten hinaus zunehmend Mandat, Struktur und Arbeitsweise von IWF und Weltbank in Frage gestellt.

internationalen Institution der Entwicklungspolitik zu werden, die nicht nur Kredite vergibt, sondern auch weltweit die Leitlinien von Entwicklung definiert. Der entwicklungspolitischen Führungsrolle der Weltbank haben UN-Entwicklungseinrichtungen wie UNCTAD, UNDP etc. heute ebenso wenig etwas entgegenzusetzen wie die EG oder einzelne Regierungen.

Schuldenkrise geschickt genutzt

Für den IWF kam die große Chance mit Ausbruch der Schuldenkrise des Südens Anfang der 80er Jahre. Damals wurden Entwicklungsländer reihenweise zahlungsunfähig und der IWF konnte endlich mal seines Amtes walten.



Zeichnung: Gerhard Meister

Ursprünglich hatte man der Weltbank (eigentlich Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung – IBRD) die Aufgabe zugewiesen, die Finanzierung des Wiederaufbaus im zerstörten Europa zu organisieren. Der IWF sollte die internationalen Wechselkurse kontrollieren und schnell mit Krediten einspringen, wenn ein Land in Zahlungsbilanzschwierigkeiten geriet. Damit sollten internationale Kettenreaktionen, die bei der Weltwirtschaftskrise von 1928 so verhängnisvoll gewesen waren, vermieden werden.

Europa war aber rascher wiederaufgebaut als erwartet und angesichts der wirtschaftlichen Prosperität im Westen mußte die Währungsfeuerwehr IWF nicht eingreifen. Weltbank und IWF erlitten einen deutlichen Bedeutungsverlust.

Die Weltbank stellte sich als erste um und konzentrierte sich zunehmend auf die Entwicklungsländer. Sie schaffte es, zur bedeutendsten

Doch das finanztechnische Krisenmanagement erwies sich schnell als unwirksam. Das kam nicht überraschend, denn die Schuldenkrise ist keine kurzfristige Liquiditätskrise, sondern hat strukturelle Ursachen, die primär in den ungerechten Nord-Süd Beziehungen liegen.

Auch der IWF und die Weltbank erkannten strukturelle Ursachen, aber ausschließlich bei den Entwicklungsländern. Die Verantwortung der Banken im Norden, das eigene Versagen beim rechtzeitigen Erkennen der Schuldenkrise, die strukturelle Ungleichheit in den Nord-Süd-Beziehungen freilich wurden ignoriert.

Stattdessen wurden den Entwicklungsländern Strukturanpassungsprogramme aufgezwungen, die voll und ganz den wirtschafts- und ordnungspolitischen Vorstellungen des Neoliberalismus entsprachen, wie sie sich mit der Reagan Administration auch in IWF und Weltbank durchgesetzt hatten. Wichtigstes Ziel ist die Einbindung des betreffenden Landes in



Nicht alle Weltbankprojekte sind so unumstritten wie die Investitionen in die Bildung

den Weltmarkt, wo – so das neoliberale Dogma – das freie Spiel der Kräfte schon alles richten und eine Gesundung der Volkswirtschaft, Wachstum und Entwicklung herbeiführen würde.

Zwecks Weltmarktintegration sehen die Strukturanpassungsmaßnahmen vor: umfassende Deregulierung, Kürzungen in den Staatshaushalten (und dort natürlich vor allem im Gesundheits-, Bildungs- und Sozialbudget), Privatisierung, Liberalisierung des Außenhandels und monetaristische Geldwertstabilitätspolitik (hohe Zinsen, Lohnstopp etc.).

Strukturanpassung à la IWF (das Konzept wurde von der Weltbank übernommen) bedeutet eine Robkur für die betroffenen Volkswirtschaften, deren Kosten in erster Linie die wirtschaftlich und sozial Schwachen bezahlen.

Es ist nicht verwunderlich, daß die Durchführung der Strukturanpassungsmaßnahmen periodisch von Protesten und Hungerrevolten begleitet ist und in vielen Fällen nur durchgesetzt werden konnten, wenn ein autoritäres oder diktatorisches Regime dahinter stand.

Aber selbst unter diesen Bedingungen sind die „Erfolge“ der Strukturanpassung sehr zweifelhafter Natur. In vielen Fällen, vor allem in Afrika, verfehlen die Programme die selbstgesteckten Ziele vollständig. In anderen Fällen, wo – wie in Chile – Fortschritte bei der Integration in den Weltmarkt gemacht wurden (nicht zuletzt dank der Pinochet-Diktatur), stellt sich heraus, daß „Erfolge“ schnell zu neuen Problemen werden. So z.B. wenn Exportsteigerungen bei Agrarprodukten dazu führen, daß die Preise auf dem Weltmarkt sinken.

Gleichzeitig hat die Orientierung auf den Weltmarkt zu einem rasanten Anstieg von Rohstoffexporten geführt, was in vielen Fällen (z.B. Holz) schwere ökologische und volkswirtschaftliche Schäden verursacht.

Interne Kritik

Unter dem Eindruck der Fehlschläge und öffentlicher Kritik hat die Weltbank interne Untersuchungen angestellt, um die Effizienz ihrer Projekte zu überprüfen. Das Ergebnis verschiedener Reports ist niederschmetternd: Weltbankprojekte sind demnach in ihrer Mehrzahl nicht nur durch und durch unsozial, sondern auch umweltschädlich und führen zu massenhaften Menschenrechtsverletzungen, z.B. im Falle von Zwangsumsiedlungen.

Angesichts dessen wird derzeit der Ruf nach einer Reform der Weltbank immer lauter.

Dabei stehen die undemokratischen Strukturen und die mangelnde Transparenz immer wieder im Kreuzfeuer der Kritik. Da für die Stimm-

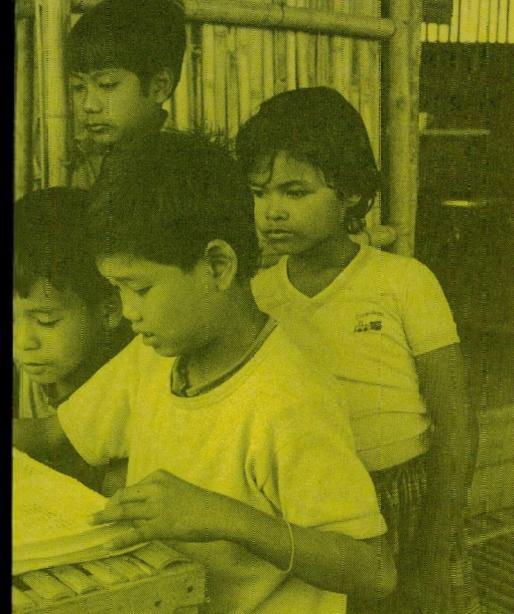


Foto: UNHCR

verteilung nicht das UN-Prinzip „Ein Land – eine Stimme“, sondern das Aktionärsprinzip „Ein Dollar – eine Stimme“ gilt, haben die Industrieländer entsprechend ihren Einlagen über die Hälfte der Stimmen. Allein die USA haben 19 % und die zweitstärksten, Japan und die Bundesrepublik je 6 %, während die Entwicklungsländer alle zusammen, gerade auf ein Drittel kommen. Gleiches gilt für den IWF.

Das heißt aber nun keineswegs, daß die Politik von IWF und Weltbank wenigstens in den Industrieländern nach demokratischen Spielregeln funktionieren würde. Der deutsche Exekutivdirektor in der Weltbank z.B. unterliegt praktisch keiner parlamentarischen Kontrolle, geschweige denn, daß in der Öffentlichkeit jemand wüßte, welche Politik er in der Bank betreibt.

Alternativen sind gefragt

Reformen hätten also zuerst einmal das beträchtliche Demokratiedefizit zu beseitigen und für Transparenz und demokratische Kontrolle zu sorgen. Darüber hinaus aber wären auch die herrschenden Leitbilder für Entwicklung und die ihnen zugrunde liegenden ökonomischen Modelle zu hinterfragen. Denn zu einer Entwicklung, die nur quantitativ am Wachstum des Sozialprodukts gemessen wird, Umweltverträglichkeit, Menschenrechte, Demokratie und soziale Gerechtigkeit aber ausblendet, kann man nur sagen: nein danke. ■

Peter Wahl ist Mitarbeiter der Bonner Organisation „Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung – WEED“.

Money, money...

Die größten Kreditempfänger der Weltbank sind

- Indien (800 Mio. Dollar für versch. Bereiche)
- Algerien (200 Mio. Dollar für Wohnungsbau)
- Ghana (141 Mio. Dollar für Transport u. Erziehungsbereich)
- China (147 Mio. Dollar für Landwirtschaft)
- Malaysia (141 Mio. Dollar für Erziehungswesen)
- Mexiko (254 Mio. Dollar für Arbeitsmarkt u. Schulen)

Für das bis zum Juni 1994 laufende Geschäftsjahr rechnet die Weltbank mit einer Kreditvergabe von insgesamt 27 Milliarden Dollar.

Abschottung gegen Flüchtlinge?

„Offensichtlich unbegründet“

Die ersten Auswirkungen des neuen Asylrechts

Von Herbert Leuninger

Seit dem 1. Juli 1993 gilt das neue Asylrecht. Ob jemand verfolgt ist, vor Krieg und Bürgerkrieg geflohen ist, in der Heimat Folter erlitten hat – es ist egal. Ist er über einen angeblich „sicheren Drittstaat“ eingereist, wird er zurückgeschoben. Und dies sind alle Nachbarländer Deutschlands. Auch auf Flüchtlinge, die aus einem angeblich „sicheren Herkunftsland“ kommen, wartet ein kurzer Prozeß. Sichere Herkunftsländer sind nach Meinung des Deutschen Bundestages: Bulgarien, Gambia, Ghana, Polen, Rumänien, Senegal, Slowakische Republik, Tschechische Republik und Ungarn. Auch über Asylanträge von Flüchtlingen ohne gültige Papiere (Visa, Pässe) wird im Schnellverfahren entschieden. Viele Flüchtlinge werden zu Unrecht abgelehnt, wie die ersten Entscheidungen von Verwaltungsgerichten und dem Bundesverfassungsgericht zeigen.

Beispiel Togo

Am 1. Juli 1993, dem ersten Tag nach Inkrafttreten des neuen Asylrechts, landet ein Flugzeug mit einem togolesischen Flüchtling an Bord auf dem Frankfurter Flughafen. Noch vor der offiziellen Einreise wird er vom Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge angehört. Bereits am 4. Juli 1993 hat er den Ablehnungsbescheid in den Händen: „offensichtlich unbegründet“ entscheidet das Bundesamt im Schnellverfahren. Drei Tage hat sein Rechtsanwalt nun Zeit für die Klage vor dem Verwaltungsgericht. Auch dort das Urteil: „offensichtlich unbegründet“. Nach dem Asylver-



Aufbau von „Asylcontainern“ am Münchener Flughafen

Foto: argum

fahrgesetz muß er die Bundesrepublik umgehend verlassen. Seine einzige Chance: eine Beschwerde vor dem Bundesverfassungsgericht. Der erste unter das neue Asylrecht fallende Flüchtling erringt einen Teilerfolg: Das Bundesverfassungsgericht entscheidet am 27. Juli 1993: Die Verfassungsbeschwerde sei „weder unzulässig noch offensichtlich unbegründet“. Das Verwaltungsgericht habe die Ablehnung auch darauf gestützt, es lägen in diesem Fall keine Abschiebungshindernisse vor. Der Vertreter des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik (UNHCR) hat jedoch in seiner Stellungnahme vom 7. Juli 1993 erklärt, daß „im Falle einer Abschiebung nach Togo die“ – also alle – „betroffenen Personen einer konkreten Gefahr für Leib und Leben ausgesetzt wären“. Die Feststellung des Verwaltungsgerichts sei „nicht nachvollziehbar“, ur-

Fortsetzung nächste Seite



Im Januar 1991 hatten von der Abschiebung bedrohte Flüchtlinge die Tübinger Stiftskirche besetzt.

Foto: I. Röttgers/graffini

Fortsetzung von S. 19

teilt das Verfassungsgericht. (AZ: 2 BvR 1516/93) Der Flüchtling darf vorläufig nicht einreisen.

21 Tage wurde er bis dahin am Frankfurter Flughafen festgehalten. Das Szenario ist bedrückend. Asylantragsteller sind auf dem Flughafengelände in einem Gebäude fernab des Terminals untergebracht. Wer dieses Gebäude C 183 besuchen will, muß sich zunächst einer Einlaßprozedur unterziehen, bevor er überhaupt auf das Flughafengelände gelangt. Das Gebäude C 183 erweckt den Eindruck einer Militäranlage. Vor der Rampe, die das Gebäude umgibt, stehen in den ersten Juliwochen Jeeps, Kleinbusse und Panzerspähwagen des BGS. Ein mit einer Kanone bestücktes Panzerfahrzeug ist fast ständig besetzt. Auf der Rampe patrouillieren Beamte des BGS, die zum Teil mit Maschinenpistolen bewaffnet sind. Über eine Treppe gelangen Anwälte zu einer Glastür mit Pforte und Sprechanlage. Rechtsanwälte haben vor der Tür zu warten. Mandanten werden vorgeführt. Die notwendige Besprechung zwischen Flüchtling und Anwalt findet in einem Nebengebäude statt.

Dahin werden Anwälte und Mandanten von BGS-Beamten eskortiert. Im fensterlosen Sprechzimmer rauscht störend ein Ventilator. Die BGS-Beamten postieren sich vor der Tür. Wie soll unter solchen Umständen, die einer Haftsituation ähnlich sind, ein faires und rechtsstaatliches Verfahren durchgeführt werden? Ist es mit der Menschenwürde vereinbar, übermüdete und verunsicherte Flüchtlinge mit einer solchen Machtdemonstration des Grenzschutzes zu konfrontieren?

Entscheidend: Der Fluchtweg

Seit dem 1. Juli 1993 gilt: Entscheidend ist nicht mehr der Fluchtgrund, sondern der Fluchtweg. Dies ist der Kern des neuen Asylrechts. Für das, was dann geschieht, lehnt man jede Verantwortung ab. Zum Beispiel droht Flüchtlingen aus dem ehemaligen Jugoslawien die Kettenabschiebung. Sie haben in Österreich keine Chance. Denn für Österreich sind Slowenien und Kroatien „sichere Drittstaaten“ Um die



Matz-Karikatur zum Thema „Asyl“ in der wub-Ausgabe 2/1988

Flüchtlinge wirklich zu schützen, müssen wir fordern:

- die volle Einhaltung der Genfer Flüchtlingskonvention. Kettenabschiebungen verstoßen gegen die Konvention.
 - eine sorgfältige und umfassende Prüfung der Asylanträge.
 - die Aussetzung der Eilverfahren an den Flughäfen. Denn eine sorgfältige Prüfung ist im Schnellverfahren nicht möglich.
 - faire und rechtsstaatliche Gerichtsverfahren, in denen das Verwaltungshandeln überprüft wird. In vielen Fällen verlaufen Verfahren heute unfair und rechtsstaatswidrig.
 - ein entschiedenes politisches Vorgehen zur Beseitigung der Fluchtursachen. Zum Beispiel ist die Türkei NATO-Partner, Mitglied des Europarates und Unterzeichnerin der Europäischen Menschenrechtskonvention. Die Bundesregierung hätte also politische, diplomatische und juristische Möglichkeiten, gegen die Verletzungen der Menschenrechte in der Türkei vorzugehen. Doch sie unternimmt nichts und liefert sogar noch Waffen, die benutzt werden im Krieg gegen die kurdische Zivilbevölkerung.
- Der Autor ist Sprecher von Pro Asyl e. V.

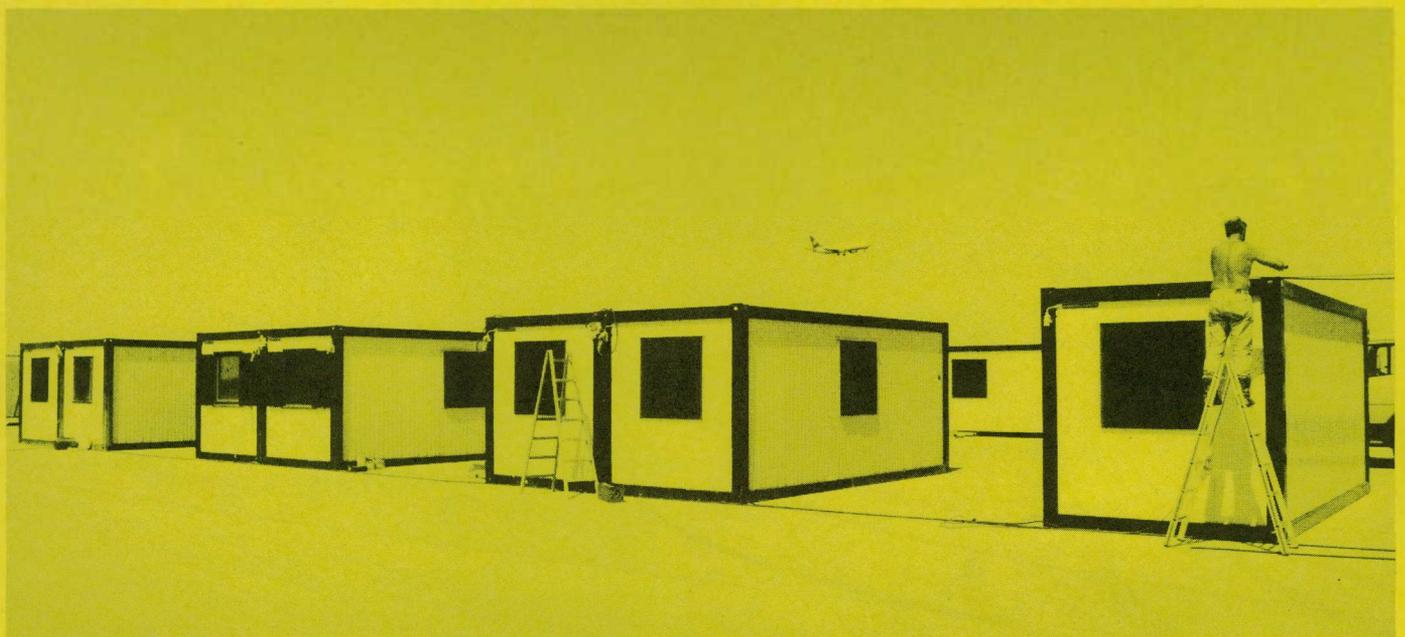
Flüchtlinge weltweit

Die Anzahl der Flüchtlinge ist in den letzten zwei Jahrzehnten um das Neunfache angestiegen. Es sind nach Angaben der UN-Hochkommissarin für Flüchtlingswesen weltweit ungefähr 19 Millionen. Mehr als drei Viertel aller Flüchtlinge leben in der Dritten Welt. Ein weltweiter Überblick ergibt folgendes Bild:

- 32,46 % bleiben in Afrika
- 31,82 % bleiben im mittleren Osten
- 13,34 % bleiben in Süd- und Mittelasien
- 13,13 % bleiben in Osteuropa (incl. GUS)
- 0,61 % bleiben in Lateinamerika und in der Karibik
- 3,89 % gehen in EG-Länder
- 1,67 % gehen nach Westeuropa (außer EG)
- 0,81 % gehen nach Nordamerika
- 0,14 % gehen nach Australien.

12 der Dritte-Welt-Staaten - Iran, Pakistan, Malawi, Sudan, Guinea, Äthiopien, Zaire, Mexico, Tansania, China, Burundi und Indien - sind die größten Zufluchtsorte für die Flüchtlinge.

Quelle: Peace Courier 7/8/93



Oft wochenlang werden Asylbewerber in solchen Containern neben dem Rollfeld festgehalten. Der Fluglärm - hier auf dem Franz-Josef-Strauß-Flughafen, München - ist unerträglich.

Foto: F. Heller/argum

UNO-Truppen gegen Fremdenhaß in Deutschland?

Einsatz türkischer Eliteeinheiten am Rhein geplant?

Ein äußerst brisantes Schriftstück wurde der wub-Redaktion vor wenigen Tagen von der Redaktion „Shalom“¹⁾ zugespielt: Es handelt sich um den bislang geheimgehaltenen Entwurf der Resolution Nr. fünfvorzwölf des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Wir drucken den Text, der noch vor Jahresende verabschiedet werden soll, hier in leicht gekürzter Form ab:

„Der Sicherheitsrat

- erinnert an die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta, denen zufolge – in Verbindung mit den Verträgen von Potsdam – alle Naziorganisationen und alle Nazi-Nachfolgeorganisationen effektiv aufzulösen sind;
- stellt fest, daß die deutsche Regierung keine effektiven Maßnahmen ergriffen hat, dieses Grundprinzip der UNO-Charta zu gewährleisten und also gegen ihre Verpflichtungen als UNO-Mitglied in besonders grober Weise verstoßen hat und ständig weiter verstößt;
- erklärt insbesondere seinen Abscheu gegenüber der seit über einem Jahr anhaltenden nahezu unbehelligten Einschüchterungs-, Brand- und Mordkampagne deutscher Naziband gegen Minderheiten, insbesondere Einwanderer und Flüchtlinge; (...)

- beschließt, um diesen Forderungen der Völkerfamilie Nachdruck zu verleihen, ein Ultimatum von dreißig Tagen, gerechnet ab heute; sowie ab sofort die folgenden vorläufigen und abgestuften Sanktionen:

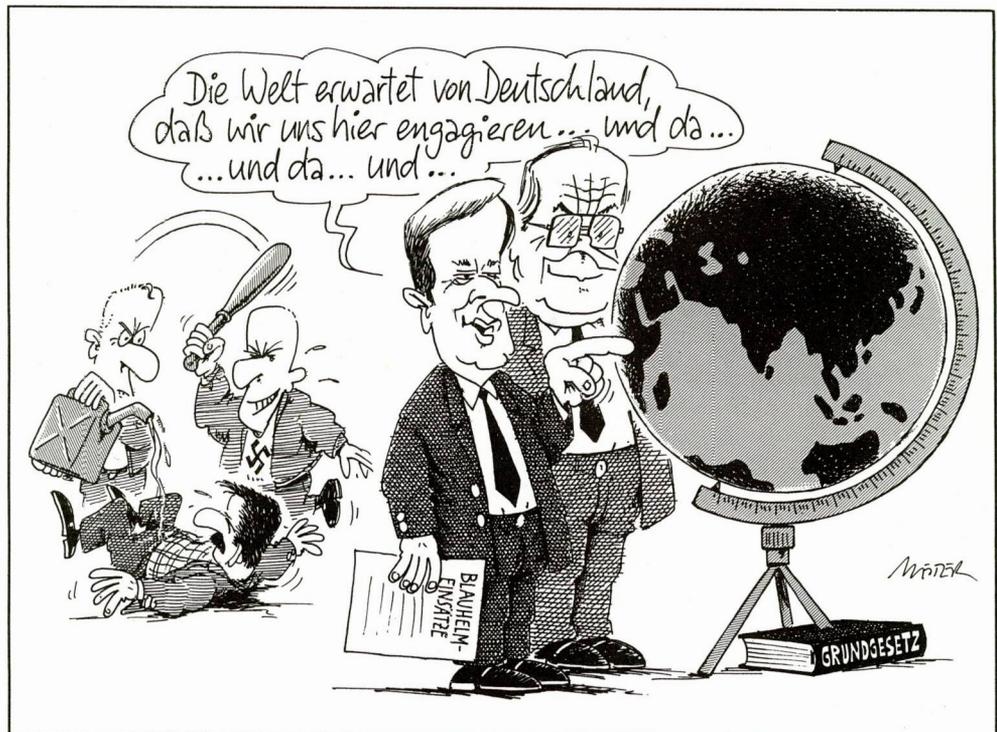
- Um die Logistik der hochbeweglichen nazistischen Mörderbanden lahmzulegen, gilt ab sofort bis zu einem neuen Beschluß des Sicherheitsrates ein absolutes Fahrverbot auf allen deutschen Autobahnen und Bundesstraßen, das von alliierten Luftstreitkräften in Absprache mit dem Generalsekretär überwacht wird;

- Da Teile der deutschen Sicherheitskräfte ganz offensichtlich mit den Mördern sympathisieren, untersagt die Weltgemeinschaft diesen deutschen Sicherheitskräften ab sofort jede weitere Tätigkeit beim Schutz von Einwanderern und Flüchtlingen. Dieser Schutz wird ab sofort von UNO-Sicherheitskräften übernommen, die zunächst und bis auf weiteres nur zu friedenserhaltenden Maßnahmen ermächtigt sind;
- Der Sicherheitsrat akzeptiert besonders dankbar das Angebot der Türkei, Eliteeinheiten für die Sicherheit der Fluglogistik der alliierten Streitkräfte in Deutschland bereitzustellen;

- Er begrüßt ferner besonders dankbar das Angebot mehrerer Mitgliedsländer, deren Staatsangehörige wegen ihrer Abstammung und Hautfarbe zu den besonderen Zielscheiben der nazistischen Banden geworden sind, Truppen für diese Friedensmission nach Deutschland zu entsenden; er begrüßt insbesondere das entsprechende Angebot Vietnams, das nach seiner Wiedervereinigung seine dadurch gewachsenen Verantwortung mustergültig wahrnimmt;

- Er bedankt sich herzlich für entsprechende Angebote aus Rußland, stellt sie aber aus historischen Gründen vorläufig zurück, um alle Möglichkeiten einer Deeskalation optimal ausschöpfen zu können;

- Der Sicherheitsrat ermächtigt die zur Überwachung des Fahrverbots eingesetzten Luftstreitkräfte bei Verstößen gegen Buchstaben und Geist dieser Resolution, Autobahnen und Bundesstraßen mittels chirurgisch eingesetzter Präzisionsraketen (Luft-Boden-Raketen) ver-



ZEICHNUNG: MÖRZEL

- kehrsuntauglich zu machen; Angriffe gegen Fahrzeuge und Menschen gehören noch nicht zu den von dieser Resolution gedeckten Maßnahmen in der Phase vor Ablauf des Ultimatus;

- Der Sicherheitsrat bekräftigt seine Entschlossenheit, nach Ablauf des Ultimatus erneut zusammenzutreten und aufgrund eines Berichts des Generalsekretärs darüber zu befinden, ob seine Beschlüsse von Deutschland vollinhaltlich und ohne jede Winkelzüge und Täuschungsmanöver erfüllt worden sind oder nicht; sollte er zu einem negativen Votum kommen, so erklärt er bereits jetzt, daß er dann zu friedensschaffenden Maßnahmen in Deutschland schreiten wird, wobei die Völkerfamilie ermächtigt wird, alle notwendigen Mittel zum effektiven Schutz der verfolgten Minderheiten und zur effektiven Ausschaltung aller Naziband zu ergreifen.“

Anmerkung

Wie aus diplomatischen Kreisen verlautete, hat der deutsche UN-Vertreter bereits heftig gegen den Wortlaut der Resolution protestiert, weil dort „vereinzelte Initiativen gegen Überfremdung“ völlig unsachgemäß als „kollektive Gefährdung durch Naziband“ dargestellt würden.

¹⁾ „Shalom“ ist ein Informationsblatt für die Arbeit im Konziliaren Prozeß im Bereich der Evang. Kirche von Westfalen. Bezug kostenlos bei: Arbeitsstelle Konziliarer Prozeß der EKvW, Iserlohnerstr. 25, 58239 Schwerte

Japan nach den Wahlen

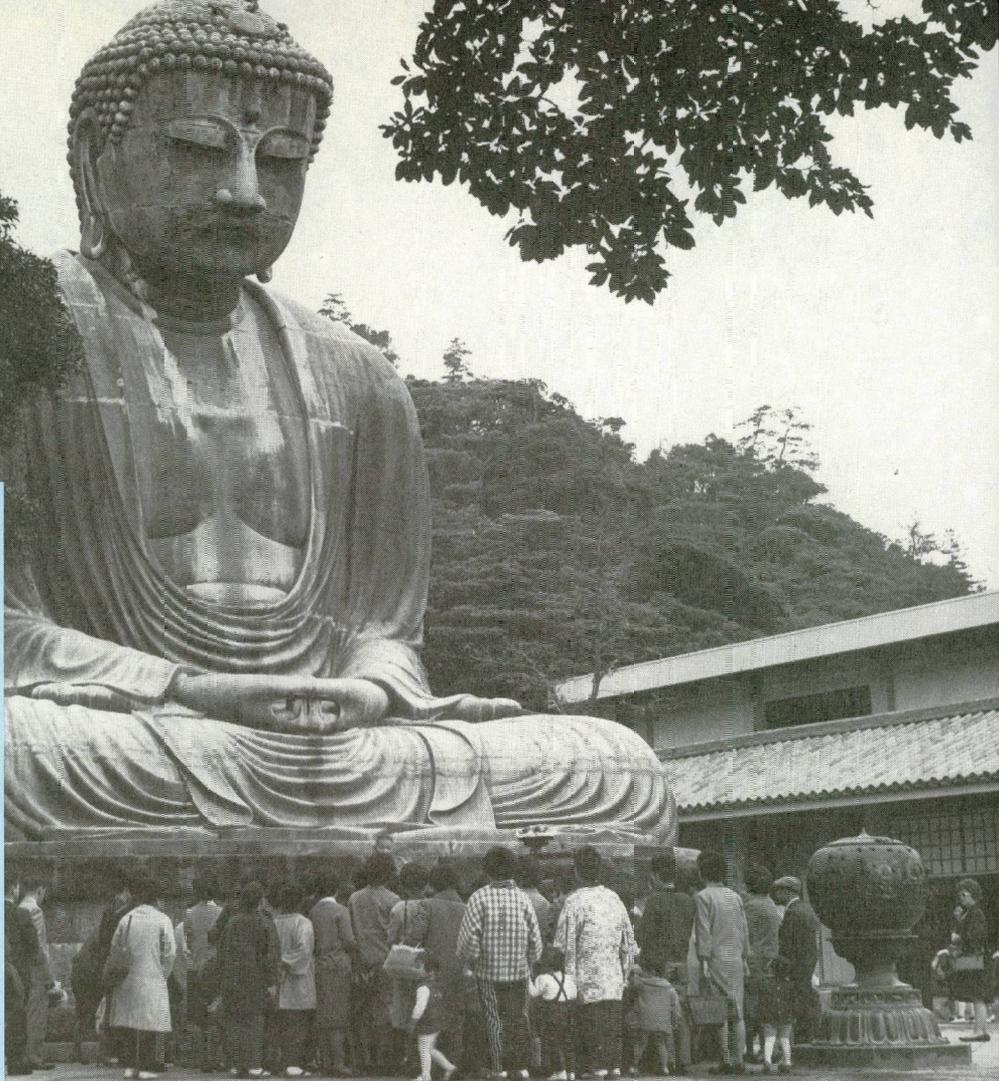
Hoffen auf saubere Politik



Teruhiro Maruyama ist 29 Jahre alt, seine Frau Chie 33 Jahre. Das frisch verheiratete Ehepaar wohnt in Fujimi, einer Stadt von ca. 40.000 Einwohnern, die etwa 50 km nordwestlich von Tokyo in der Präfektur Saitama liegt. Teruhiro und Chie haben vor kurzem eine Wohnung in einem neu errichteten Apartmentblock bezogen, der von seinem Besitzer „Sweet Dream“ genannt wird. Für diesen „süßen Traum“, der inklusive Küche drei Räume umfaßt und ca. 45 qm mißt, zahlen die beiden monatlich 1.300 DM.

Teruhiro arbeitet in einer Druckerei in Tokyo, ziemlich in der City. Er ist dort für die gesamte EDV-Anlage verantwortlich. Nebenberuflich gibt er einen Wirtschaftsinformationsdienst für ausländische Unternehmen heraus, für den Chie ihm bei den Übersetzungen behilflich ist. Um an seinen Arbeitsort zu gelangen, muß Teruhiro eine knapp einstündige Bahnfahrt auf sich nehmen. Meist sind die Züge überfüllt, so daß er stehen muß. Teruhiro verläßt die Wohnung normalerweise gegen 7.00 Uhr am Morgen und kehrt nicht vor 20.00 Uhr zurück. Anschließend sind oft noch Arbeiten für den Informationsdienst fällig. Sein Urlaub bemißt sich auf etwa 2 Wochen pro Jahr.

Von Guido Grünewald



Magnetischer Anziehungspunkt für Touristen – der Kupfer-Buddha von Kama Kura

Foto: IFA

Mit Politik haben Teruhiro und Chie nicht viel im Sinn. Zwar interessieren sie sich durchaus dafür, was sich in der Welt ereignet. Teruhiro z. B. hört mit seinem Weltradio regelmäßig ausländische Sender. Die nationale Politik erscheint den beiden allerdings unbeweglich und korrupt. Damit stehen sie nicht alleine. 70 Prozent aller JapanerInnen waren im Frühjahr 1993 der Ansicht, die nationale Politik spiegele den Volkswillen kaum oder gar nicht wider.

Als ich Chie und Teruhiro Ende Juli dieses Jahres besuchte, begann sich ihre Einstellung allerdings zu ändern. Damals zeichnete sich erstmals nach 38 Jahren ein Regierungswechsel in Japan ab. Chie und Teruhiro blieben zwar skeptisch, ob die neu zu bildende Regierung wirklich grundlegende Reformen durchsetzen würde, waren aber zunächst einmal bereit, ihr einen Vertrauensbonus einzuräumen.

Aussicht auf Wandel

Die Wahlen vom 18. Juli 1993 könnten tatsächlich eine Zäsur in der japanischen Nachkriegsgeschichte bilden. Im System des kalten Krieges war die japanische Politik von zwei Parteien dominiert worden, der Liberal-Demokratischen Partei (LDP) und der Sozialistischen Partei Japans (heute Sozialdemokratische Partei Japans = SDPJ), wobei die Konservativen mit einer Ausnahme die Regierung stellten und die Sozialisten die wichtigste Oppositionspartei bildeten.

Die LDP entstand 1955 durch den Zusammenschluß zweier konservativer Vorkriegsparteien. Sie etablierte ihre führende Position durch eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik sowie durch ihre enge Bindung an die USA. Die LDP-Regierungen verstanden sich als Bollwerk gegen den Kommunismus.

Die SDPJ hatte in der unmittelbaren Nachkriegszeit gute Chancen, spaltete sich jedoch 1951 über die Frage des Friedensvertrags von San Francisco mit den USA. Zwar vereinigten sich der linke und rechte Flügel 1955 erneut, doch vermochte die Partei auch anschließend nicht mit einer Stimme zu sprechen. Nachdem der Kampf gegen den US-Japanischen Sicherheitsvertrag verloren war, nahm der Einfluß der SPDJ – von kurzfristigen Zwischenhochs abgesehen – kontinuierlich ab.

Diese Konstellation – auch System von 1955 genannt – mit der LDP als „ewiger“ Regierungspartei und einer chancenlosen Opposition führte zu einer Erstarrung der japanischen Politik.



Friedensdemonstration in Hiroshima: Die Mehrheit der Bevölkerung befürwortet eine Ver...

Zwar kam es im Parlament manchmal zu scharfen Kontroversen zwischen Regierung und Opposition, doch wurde die tatsächliche Politik von einem „eisernen Dreieck“ aus LDP, Wirtschaft und Ministerialbürokratie bestimmt. Die Wirtschaft versorgte die LDP mit Geldern für den Wahlkampf und forderte dafür Stabilität und wirtschaftspolitische Abstimmung. Jährlich flossen über den Unternehmerverband Keidanren etwa 12 Milliarden Yen an die LDP, in Wahljahren auch mehr. Die Politiker schenken den spendenden Unternehmen durch Einflußnahme auf die Bürokratie popularitätssteigernde öffentliche Aufträge in ihren Heimatprovinzen zu. Die Bürokratie spielte mit, um für ihr Ressort größere Budgets und damit mehr Macht zu sichern.

Korruption und organisiertes Verbrechen

Vorprogrammiert war in diesem System auch massive Korruption. Bis vor kurzem schienen die Japaner dies allerdings gelassen hinzunehmen. Zwar stürzte 1976 Ministerpräsident Tanaka über den sogenannten „Lockheed-Skandal“, doch war die Loyalität der lokalen Stammwähler zu „ihrem“ Abgeordneten gewöhnlich stärker. Noch der „Recruit-Cosmos“-Skandal von 1988–90 (eine Reihe von Spitzenpolitikern hatte 1988 durch Erwerb von Aktien dieses Unternehmens, bevor es an der Börse notiert wurde, Riesengewinne eingestrichen) war nach dem gleichen Muster verlaufen. Erst als im vergangenen Jahr bekannt wurde, daß die Transportfirma Sagawa Kyubin, die Verbindungen zum organisierten Verbrechen hat, in den 80er Jahren insgesamt rund 1 Milliarde DM an 130 Parlamentarier – unter ihnen drei ehemalige Ministerpräsidenten sowie der Führer der mächtigsten LDP-Fraktion Shin Kanemaru – gespendet hat und daß Kanemaru, ebenso wie der ehemalige Ministerpräsident Takeshita, mit einer rechtsradikalen Partei geheime Absprachen getroffen hatte, war die Geduld der Öffentlichkeit zu Ende. Hinzu kam das gebrochene Versprechen der Regierung, die lange versprochenen politischen Reformen durchzusetzen. Durch Abspaltung von der LDP bildeten sich neue konservative Parteien, deren Abgeordnete der Regierung das Vertrauen entzogen und Neuwahlen erzwangen.



Japanische Bäuerin in einem Reisfeld

Foto: IFA

Bei den Wahlen vom 18. Juli verlor die LDP zwar 10 Prozent der Stimmen, blieb mit 223 Parlamentssitzen aber dennoch die stärkste Partei. Gewinner der Wahl waren die Japanische Erneuerungspartei (Shinseitō), die Neue Partei Japans (JNP) und die parlamentarische Gruppierung Sakigake, die aus dem Stand zusammen 103 Mandate gewannen. Eindeutiger Wahlverlierer waren die Sozialdemokraten; sie konnten nur 70 ihrer bisher 136 Sitze behaupten. Die neuen konservativen Parteien bildeten gemeinsam mit der buddhistischen Komeitō-Partei und der SDPJ sowie einiger kleineren Parteien eine Koalitionsregierung. Neuer Ministerpräsident wurde Morihiro Hosokawa von der Neuen Partei Japans, der früher Gouverneur der Provinz Kumamoto gewesen war.

Festhalten an der nichtmilitärischen Politik

Was erwarten Chie und Teruhiro von der Regierung Hosokawa? Zunächst einmal eine Politik, die auch die Bevölkerung an dem von der Industrie produzierten Reichtum teilhaben läßt: Ausbau des Nah- und Regionalverkehrs, Verbesserung der sozialen und kommunikativen Infrastruktur (japanische Städte besitzen z. B. kaum Grünanlagen), eine Senkung der Arbeitszeit, niedrigere Konsumentenpreise durch Marktöffnung sowie einen Stopp der Inflation bei Mieten und Immobilien. Darüber hinaus wünschen sie sich, daß die neue Regierung von außenpolitischen Abenteuern Abstand nimmt und an der nichtmilitärischen Politik der Nachkriegszeit festhält. Außerdem fordern Sie eine radikale Wahlrechtsreform sowie ein Verbot von Spenden wirtschaftlicher Vereinigungen an Politiker und Parteien.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich diese Erwartungen erfüllen werden. Einerseits verfügt die neue Regierung nur über eine knappe parlamentarische Mehrheit. Außerdem setzt sie sich aus recht unterschiedlichen politischen Kräften zusammen. Vor allem die Sozialdemokraten werden sich schwer tun, in der Wirtschafts- und Sozialpolitik wie in der Militärpoli-

tik eine gemeinsame Linie mit den konservativen Regierungsparteien zu finden. Es sollte nicht übersehen werden, daß die führenden Politiker von Shinseitō und Sakigake jahrelang im Machtzentrum der LDP standen und im bisherigen Spiel von Kungelei und Korruption kräftig mitgemischt haben. Die beiden wichtigsten Politiker der Shinseitō-Partei, der ehemalige Finanzminister Hata und der frühere LDP-Generalsekretär Ozawa, gehörten der ehemals mächtigsten und besonders korruptionsbelasteten LDP-Fraktion an. Daß Hosokawa der Shinseitō fünf wichtige Ministerien – darunter das Außen-, Finanz- und Industrieministerium sowie die Verteidigungsbehörde – überlassen hat, ist in einem Teil der Presse eher kritisch kommentiert worden.

In der Zwischenzeit ist denn auch klar geworden, daß in der Wirtschafts- und Sozialpolitik keine grundlegenden Veränderungen zu erwarten sind. Auch in der Außen- und Militärpolitik will die neue Regierung im großen und ganzen die bisherige Politik der LDP fortführen. Das schließt die Entsendung japanischer Soldaten im Rahmen friedensbewahrender UN-Missionen ein. Eine Beteiligung Japans an UN-Kampfeinsätzen, wie sie vor allem Ichiro Ozawa fordert, dürfte es allerdings in naher Zukunft nicht geben. Eine in ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzende Veränderung hat Ministerpräsident Hosokawa bei seiner ersten Pressekonferenz eingeleitet, als er Japans Krieg gegen China in den 30er Jahren und den anschließenden Pazifischen Krieg als „einen Akt der Aggression“ bezeichnete und hinzufügte: Japan habe damals „einen Irrtum begangen“. Damit ist erstmals von offizieller Seite das Tabu der japanischen Kriegsschuld gebrochen worden. Auf Japan könnten jetzt erhebliche Entschädigungsforderungen zukommen, vor allem von Seiten der ca. 200 000 Frauen, die damals von der japanischen Armee zur Prostitution gezwungen wurden.

„Saubere Politik“

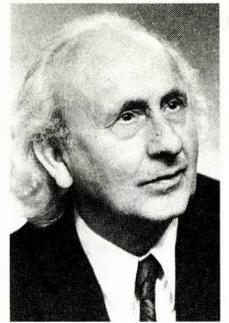
Die Regierung Hosokawa wird vor allem daran gemessen werden, ob sie die versprochenen politischen Reformen durchsetzen kann. Nach einem kürzlich vorgelegten Gesetzentwurf soll das bisherige, die LDP begünstigende Wahlsystem durch eine Mischung aus Mehrheitswahlrecht (250 Sitze gehen an den jeweiligen Wahlkreissieger) und Verhältniswahlrecht (danach werden weitere 250 Mandate verteilt) ersetzt werden. Spenden von Unternehmen und Gewerkschaften an einzelne Politiker sollen verboten werden, Spenden an politische Parteien dagegen für die nächsten fünf Jahre erlaubt sein. Außerdem soll erstmals eine staatliche Parteifinanzierung eingeführt werden.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit dieser Gesetzentwurf verwirklicht wird und welche Auswirkungen er haben wird. Verschiedene Beobachter erwarten eine Rückkehr der LDP an die Regierung, andere eine Umwandlung des Parteiensystems aus LDP und einer der neuen konservativen Parteien mit dem rechten Flügel der SDPJ, was die Spaltung der SDPJ voraussetzt. Für Chie und Teruhiro wie für viele ihrer Mitbürger ist wichtig, daß die japanische Politik wieder sauber wird und daß ein demokratischer Wechsel gesichert ist. Nur so sehen sie Chancen, daß sich ihre soziale Lage bessert und der auch in Japan erstarkende Nationalismus eingedämmt werden kann. ■



ing aller Atomwaffen.

Foto: Grünewald



Walter Ferber – ein deutscher Föderalist, Demokrat und Pazifist

Von Helmut Donat

„Das ganze deutsche Volk hätte im Jahre 1933 revoltieren müssen, als die Gestapo ermächtigt wurde, ohne Gerichtsverfahren über einen Menschen Schutzhaft zu verhängen“, schreibt Johann Hess 1946 in seinen „Erinnerungen an vier Jahre Konzentrationslager Dachau“. Doch in der Weimarer Republik haben nur wenige Bürger begriffen, wie wichtig es ist, die Freiheit durch demokratische Institutionen zu schützen. Zu dieser helllichten Minderheit gehörte Walter Ferber – ein politischer Schriftsteller, den es neu zu entdecken gilt.

Die deutsche Geschichte wäre anders, für Europa und die Deutschen selbst günstiger verlaufen, hätten Menschen wie Ferber politische Einflußchancen gehabt. Seine heute noch gültige Einsicht lautet: Der selbstherrliche Machtstaat, der alle gesellschaftlichen Kräfte, die zur Selbstverwaltung fähig sind und hierauf drängen, niederhält, ist nicht bloß Nährboden der Diktatur und damit bedrohlich für die Bürger im Innern; er mißbrät auf Dauer zu einem nach außen erobernden Militärstaat mit drückenden Militärärsen – unvereinbar mit dem Frieden Europas.

Walter Ferber wurde am 24. Dezember 1907 in Buer-Erle bei Gelsenkirchen als Sohn einer Näherin und eines Bergarbeiters geboren. Von 1924 bis 1932 war er Handlungsgehilfe. Im Selbststudium erwarb er Kenntnisse in Literaturgeschichte und Politikwissenschaft. Geprägt vom rheinisch-katholischen Föderalismus, setzte er sich für eine über die Nationalstaatsidee hinausweisende Friedensordnung Europas ein. Als Mitarbeiter an Zeitungen der Zentrumspartei und als Redner in Parteiversammlungen wandte er sich entschieden gegen den Nationalsozialismus und warnte vor dessen Gefahr. Bereits 1932 emigrierte Ferber nach Wien, wo er sich bis 1934 als Mitarbeiter des christlichen Gewerkschaftsorgans „Die Neue Zeitung“ betätigte. Danach wirkte er als freier Publizist und war Mitglied der „Studienrunde katholischer Soziologen“ (Wien), der wohl interessantesten Erscheinung unter den geistigen Gegnern des Nationalsozialismus in Österreich. Ferber trat auch in Wien als Redner öffentlich in Erscheinung und engagierte sich auch hier gegen den großdeutschen Nationalismus. Nach der Okkupation Österreichs wurde er sofort verhaftet und in das Konzentrationslager Dachau verschleppt.

„Wer einem wirklichen Grauen entronnen ist, liebt es nicht, die Erinnerung daran zu pflegen“ – schreibt Ferber über seine Zeit im KZ Dachau, in dem er viereinhalb Jahre gefangen war, bevor ihm 1943 die Flucht in die Schweiz gelang. Unter dem Pseudonym Walter Feuerbach veröffentlichte er im Frühjahr 1945 seinen Bericht „55 Monate Dachau“ – als Beitrag zur „Umschulung des deutschen Volkes“. Als eine der ersten gedruckten Quellen über die Schrecken der Konzentrationslager publiziert, unterscheidet sich seine Abhandlung wohltuend von anderen Berichten; sie zählt nicht nur Greuel auf, sondern sagt auch über die geistige Situation in den Lagern Wesentliches aus. Stichwortartig werden Daten, Zahlen und kurze Schilderungen zu verschiedenen Aspekten des „Univer-



„Auszahlung“ Die Abbildung entstammt dem Buch „55 Monate Dachau“ von Walter Ferber (s. u.)

sums Konzentrationslager“ aufgeführt, so wie sie der Autor in Dachau und Flossenbürg erlebt und erfahren hat (Aufbau des Lagers, Tagesordnung, Arbeit, Strafen, SS-Totenkopfverbände, Seelsorge, Todesursachen, Geistliche, Auspeitschungen, Fluchtversuche, Kreuzigung etc.). Die Knappheit und die unmittelbare Nähe des Geschehens, die bei jeder Zeile spürbar wird, machen das Buch, das soeben in einem Neudruck erschienen ist und zugleich Ferbers Lebenswerk sichtbar macht, auch heute noch zu einer bewegenden Lektüre.¹⁾

Im November 1945 kehrt Ferber nach Deutschland zurück. Als Lehrbeauftragter der Politologie, als Chefredakteur des „Neuen Abendland“ (1946/47) und Herausgeber der „Föderalistischen Hefte“ (1948-50) war er eine treibende Kraft der katholischen föderalistisch-pazifistischen Bewegung.

Ein Rückschlag: Die Remilitarisierung

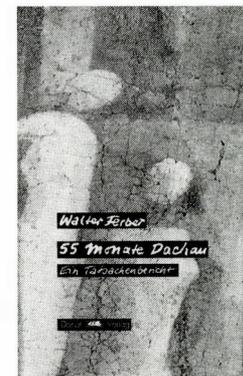
Aber sowohl der Föderalist, als auch der Pazifist Ferber mußte Enttäuschungen hinnehmen. Die auf eine Neutralisierung Deutschlands drängende pazifistische Opposition, die sich gegen die Aufstellung deutscher Streitkräfte in der Bundesrepublik und in der DDR wandte, war schon bald gescheitert. Die Ratifizierung der Pariser Verträge (Eintritt in die NATO) erfolgte am 27. Februar 1955, und die Remilitarisierung nahm ihren Lauf. Die Bundesregierung unter ihrem Kanzler Konrad Adenauer (CDU) hofierte Repräsentanten der belasteten preußischen Tradition aus Wehrmacht, NS-Justiz etc. Vor diesem Hintergrund war Ferbers Versuch, die so-

zialen und politischen Bestrebungen des deutschen Reformkatholizismus im Sinne einer fortschrittlichen Gesellschafts- und Soziallehre wiederzubeleben, ohne Chance. Seine Publikations- und Wirkungsmöglichkeiten reduzierten sich. Von 1950 bis 1953 arbeitete er als freier Publizist und Schriftsteller in Singen am Hohentwiel, von 1953 bis 1984 in der Schweiz. Mit dem von ihm 1955 ins Leben gerufenen „Bund entschiedener Föderalisten“ unternahm er seine letzte politische Anstrengung, den „wachsenden unitaristischen und preußischen Tendenzen in der Bundesrepublik“ ein politisch-geistiges Gegengewicht entgegenzustellen. Seit 1947 mit einer Schweizer Lehrerin verheiratet, kehrte Ferber 1953 der Bundesrepublik den Rücken und siedelte mit Frau und Kindern in die Schweiz über. Hier lebt der inzwischen Fünfundachtzigjährige zurückgezogen und vergessen. Verbittert ist er deshalb nicht. Ruhm begriff er in der ihm eigenen Bescheidenheit stets als „Konformismus“. Lob ist ihm dennoch zuteil geworden. Das „Badische Tagblatt“ bezeichnete ihn als einen „Klassiker des christlichen Föderalismus“. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Hermann M. Goergen nannte ihn einen „politischen Schriftsteller ersten Ranges“. Und wir? Wir hätten ihn beinahe vergessen. ■

Leseprobe aus dem Buch „55 Monate Dachau“:

Auf dem Arbeitsplatz

Ich erinnere mich dessen noch lebhaft, daß wir im Jahre 1938 den Kasernenhof II mit einer Walze haben planieren müssen: keineswegs, wie es technisch erforderlich ist, langsam, so daß die Walze in gleichmäßigem Druck den Boden geebnet hätte, mitnichten: wir haben die schwere Walze im Laufschritt ziehen müssen, wodurch zwar die ganze Vorplanung wieder aufgerissen worden ist, wir aber – und das war einer der Zwecke dieser Übung – unter den Anstrengungen zusammengebrochen sind. Das aber hat das Sadismusbedürfnis der SS noch nicht befriedigt: am anderen Tage wurden wir – und das erst war der primäre Zweck dieser Veranstaltung – wegen mutwilligen Wiederaufreißen der Vorplanung, mithin wegen Sabotage, zur Strafmeldung gebracht.



1) Walter Ferber: 55 Monate Dachau

– ein Tatsachenbericht. 95 Seiten, 6 Abb., Donat Verlag (Bremen) – ISBN 3-924444-28-5.

„Die neue Gewalt“

Mit der Frage, wie der wachsende Rechtsextremismus unter Jugendlichen einzuschätzen ist und welche Möglichkeiten der Reaktion sich bieten, beschäftigen sich in zwei Broschüren die Münchener und die Tübinger Friedenspädagogen. „A.R.G. – Ausländerfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Gewaltbereitschaft bei Jugendlichen – Anforderungen an Jugendarbeit und Jugendbildung“ lautet der umständliche

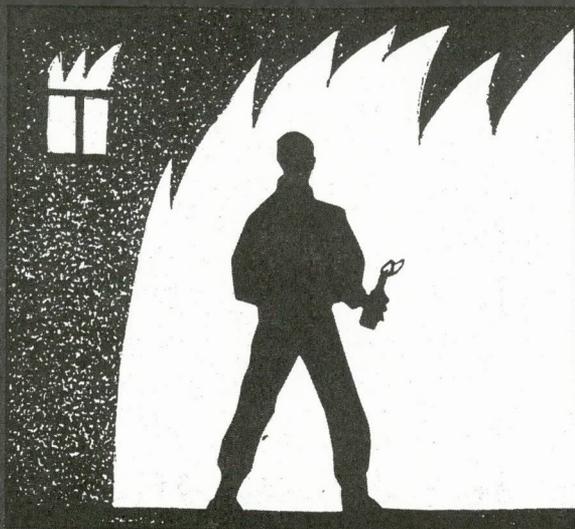
Titel der „Ideenskizze“ aus München, herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft Friedenspädagogik e. V. Die DIN A4-Broschüre faßt die Ergebnisse einer neunmonatigen Studie zusammen, die das Stadtjugendamt München in Auftrag gegeben hatte. Den Preis von 22 Mark sollte die 126-seitige „Bleiwüste“ allerdings wirklich nur speziell Interessierten wert sein.

Wesentlich attraktiver, nicht nur in Bezug auf Aufmachung und Preis (DM 10,-), ist da schon die Broschüre von Uli Jäger „**Rechtsextremismus und Gewalt**“, herausgegeben vom Tübinger Verein für Friedenspädagogik. In sinnvoll aufgeteilten Unterschriften („Die ‘Neue Gewalt’ – Ursachen und Hintergründe“, „Der Rechtsextremismus – Ideologie, Parteien, Organisationen“, „Politik und Gesellschaft – Versäumnisse und Chancen“...) 23 Einzelthemen insgesamt, vermittelt die Broschüre einen umfassenden Eindruck vom Untergrund, den Verbindungen und den verschiedenerelei Bausteinen, aus denen sich der Rechtsextremismus in Deutschland gegenwärtig zusammensetzt. Dabei verzichtet der Autor bei der Auswahl der Texte und Dokumente auf populäre, kurzschlüssige Erklärungsmuster ebenso wie auf die schnell gebastelte Methodenkartei zur Problemlösung. Gedacht ist die Broschüre als Arbeitshilfe für Pädagogen – jede Doppelseite enthält links Materialien zur Information und rechts ein kopierfähiges Arbeitsblatt mit Arbeitsaufgaben oder Schaubildern – ist aber gleichwohl für jeden brauchbar, der/ die sich mit dem Thema intensiver befassen will.

Wer mit den leicht lesbaren und informativen Texten der Broschüre arbeitet, der wird am Ende nicht *den* Lösungsansatz finden, vielleicht aber die Stelle genauer erkennen, an der er ganz persönlich ansetzen kann.

Bezug:
Verein für Friedenspädagogik e. V.
Bachgasse 22, 72070 Tübingen

Rechtsextremismus und Gewalt



„Probleme des Friedens“

Eine empfehlenswerte Schriftenreihe gibt der Idsteiner KOMZI-Verlag in Zusammenarbeit mit Pax Christi heraus: 4 x jährlich erscheinen zu aktuellen Themen kleine Bücher im Format DIN A 5, die mit 120–150 Seiten noch ganz gut verdaulich sind. Betitelt wurde die Reihe mit „Probleme des Friedens“, wengleich sich die Liste der bislang erschienenen und für die nächste Zeit geplanten Themenhefte eher wie eine Sammlung von „Ursachen des Unfriedens“ liest: „Der Krieg auf dem Balkan“, „Kriegsflüchtlinge“, „Eingreifen“, „Nationalismus“, „Rüstungsexport“...

Wer über die jeweiligen Themen mehr wissen will als in der Tageszeitung steht, wer bisherige Antworten überprüfen und neue Fragen zulassen will, der findet in den vierteljährlich erscheinenden Heften reichlichen und gut verständlichen Stoff. Und der günstige Preis macht die Reihe für Zivis erst recht interessant: 4 Ausgaben, inklusive Versand, kosten im Abo ganze 32,- DM. Die Themenliste ist kostenlos erhältlich bei:

KOMZI Verlags GmbH
Kreuzgasse 33, 65510 Idstein

„Wohin mit der Bundeswehr?“

Zweifellos eine der bedeutendsten Fragen derzeit, mit der sich die Zeitschrift „pro“ (Hg.: Jugendarbeit der evang. Landeskirche in Baden) in ihrer Ausgabe 3/93 beschäftigt: Was wird aus der Bundeswehr? Was wird aus der Wehrpflicht? Und wohin mit dem Zivildienst? Wo sollte man an Bewährtem festhalten, wo neue Experimente wagen und Alternativen suchen?

Die Zeitschrift ist erhältlich bei:
Amt für Jugendarbeit
Postfach 22 69
76010 Karlsruhe

KDV – international

Südafrika: Wehrpflicht abgeschafft

Am 24. August gab der südafrikanische Verteidigungsminister Kobie Coetsee die Abschaffung der Wehrpflicht bekannt. Vom kommenden Jahr an wird es in Südafrika eine Freiwilligenarmee geben, und schon jetzt werden keine weißen jungen Männer mehr einberufen. Während die Wehrpflicht in Südafrika nur für Weiße gilt, soll sich die Freiwilligenarmee aus Angehörigen aller ethnischen Gruppen zusammensetzen. In den vergangenen Jahren hatte eine wachsende Gruppe weißer Wehrpflichtiger den Dienst in der Apartheid-Armee verweigert, wobei allerdings nur religiöse Gründe anerkannt wurden. Einige KDVer, die sich nicht auf diese religiöse Nische berufen wollten oder konnten, wurden zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt, eine unbekannt Anzahl hatte sich ins Ausland abgesetzt.

Niederlande

Die Niederlande werden ab 1998 die Wehrpflicht bis auf weiteres aussetzen. Der Regierungsbeschluss vom Juli dieses Jahres sieht anstelle der Wehrpflichtarmee eine aus Berufssoldaten bestehende „schnelle Eingreiftruppe“ vor. Nach Ansicht von Eric Hummels von der holländischen Friedensinitiative „Kerk en Vrede“ (Kirche und Frieden) dienen die 40000 Wehrpflichtigen in der niederländischen Armee schon heute nicht mehr in erster Linie der Landesverteidigung, sondern „nur noch der Beschäftigung der Ausbilder“. Ab Januar 94 soll die Wehrdienstzeit von 12 auf 9 Monate und die Zivildienstdauer von 16 auf 12 Monate verkürzt werden.

Ex-Jugoslawien

Ein Asylrecht für KDVer aus Krisenregionen hat in Wien die Belgrader Juristin Tanja Petovar gefordert. Obwohl der UN-Sicherheitsrat den Krieg in Ex-Jugoslawien ausdrücklich verurteilt habe, so Frau Petovar, sei ihr kein einziger Fall in Europa bekannt, wo KDV als ausreichender Asylgrund anerkannt worden wäre. Die Juristin, die KDVer aus Montenegro und Serbien berät, schätzte die Zahl der KDVer im ehem. Jugoslawien auf rund 200000.

USA

Wie das Military Counseling Network (MCN), eine Beraterorganisation für in Deutschland stationierte US-SoldatInnen, mitteilte, wurden im Juni dieses Jahres die letzten wegen KDV während des Golfkriegs

verurteilten SoldatInnen aus US-Gefängnissen entlassen. Die meisten der KDVerInnen hatten Haftstrafen von 18–27 Monaten erhalten, wobei viele Haftzeiten aufgrund des öffentlichen Drucks verkürzt worden seien. So hatte etwa Eric Larsen, der zu einer lebenslangen Haftstrafe hätte verurteilt werden können, nur 6 Monate zu verbüßen.

Türkei

Eine Broschüre in deutscher und türkischer Sprache, die über Kriegsdienstverweigerung von in Deutschland lebenden türkischen Staatsangehörigen informiert, hat die Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte KriegsdienstverweigerInnen herausgegeben. Da es in der Türkei ein Recht auf KDV nicht gibt, können auch in Deutschland lebende Türken den Militärdienst nicht legal verweigern. Türkischen KDVer drohen empfindliche Sanktionen, die von der Nichtverlängerung des Passes und den sich darauf ergebenden aufenthaltsrechtlichen Problemen bis hin zur Inhaftierung bei einer Reise in die Türkei reichen. Trotz der angedrohten Strafen haben aber in jüngerer Zeit einige türkische Wehrpflichtige den Waffen dienst aus Gewissensgründen verweigert und damit für Bewegung in der türkischen Diskussion um das Menschenrecht auf KDV gesorgt. Europaweit gesehen steht die Türkei zusammen mit Griechenland und der Schweiz am Menschenrechtspranger, denn diese Staaten verweigern ihren Bürgern noch immer ein KDV-Recht und verstoßen damit gegen den Beschluss der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen von 1989.

Wer als türkischer Staatsangehöriger in Deutschland lebt und an die Verweigerung des Kriegsdienstes in seiner Heimat denkt, sollte sich sehr gut informieren. Die o.g. Broschüre der DFG-VK enthält die wichtigsten Infos und einige Adressen von möglichen Gesprächspartnern. Bestellungen an: AK „KDV und Türkei“ in der DFG-VK, Braunschweigerstr. 22, 44145 Dortmund, Tel.: 023 / 81 8032

Bund will bei Friedensforschung energisch sparen

Drastische Kürzungen bei der Förderung der deutschen Friedensforschung sieht der Haushaltsentwurf der Regierungskoalition für 1994 vor: Lediglich noch 940000 DM (1993: 2,5 Mio DM) sollen für die gesamte deutsche Friedensforschung im kommenden Jahr an Bundesmitteln ausgegeben werden. Und knapp die Hälfte dieses Geldes



Friedensforschung vor dem Ende?

Zeichnung: wub/M. Scharpf

ist bereits als Zuschuß an die „Hessische Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung“ verplant. Es bleiben nach Mitteilung der Bundestagsabgeordneten Edelgard Bulmahn, die auch stellvertretende forschungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion ist, ganze 473000 DM zur freien Projektförderung in der Friedensforschung. Und 1995 soll es gar außer den Mitteln für die Hessische Stiftung überhaupt keine Gelder mehr geben. Von je 100 DM, die der Bund für die gesamte Forschungsförderung bereitstellt, entfallen nach den geplanten Kürzungen nicht einmal 0,5 Pfennig für die Friedensforschung. Der Verteidigungsminister, so Edelgard Bulmahn, gebe die Summe, die die Friedensforschung vom Bund pro Jahr erhalte, innerhalb von 2,7 Stunden für militärische Forschung aus. Jede fünfte Mark, die der Bund für Forschung und Entwicklung ausgegeben habe, sei im laufenden Haushaltsjahr in die Rüstungsforschung geflossen.

Schulterklopfen auf der Hardthöhe

Jahresbericht 1992 der Jugendoffiziere vorgestellt

Alle Jahre wieder präsentiert das Verteidigungsministerium „wichtige Erkenntnisse“, „Beobachtungen und Eindrücke“, die sich aus zurückliegenden Jugendoffiziereinsätzen ergeben. Aus den Einsichten, die der Jahresbericht der Jugendoffiziere der Bundeswehr 1992 (vorgelegt im Mai 1993) benennt, sprechen dieselben Denk- und Wahrnehmungsmuster, die schon die vorausgegangenen Berichte geprägt haben: „Die

Jugendlichen denken meist egoistisch und sind kaum bereit, von der Gesellschaft gestellte Aufgaben zu übernehmen.“ Unter Schülern beherrschen „Schlagwörter und ein erschreckendes Halbwissen“ anstelle von Erkenntnissen politischer Zusammenhänge die Diskussion. Demgemäß kommt es zu folgendem „mehrheitlichem Meinungsbild“:

- „Bundeswehr muß sein, aber ohne mich,
- Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht, Bildung einer Berufs- und Freiwilligenarmee,
- Wehrpflichtige sind allenfalls noch zur unmittelbaren Landesverteidigung einzusetzen,
- friedenserhaltende Maßnahmen werden akzeptiert, friedensschaffende abgelehnt,
- Zivildienst hat einen höheren Stellenwert als der Wehrdienst.“ (Auf diesen offensichtlich besorgniserregenden Zustand wird gleich fünfmal hingewiesen!) Insgesamt lassen Schüler und Lehrer erkennen, „daß sie die Realitäten dieser Welt wieder mehr zur Kenntnis nehmen“
- hier hat, so scheint es, der „Lehrmeister Krieg“ vom Balkan her seine Wirkung getan...

Ein bevorzugtes Betätigungsfeld der Jugendoffiziere sind die Realschulen geblieben: „Realschüler hatten 1992 die meisten Kontakte mit dem Jugendoffizier. Sie stehen der Bundeswehr überwiegend positiv gegenüber...“ Als Folge der vermehrten Einsätze an ostdeutschen Schulen ist 1992 die Gesamtzahl der Veranstaltungen mit Schülern (bei ansonsten rückläufiger Tendenz) um 40 % gestiegen.

Es fällt auf, daß im Bericht 1992 die schrillen Töne seltener werden. Wurde noch im Vorjahr mit Nach-

druck die „aggressive Intoleranz“ der kirchlichen Jugend bloßstellt, so beschränkt man sich nun auf die Bemerkung: „Während katholische Jugendorganisationen gegenüber der Bundeswehr überwiegend positiv eingestellt sind, ist das Verhältnis der evangelischen Jugendlichen zur Bundeswehr von Zurückhaltung und Ablehnung geprägt.“ Wo der Bericht 1991 noch die Erschwernisse der Bundeswehr-Öffentlichkeitsarbeit (besonders in den ostdeutschen Bundesländern) beklagte, scheint 1992 ein neues Selbstbewußtsein angesagt. Man gewinnt den Eindruck: Ob als „Blitzableiter für soziale Mißstände“, ob als Helfer bedrängter Lehrer gegen rechtsextreme Tendenzen oder als „gern gesehener Fachmann, der profunde Informationen vermittelt“ – Jugendoffiziere sind die wehrpädagogische Trumpfkarte einer „starken Truppe“, die keine Herausforderungen scheut. Da kann das Verteidigungsministerium nicht umhin, „großes Engagement, hohe Motivation und ... hervorragende Arbeit zu bescheinigen“ und sich um „angemessenes Handwerkszeug“ Sorgen zu machen: Schritte zur Ausstattung der Jugendoffiziere mit PC, Telefax, Kopierer, Anrufbeantworter und Dienstwagen sind eingeleitet. Ob solchermaßen ausgerüstete sicherheitspolitische Experten ab 1995 die (staatlich dann nicht mehr geförderte) Friedensforschung gleich mit übernehmen können, bleibt abzuwarten. wub wird berichten...

Friedhelm Schneider

Tiefflüge machen Kinder krank

Auch wenn der Sinn und Zweck militärischer Tiefflüge heute vielen nicht mehr einsichtig ist: „ohne Folgen bleibt Tiefflug bei keinem“. Zu dieser Einschätzung jedenfalls kommt der Psychologe Karl Pfortner aus dem bayerischen Weißenburg nach Abschluß einer Studie in einem fränkisch-schwäbischen Tieffluggebiet. Ein halbes Jahr lang wurden dort in 29 Orten die Reaktionen von 71 Kindern auf Tiefflüge beobachtet. Exakt 21 262 Überflüge haben die Verhaltensforscher gezählt, jeder zweite, so das Ergebnis der Beobachtungen, löste bei Kindern Verhaltensauffälligkeiten aus. So suchten die Jungen und Mädchen beispielsweise in panischer Angst Schutz unter Treppen, in Büschen oder Kleiderschränken. Während die 5–6jährigen ihre Angst in Worten ausdrücken könnten, seien die 2–4jährigen dem Krach besonders ungeschützt ausgesetzt, erklärte Pfortner. Bei den Jüngsten stellte der Psychologe völlig unkontrolliertes Weinen, Schreien und Flucht fest. Als drohende Langzeitfolgen solcher „traumatischen Kindheitserlebnisse“ sieht Karl Pfortner Entwicklungsverzögerungen, Konzentrationsstörungen, Hyperaktivität, aber auch anhaltende Depressionen, diffuse Angstzustände und „medizinisch nicht erklärbaren Bluthochdruck“.

Ganz nebenbei förderte Pfortners Untersuchung auch zutage, daß die Luftwaffe weit häufiger tief fliegt, als sie offiziell zugibt: Während das Verteidigungsministerium für das ganze Jahr 140 Flugtage angab, wurden allein während des

6-monatigen Zeitraums der Studie 122 Tiefflugtage gezählt.

Was unser Recht betrifft

– Alle bisher erschienenen Recht-Infos von Reinhard Becker (22 Seiten insgesamt, vom „Beschwerderecht“ bis zur „Verschwiegenheitspflicht“, vom „Sonderurlaub“ bis zur „Arbeitslosenhilfe“...)

– einsortiert in einen praktischen Hefer

– plus Inhaltsverzeichnis

– plus treffende Karikaturen unseres Zeichners „Matz“

– plus viel Platz für das bequeme Einordnen zukünftiger Ausgaben

– plus Verpackung

– plus Porto

... das alles zum absolut gerechtfertigten Preis von DM 5,- in Briefmarken ist ab sofort zu bestellen bei: wub-Redaktion

Stichwort: Was unser Recht betrifft

Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart

Alles was Recht ist: Da muß man einfach zugreifen!



Dranbleiben! Mitreden!

wub
was uns betrifft

abonnieren

wub
was uns betrifft

wub
was uns betrifft

wub
was uns betrifft

wub
was uns betrifft

Bitte beachten: Evangelische ZDL erhalten wub, die Zeitschrift der evangelischen Zivildienstseelsorge, für die Dauer ihrer Zivildienstzeit ohne besondere Anforderung zugeschildt. Die Abo-Kosten werden von der Evang. Kirche übernommen. Alle anderen InteressentInnen bitte für Abos diesen Abschnitt verwenden.

Ein Jahr wub für DM 12,-

Bitte ausschneiden und senden an: Büro Pfarrer Helmut Schlüter · Vertrieb „was uns betrifft“ · Postfach 26 02 30 · 50515 Köln

Hiermit bestelle ich wub ab Nr. _____ bis auf Widerruf. Ein Jahres-Abonnement kostet DM 12,- (4 Hefte einschl. Versand). Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung für 4 Ausgaben. Das Abo verlängert sich automatisch, wenn ich nicht spätestens 14 Tage nach Erhalt des 4. Heftes schriftlich kündige.

(Name, Vorname)

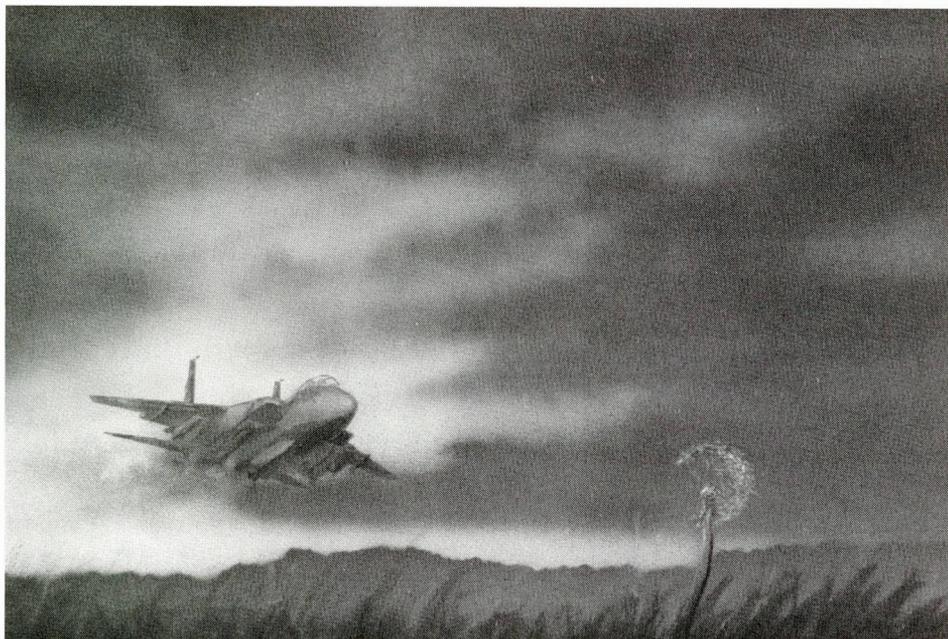
(Straße, Hausnummer)

(PLZ, Ort)

(Datum, 1. Unterschrift)

Diese Bestellung kann ich innerhalb von 8 Tagen schriftlich beim wub-Vertrieb (Adresse s. oben) widerrufen. Zur Wahrung dieser Frist genügt die rechtzeitige Absendung meines Widerrufs (Datum des Poststempels).

(Datum, 2. Unterschrift)



Postellzeichnung von Bernhard Rau (wub-Kunstpreis '89)

HINTERGRUND

Selbst mit Fernseher und Videorekorder kommen sie zurecht:

Äffchen statt Zivis?

Das ist keine Satire: In Frankreich werden Kapuzineraffen zu so geschickten wie liebevollen Pflegern von Schwerbehinderten ausgebildet.

Von Peter Heusch, Paris

Athias, der allgegenwärtige Freund und Helfer seines schwerbehinderten Frauchens, ist zwar nur knappe 50 Zentimeter groß, aber äußerst geschickt. Athias nämlich ist ein fünfjähriger Kapuzineraffe, einer der Schüler des Forschungsinstituts Kir Pape in der bretonischen Kleinstadt Lorient, das sich seit 1989 der Ausbildung von Kapuzineraffen zu hochspezialisierten Krankenpflegern widmet. Es ist nicht nur verblüffend, was Athias alles kann, es ist auch rührend, zuzusehen, wie er sich um seine gelähmte Patientin kümmert. Auf Anruf hin schleppt das kleine Tier mit dem schwarzen Fell und der hellen Gesichtsmaske Gegenstände herbei, die mit einer Laserstableuchte angestrahlt werden, knipst das Licht an und aus, bringt Radio und Fernseher zum Laufen, ja er weiß sogar, wie man eine Kassette in den Videorekorder einlegt. Zu seinen Aufgaben gehört des Weiteren, seinem Frauchen zu trinken und zu essen zu geben. Dabei vergißt Athias nicht einmal, ihr Essensreste zärtlich von den Mundwinkeln zu wischen. Als Anerkennung erwartet er Lob oder Zuspruch, dann gibt er winselnde Laute der Zufriedenheit von sich.

Athias ist einer von derzeit fünf Schülern der 30jährigen Myriam Baran. Die junge Frau, die 1989 die Idee, Affen in den Dienst von Behinderten zu stellen, aus Amerika übernahm, gilt inzwischen als eine der besten Affenabrichterinnen überhaupt. Ihre Zöglinge sind zur Gewöhnung an ihre künftige Aufgabe alle in einer Menschenfamilie großgezogen worden und kommen mit vier Jahren in die Ausbildung am Forschungsinstitut. Die Dressur selbst dauert ein bis eineinhalb Jahre, sie ist natürlich ungleich aufwendiger und komplizierter als das Abrichten eines Blindenhundes.

Das Projekt, nach wie vor im Experimentalstadium, hat zum Ziel, Krankenpflegekosten zu senken und es Schwerbehinderten zu ermöglichen, daheim zu leben. Ihre bisherigen Dressurerfolge erklärt Myriam Baran damit, daß die aus den Urwäldern Mittel- und Südamerikas stammenden Kapuzineraffen ein besonders ausgeprägtes soziales Verhalten haben und sehr verspielt sind. Werden beide Eigenschaften gezielt gefördert, gibt das Resultat so gut wie nie Anlaß zu Enttäuschungen.

Athias, der kleine Kapuzineraffe, hat noch keinen Full-Time-„Job“ als Behindertenpfleger übernommen. Seine ersten Einsätze waren zum Sammeln von Erfahrungen bestimmt und zur genaueren Definition der Dressuraufgaben. In wenigen Monaten allerdings soll Athias als erster einer querschnittsgelähmten Person zur Verfügung gestellt werden. Vier weitere Affen dürften demnächst ebenfalls ihre volle Ausbildung durchlaufen haben, dann werden weitere 5 „Nachwuchsschüler“ aus ihren Menschenfamilien an das Institut Kir Pape kommen. Erste Reaktionen von Kranken, denen probeweise ei-



Fotos: Studio X



„Eine enge, liebevolle Beziehung zwischen Mensch und Tier.“

ner der tierischen Pfleger anvertraut wurden, sind durchaus positiv. Es gehört zu den Zielen des Projektes, daß sich eine enge, liebevolle Beziehung zwischen Mensch und Tier aufbaut. Zum einen brauchen die kleinen Affen sehr viel Zuwendung, zum zweiten ist ihre Funktion als „Kuscheltier“ durchaus von Wichtigkeit für das Gefühlsleben der Patienten.

Die Kosten für einen Pfleger oder eine Pflegerin, die Heimarbeit leistet, werden zwar zum Teil von der staatlichen Krankenkasse getragen, dennoch strapazieren sie häufig über ein vernünftiges Maß hinaus das Budget der Patienten. Das Institut Kir Pape will seine fertig abgerichteten Äffchen Behinderten erst einmal umsonst zur Verfügung stellen. Dort, wo ein Kapuzineraffe demnächst Pflegeaufgaben übernimmt, wird jedoch mit den zuständigen Gemeinden verhandelt werden. Kir Pape wünscht eine Beteiligung an den Unkosten im Form von Patenschaften, die die Gemeindeverwaltung zu Gunsten eines der dressierten Tiere eingeht.

Myriam Baran betont allerdings, daß solche Patenschaften gewünscht werden und nicht etwa eine Bedingung sind.

Obwohl nicht nur Zoologen begeistert sind von dem Experiment in Lorient, gibt es auch kritische Stimmen. Myriam Baran habe in ihrer Jugend zu viele Daktari-Fernsehfilm mit dem Affen Cheeta gesehen, schimpfen die, die nicht verstehen können, daß in einem Land mit über 3 Millionen Arbeitslosen mit viel Aufwand und Geld kleine Affen für einen Job ausgebildet werden, den ansonsten Menschen versehen würden. Da aber selbst das laufende Projekt bislang nur in kleinem Maßstab vorausgeplant ist, treffen die Vorwürfe die Forscher von Kir Pape kaum. Die Arbeit findet mit der Vorgabe statt, Möglichkeiten für eine alternative Betreuung von schwerbehinderten Personen aufzuweisen. Wie, in welchem Rahmen und ob überhaupt dressierte Kapuzineraffen später einmal in größerem Stil als Pfleger eingesetzt werden – das sind Entscheidungen, die noch ausstehen. ■



„Besonders ausgeprägtes Sozialverhalten.“

Betr.: wub 3/93, S. 3, Zitat von Christian Schmidt, CSU, MdB

Also doch Drückeberger? Herr Schmidt ist scheinbar der Ansicht, daß Zivildienstleistende sich doch nur um den Dienst an der Waffe herum drücken. Das kann ich so nicht auf mir sitzen lassen, denn schließlich greift er damit meine und auch die Gewissensgründe anderer Kriegsdienstverweigerer massiv an. Vielleicht hat es die „Jugend“ ja endlich verstanden Herr Schmidt. Es kann nicht so weitergehen in der Welt. Das Morden, die Gewalt und der Haß müssen doch irgendwann einmal ein Ende haben. Um das Töten gar nicht erst zu lernen und meinen Respekt vor menschlichem Leben nicht zu verlieren habe ich den Wehrdienst verweigert. Natürlich auch, weil ich die Tätigkeit als Zivildienstleistender als sinnvoller empfinde als mich im Schlamm zu wühlen und „peng, peng“ zu machen. Es ist mir durchaus auch bewußt, daß es ohne Bundeswehr nicht geht, da diese natürlich auch andere Zielsetzungen hat als irgendwo herumzuballern. Aber vielleicht sollte Herr Schmidt erst einmal Zivildienst machen, bevor er sagt, daß es bequemer ist. Vielleicht ist es ja einfach menschlicher? Ist Herr Schmidt wirklich so naiv und hält es für leichter, einen behinderten oder alten, pflegebedürftigen Menschen zu waschen, mit ihm sein Leid zu teilen oder ihn sogar sterben zu sehen, als „cool“ seine Zeit beim Bund abzusitzen, wie viele Bunnis das so schön nennen? (Natürlich gibt es auch ZD-Stellen, wo es so „cool“ abgeht.) Aber ist es nicht vielmehr so, daß viele Politiker schon überlegt haben, ob man die Zivildienstdauer nicht an die 12 Monate Dienst beim Bund angleichen soll, da sie die Einsicht hatten, daß der ZD doch gleichwertig ist? Und was ist mit dem Pflegenotstand, Herr Schmidt? Zivis sollen zwar keinen vollen Arbeitsplatz ersetzen, aber das ist ja wohl... Halten wir lieber den Personalumfang der Bundeswehr, denn was wollen wir denn mit Drückebergern!?

Thomas Schmidt, Plettenberg

Betr.: Entlassungsgeld!

Ich werde nächsten Monat aus dem Zivildienst entlassen und bekomme dann ja die 1800.-DM. Dagegen werde ich Widerspruch einlegen. (Ein Freund von mir war beim Bund; zusammen angefangen, ich 3 Monate länger, er 2500.-, ich 1800.-; echt toll.)

1. Als Aufruf an alle anderen, legt zumindest auch Widerspruch ein; und
2. Was kann ich sonst noch tun? Ohnmächtig Leserbriefe schreiben, die dann Mitbetroffene lesen, ist zwar schön und gut, nur will ich echt meine Ohnmacht nicht wahrhaben. Ist man wirklich der Gearschte? Das kann doch nicht sein!!! Okay, Danke und Tschüß

Thorsten Herla

Betr.: „...typischerweise weniger belastende Lebenssituation...“

„Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen.“ (Aus Artikel 12 a, Abs. 2 des Grundgesetzes)



Ja da schau her! Steht da nicht, die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen?! Also wieso leiste ich dann doch 15 Monate Zivildienst, während der Wehrdienst offensichtlich nur 12 Monate beträgt?

Mit dieser Frage wandte ich mich an Herrn Dieter Hackler, den Bundesbeauftragten für den Zivildienst im Bundesministerium für Jugend und Familie in Bonn.

Herr Hackler antwortete mir schriftlich. Unter anderem heißt es da: (...)

„In der Entscheidung vom 24. April 1985 hat sich das Bundesverfassungsgericht auch eingehender mit der Frage der Dauer des Zivildienstes und eines Ausgleiches für im Zivildienst nicht vorgesehene Übungen befaßt. (...) Zu den Wehrübungen weist das Bundesverfassungsgericht (...) darauf hin, daß beim Wehrdienstleistenden erst nach Beendigung seiner Wehrpflicht mit Erreichen des 45. Lebensjahres feststeht, in welchem Umfang er insgesamt, also einschließlich der Wehrübungen, zum Wehrdienst herangezogen worden ist, während beim Zivildienstpflichtigen die Dauer der Dienstzeit von Anfang an festgelegt wird. Insgesamt ergibt sich aus den beiden Urteilen, daß für den Belastungsbereich zwischen Wehr- und Zivildienst die Wehrübungen nur einer von mehreren Gesichtspunkten ist. Für die zusammenfassende Belastungsbewertung hat das Bundesverfassungsgericht auf die „vorgegebenen Unterschiede zwischen Wehr- und Zivildienst“ abgehoben und hierzu wörtlich ausgeführt:

„Der Zivildienstleistende erbringt seinen Dienst zusammenhängend und abschließend, ist in der Regel einem weniger strengen Dienstverhältnis unterworfen und befindet sich typischerweise in einer weniger belastenden Lebenssituation. (...)“

Aus diesem Antwortschreiben ergibt sich, daß – der Zivildienst, wenn man es nur konkret genug betrachtet, gar nicht länger als der Wehrdienst dauert (12=15);

– genau feststeht, wie lange Zivildienstleistende zu dienen haben (derzeit 15 Monate), jedoch un-

bekannt ist, wie lange Wehrpflichtige tatsächlich dienen.

– Zivildienstleistende „in der Regel einem weniger strengen Dienstverhältnis unterworfen“ sind (warum drohen uns dann dieselben drakonischen Strafen, z.B. bei Befehlsverweigerung oder Fahnenflucht, wie Wehrpflichtigen?) und (Hört, hört!) „sich typischerweise in einer weniger belastenden Lebenssituation“ befinden („Typischerweise“ gilt der Umgang mit kranken, behinderten, alten und sterbenden Menschen als weniger belastend als Gewehrputzen.)

Im Zeitalter des Pflegenotstandes und der Umweltkatastrophen scheinen die Herren in Bonn und Karlsruhe immer noch nicht bereit zu sein, die Leistungen der Kriegsdienstverweigerer anzuerkennen und sie denen der Wehrpflichtigen gleichzustellen. Daß das Grundgesetz mit seinen Grundrechten nicht unantastbar ist und umgangen, geändert und verdreht werden kann, wissen wir nicht erst seit dem 26. Mai dieses Jahres.

ZDL Immo Trinks, Freising

Betr.: Mahnmal Homosexuellenverfolgung

Der Titel „was uns betrifft“ hat uns doch animiert, Euch wegen folgendem Thema zu schreiben. Unsere Gesellschaft hat manchen Geist aus der Nazi-Vergangenheit immer noch nicht bewältigt. Auch wenn es nun wieder einige Monate her sein mag, so gehen einem die Bilder von den „guten, normalen Bürgern“, die der Gewalt applaudieren, und von der tatenlosen Polizei nicht aus dem Kopf. Fulda zeigte erst vor kurzem, wie Schuld hin- und hergeschoben, bzw. verdrängt und verarmlost wird. Die Gewalt/Aggression nistet sich doch sichtlich in den Alltag ein; gleichzeitig auch für andere das Gefühl der Angst. Durch unseren Zivildienst haben wir alle hauptsächlich mit Ab- und Ausgegrenzten unserer Gesellschaft zu tun. Wir sollten alle uns daran erinnern, wohin die Ausgrenzung von Menschen und die Gewaltbereitschaft im NS-Regime führten. Vielerorts stehen Mahnmale, die an die Grausamkeiten des Krieges und an die Menschendeportationen erinnern.

In Frankfurt/Main soll nun ein Ort des Gedenkens an die Verfolgung und an die Ermordung von homosexuellen Männern und Frauen entstehen. Dieses Mahnmal wäre das erste in Deutschland, das gegen das Vergessen und Verleugnen der Geschichte von Homosexuellen steht. Ähnliche Gedenkstätten entstanden bisher in Amsterdam und Bologna. Auch hier sind sie u. a. ein Zeichen für das Selbstbewußtsein von Schwulen und Lesben als gleichberechtigte Menschen! Leider erfahren heute noch viele Homosexuelle in vielen Bereichen, was es heißt, aufgrund ihres Lebens diskriminiert bzw. z. B. auf der offenen Straße verfolgt zu werden.

Wir, die Selbstorganisation der ZDL Main-Taunus, sprechen uns deshalb gegen jegliche Diskriminierung von Homosexuellen aus und bitten Euch alle um Solidarität und Hilfe bei der Errichtung des Mahnmals.

Nähere Informationen gibt es bei der „Initiative Mahnmal Homosexuellenverfolgung“, Lenaustraße 97, 60318 Frankfurt/M.

Mut, Kraft und Zärtlichkeit
Heiko Gerlach, Sprecher der SodZDL
Main-Taunus

RÜSTZEITEN / WERKWOCHEN

sind ein Angebot der kirchlichen Beauftragten an Zivildienstleistende und interessierte Gäste aus der jeweiligen Region. Sie werden von den Teilnehmern mitgestaltet und sollen das Gespräch und gemeinsames Handeln fördern. Für Rüstzeiten und Werkwochen kann Sonderurlaub nach Leitfaden E5 in Anspruch genommen werden. Die Fahrtkosten zwischen Dienststelle und Tagungsort werden Zivildienstleistenden bis zu DM 38,- erstattet.

BADEN

- 31.01.- 4.02.1994 Oppenau: Lieder und Musik zu Krieg und Frieden
 31.01.- 4.02.1994 Oppenau: Texte und Szenen zu Krieg und Frieden
 28.02.- 4.03.1994 Oppenau: Aikido und Soziale Verteidigung – Alternativen zur Gewalt
 28.02.- 4.03.1994 Oppenau: Mit Vollgas in die Klimakatastrophe – Alternativen zum Autowahn
 21.03.-25.03.1994 Neckarzimmern: Vertrauensleute
 21.03.-25.03.1994 Neckarzimmern: „Männer“ oder „Beziehungskisten“
Anmeldeformulare: Beauftragte für KDV und ZDL, Vorholzstr. 7, 76137 Karlsruhe, Tel. 07 21/93 49-333

BAYERN

- 29.11.- 3.12.1993 Schwanberg: Adventsmeditation
 17.01.-21.01.1994 Schwanberg: „Meditation – Hinführung und Einführung“
 31.01.- 4.02.1994 Neunkirchen-Lautertal: Miteinander: leben – meditieren – tanzen
 28.02.- 4.03.1994 Josefstal-Schliersee: Männer heute
 7.03.-11.03.1994 Leutershausen: Das war mein Zivildienst – war das alles?
Anmeldeformulare: Beauftragter für KDV und ZDL, Gudrunstr. 33, 90459 Nürnberg
 Tel. 09 11/43 04-238

HANNOVER

- 28.02.- 4.03.1994 Bentierode: „Visionen braucht das Land“ – Entwürfe und Utopien von gesellschaftlicher Wirklichkeit
 7.03.-11.03.1994 Spiekeroog: „Gewalt in der Gesellschaft“
 7.03.-11.03.1994 Bentierode: „Wehrpflicht – Zivildienst – Ziviler Friedensdienst“
 14.03.-18.03.1994 Obernkirchen: „Meditation – Bewußt gewaltfrei leben lernen“
 21.03.-25.03.1994 Bentierode: Musik-Kreativ-Seminar
Anmeldeformulare: Pastor Joachim Zierau, Archivstr. 3, 30169 Hannover
 Tel. 05 11/12 41-468

HESSEN UND NASSAU

- 24.01.-28.01.1994 Frankfurt/M.: Fremde brauchen Freunde
 7.02.-11.02.1994 Hülfa/Homberg: Ernstfall Frieden (ZDL und Soldaten)
 14.03.-18.03.1994 Höchst/Odw.: Vertrauensmänner
Anmeldeformulare: Pfarrer Hans-Jürgen Rojahn, Riedstr. 2, 64295 Darmstadt
 Tel. 06 1 51/36 70 02

KIRCHENPROVINZ SACHSEN

- 1.03.- 4.03.1994 Erfurt: Christlich-jüdischer Dialog und die deutsche Vergangenheit
Anmeldeformulare: Pfarrer Uwe Koch, Dräsekeplatz 1 39106 Magdeburg, Tel. 03 91/5 61 66 98

KURHESSEN-WALDECK

- 6.12.-10.12.1993 Bad Hersfeld: Hoffnungen und Träume – Rüstzeit im Advent
 28.02.- 4.03.1994 Eisenach: „Grenz-Erfahrung“ gemeinsam mit fsj
 21.03.-25.03.1994 Bad Hersfeld: „Wir machen Musik“ – Rüstzeit für Blechbläser
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle für KDV und ZDL, Lessingstr. 13, 34119 Kassel
 Tel. 05 61/10 78 82

NORDELBIEIEN

- 14.02.-18.02.1994 Koppelsberg: Angst – Gibt es Gegenkräfte?
 28.02.- 4.03.1994 Koppelsberg: Der spielende Mensch – Sinn oder Sucht?

- 7.03.-11.03.1994 Koppelsberg: „Ausländer raus!“ – neue 'Nationalismen'.
Anmeldeformulare: Kirchlicher Dienst für KDV und ZDL, Hirschgraben 25, 22089 Hamburg
 Tel. 040/25 88 81

PFALZ

- 6.12.-10.12.1993 Bad Dürkheim: „Das Kreuz mit dem Frieden – Martin Niemöller“
 21.02.-25.02.1994 Bad Dürkheim: „Die unheimlichen Verführer“ – Scientology und Co. auf Seelenfang
Anmeldeformulare: Arbeitsstelle Friedensdienst, Ludwigstr. 28, 67346 Speyer
 Tel. 0 62 32/7 82 38

RHEINLAND

- 10.01.-14.01.1994 Solingen-Ohligs: Wissen ist Macht (Anspruch, Rechte, Leitfaden – Durchsetzung in Konflikten)
 7.02.-11.02.1994 Altenkirchen: Medien und Spiele
 21.03.-25.03.94 Solingen-Ohligs: Vom Umgang mit Medien
Anmeldeformulare: Ev. Kirche im Rheinland – Zivildienstseelsorge Postfach 260230, 50515 Köln,
 Tel. 02 21/24 46 96

SACHSEN

- 11.03.-15.03.1994 Rosenthal: „Frau sein – Mann sein – Partner sein“
Anmeldeformulare: Pfarrer Christoph Wohlgemuth, Wolfsgrunder Weg 2, 09619 Voigtsdorf

WESTFALEN

- 6.12.-10.12.1993 Nordwalde bei Münster: Vertrauensleute
 17.01.-21.01.1994 Haus Villigst, Schwerte: Lateinamerika
 17.01.-21.01.1994 Nordwalde bei Münster: Neonazis – unter uns
 14.02.-18.02.1994 Nordwalde bei Münster: Alt werden – Alt sein
 21.02.-25.02.1994 Hagen/Berchum: Kabarett
 14.03.-18.03.1994 Nordwalde bei Münster: Spielräume
 21.03.-25.03.1994 Frille/Petershagen: Meditation
Anmeldeformulare: Amt für KDV und ZDL, Olpe 35, 44135 Dortmund,
 Tel. 02 31/54 09-20

WÜRTTEMBERG

- 28.02.- 4.03.1994 Tübingen: Ernstfall – Frieden
 RZ mit Soldaten und ZDL
 14.03.-18.03.1994 Murrhardt/Wacholderhof: Einfacher leben
Anmeldeformulare: Pfarramt für KDV und ZDL, Rosenbergstr. 45, 70176 Stuttgart 1, Tel. 07 11/6 36 81 49

Weitere Rüstzeiten sind zu erfragen bei:

Anhalt

Herr Pfarrer Dietrich Bungereth
 Ziebigker Straße 29
 06846 Dessau, 03 40/21 48 95

Berlin-Brandenburg

Amt für Jugendarbeit/
 Stadtjugendpfarramt Berlin
 Goethestr. 30
 10625 Berlin, 030/3 19 12 72

Braunschweig

Beratungsstelle für KDV und ZDL
 Am Fallersleber Tore 9
 38100 Braunschweig
 05 31/4 25 39

Bremen

Pastor Ingbert Lindemann
 Hollerallee 75
 28209 Bremen, 04 21/346 15 50

Mecklenburg

Beauftragte für KDV und ZDL
 Münzstr. 8
 19055 Schwerin,
 03 85/86 41 65

Oldenburg

Rolf Karkmann
 Hohe Straße 2, 27798 Hude,
 044 08/5 39

Pommern

Jürgen Knospe
 Große Kirchenstr. 13
 17309 Pasewalk,
 03 973/21 34 15

Thüringen

Diakon Detlef Harland
 Hauptstraße 32
 99338 Angelroda,
 03 62 07/5 59 19

Tapfer unterm Tannenbaum?

Auch das noch: „Tapfer unterm Tannenbaum“, lautet das Motto, auf das sich evangelische und katholische Militärseelsorge mit dem Bundesverteidigungsministerium für den lebenskundlichen Unterricht im Monat November geeinigt haben. Weihnachten, dem Fest der Liebe, soll also mit Tapferkeit begegnet werden. Meint das: Strammstehen unterm Tannenbaum? Heißt das: Tapfer sind die ausgedehnten Familienfeierlichkeiten durchzustehen, tapfer müßt Ihr die Tage des Karpfens und des Kuchens, des Glühweins und der Kerzen ertragen?

Es fällt schwer, keine Satire zu schreiben. Beim Wort Tapferkeit bin ich schnell bei Bert Brechts „Mutter Courage“ und beim Begriff Militärseelsorge kommt mir leicht der Feldprediger aus diesem Meisterwerk in den Kopf. Des Predigers „Monolog über den Krieg“ bleibt mir unvergessen: „Ich möcht sagen, den Frieden gibts im Krieg auch, er hat seine friedlichen Stelln. Der Krieg befriedigt nämlich alle Bedürfnis, auch die friedlichen darunter, dafür ist gesorgt, sonst möcht er sich nicht halten können...“

Ist Weihnachten nun so eine „friedliche Stelle“, in der Soldaten tapfer unterm Tannenbaum sich ein paar Tage lang des liebenden Gottes besinnen sollen? Und welche Rolle spielt die Kirche dabei? Soll sie nur Trost spenden, Zuflucht bieten, gut zureden? Hat sie sich nur um die Bedrohten zu kümmern oder muß sie nicht vielmehr mitarbeiten an Verhältnissen, in denen es weniger Bedrohung gibt. Ich meine, sie muß initiativ sein, das Unrecht bekämpfen, am Modell Frieden arbeiten. Sie darf nicht nur die Hungrigen sättigen, sie muß zur Überwindung des Hungers durch die Herstellung gerechterer gesellschaftlicher Verhältnisse beitragen. Dazu freilich braucht es eine tapfere, ich sage lieber: mutige Kirche. Dazu braucht es uns als mutige Christen.

Lebenskunde ist längst zur Überlebenskunde geworden. Die *eine* Welt, in der wir uns aufhalten, ist eine Welt unüberbrückbarer Gegensätze. Da der ganzen Menschheit Unheil droht, kann die Menschheit nur als Ganzes dagegen vorgehen. Wir unterliegen einem Zwang zum Frieden. Das haben viele Politiker, die an die Wähler, aber nicht an deren Kinder denken, noch nicht nachvollzogen. Ihre sogenannte Realpolitik ist in Wirklichkeit resignativ. Das gilt auch für die Kirche: Ansprüche werden auf das zurückgeschraubt, was zu bekommen ist – nur wenige träumen noch von dem, was außerhalb der Reichweite

zu liegen scheint. Politik und Kirche heißen uns kaum mehr hoffen. Deshalb nehmen wir den Vorschlag der Militärseelsorge, an Weihnachten, am Fest des Friedens und der Liebe, über Tapferkeit nachzudenken, dann doch auf. Ja, wir brauchen mehr mutige Christen.

Der Mut ist männlich wie der Hochmut. Mir ist die Sanftmut sympathischer. Sie setzt eine Tapferkeit voraus, die lieber verzichtet als vernichtet. Der unsanfte Umgang mit Menschen, Tieren und der Natur führt in den unsanften Untergang. Wir brauchen den Mut zur Sanftheit. Es gibt schon die sanfte Geburt und auch die sanfte Pädagogik, die weiß, daß eine Erziehung mit Gewalt zwangsläufig auch eine Erziehung zur Gewalt ist. Sanftmut ist für mich gleichzusetzen mit Gewaltlosigkeit. Und der, wegen dem wir Weihnachten feiern, hat diese Gewaltlosigkeit vorgelebt. Von Jesus von Nazareth bis Martin Luther King – die für mich überzeugendsten Christen der letzten beiden Jahrtausende waren jene, die den Mut hatten, keine Waffen zu haben.

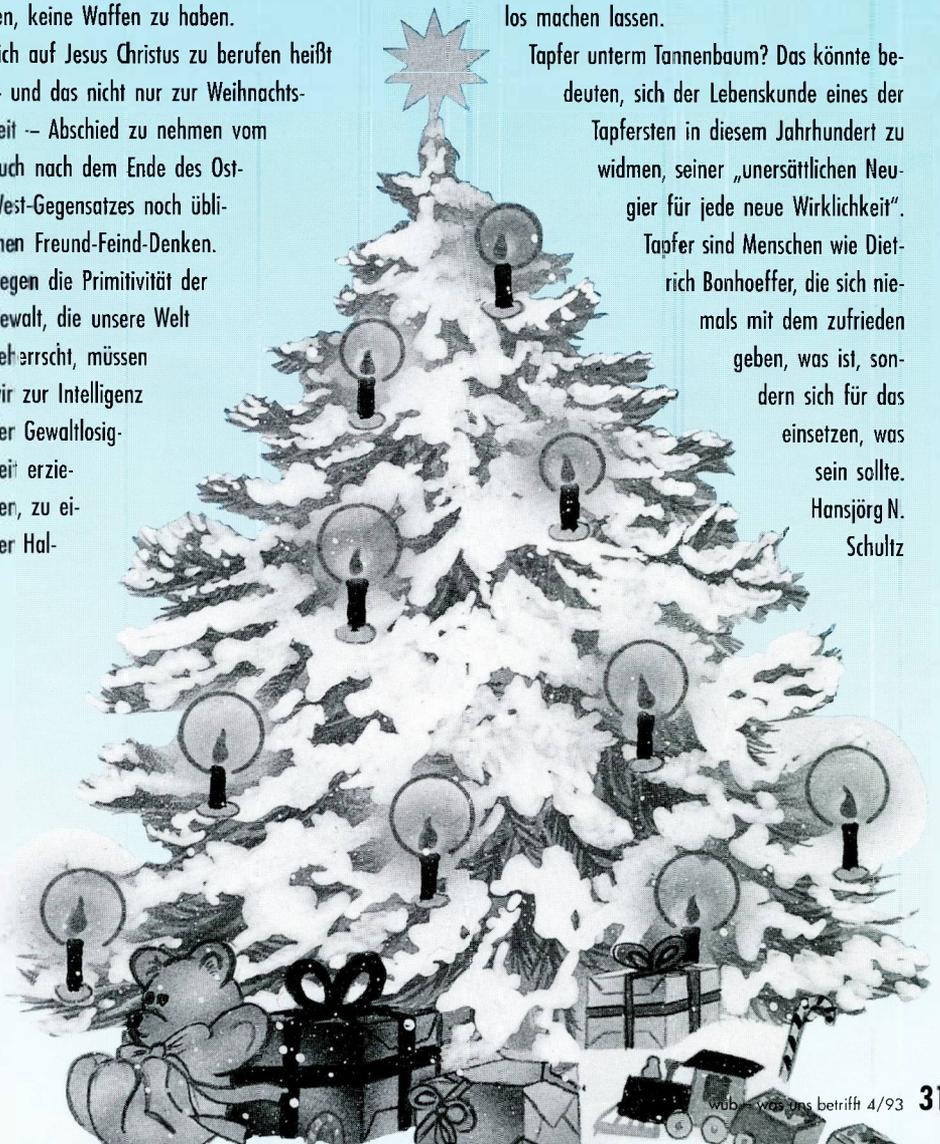
Sich auf Jesus Christus zu berufen heißt – und das nicht nur zur Weihnachtszeit – Abschied zu nehmen vom auch nach dem Ende des Ost-West-Gegensatzes noch üblichen Freund-Feind-Denken. Gegen die Primitivität der Gewalt, die unsere Welt beherrscht, müssen wir zur Intelligenz der Gewaltlosigkeit erziehen, zu einer Hal-

tung, die unsere Kinder instand setzt, die linke auch noch darzubieten, „so Dir jemand einen Streich gibt auf Deine rechte Backe.“ Wir müssen den Mut zur Schwäche entwickeln. Die Kirche hat die Hilfe für die Schwachen institutionalisiert, wir Christen müssen beginnen, die Schwäche zu politisieren. Auch das ist zunächst eine Frage von Tapferkeit.

An Weihnachten vor 50 Jahren schrieb Dietrich Bonhoeffer in einem Brief an einen Freund: „Manche Menschen sind in ihrem Leben von früh auf schon so durcheinandergeschüttelt worden, daß sie sich eine große Sehnsucht gar nicht mehr leisten, sie haben sich abgewöhnt, den inneren Spannungsbogen über lange Zeit hinweg auszudehnen und schaffen sich kurzfristige und leichter zu befriedigende Freuden als Ersatz.“ Der Pazifist Bonhoeffer war auch im KZ noch voller Sehnsüchte. Für ihn mußte der Friede „gewagt“ werden, er ist das „Gegenteil von Sicherung“. In seinen Hoffnungen auf eine bessere Welt hat sich Bonhoeffer auch von den Nazis nie mutlos machen lassen.

Tapfer unterm Tannenbaum? Das könnte bedeuten, sich der Lebenskunde eines der Tapfersten in diesem Jahrhundert zu widmen, seiner „unersättlichen Neugier für jede neue Wirklichkeit“.

Tapfer sind Menschen wie Dietrich Bonhoeffer, die sich niemals mit dem zufrieden geben, was ist, sondern sich für das einsetzen, was sein sollte.
Hansjörg N. Schultz



wub

was uns betrifft

ART

Berta Kals, „Der Traum der Engel“



„Alle Jahre wieder“, mag der flüchtige Betrachter dieser wub-Art-Seite denken, „zu Weihnachten gibt’s eben überall die obligatorischen Krippenbilder.“ Und im Supermarkt – süßer die Kassen nie klingeln – tönt dann wochenlang „O du fröhliche“ aus der Lautsprecheranlage, in den Schaufenstern schweben kleine Engelchen und in jeder Preislage gibt’s solche Krippen mit dem süßlichen Jesuskind. . .

Aber – wer genau hinschaut, auf diese Krippe hier von Berta Kals, der macht überraschende Entdeckungen, denn: Statt Kitsch und Idylle ist hier harte Wirklichkeit und durchaus reale Utopie aus dem roten Ton modelliert. Da liegt das Jesuskind in der aufgesägten Hülle einer SS 20-Atomrakete und Maria sitzt in aller Ruhe auf einer ausgehöhlten Pershing II. In den 80er Jahren waren diese sowjetischen bzw. amerikanischen Mittelstreckenraketen Symbole einer möglichen Eskalation zum Nuklearkrieg. Jetzt liegt hier das neugeborene Kind des Friedens und zerbricht ein Gewehr – eine Geste, die als künstlerisches Zitat an den Holzschnitt „Christus zerbricht das Gewehr“ von Otto Pankok erinnert. Das Kind in der Krippe bringt den Frieden Gottes, der eine Gegenkraft zur Welt der Gewalt ist. Die göttliche Abrüstung hat schon begonnen, sie vollzieht sich in der realen Welt und beginnt in den Herzen und Köpfen.

Neben dem Christuskind sehen wir einen Engel, der auf einem zur Flöte umfunktionierten Gewehr spielt. Weihnachten ist hier von der Künstlerin dargestellt als göttliche Umrüstung und Konversion einer waffenstarrenden Welt. Aus dem Motto „Schwerter zu Pflugscharen“ ist die Losung „Waffen zu Musikinstrumenten“ geworden: Da werden Panzer zu Orgeln,

Panzerfäuste zu Oboen, Raketen zu Harfen, Kanonen zu Celli, aus den mörderischen Patronengurten werden Perlenschnüre von lebendigen, vielstimmigen Tönen.

Die Krippe von Berta Kals erzählt die biblische Botschaft vom Frieden auf Erden als Vision von der göttlichen Umrüstung einer Welt tödlicher Gewalt. Aus zerstörerischen Mißklängen, ohrenbetäubendem Lärm und schmerzhaftem Knall wird ein menschenfreundliches, harmonisches Konzert.

Die Deutung der weihnachtlichen Botschaft geht noch weiter: Josef bringt Ähren und der Engel, der einen Stahlhelm zum Topf umgedreht hat, bringt Hafer. Brot statt Waffen für die Welt.

Auf dem Boden verstreut liegen Weizenkörner: Alle Menschen sollen satt werden, die gerechte Verteilung der Güter dieser Erde wird an die Stelle von Krieg treten.

Auslöser für die Gestaltung der Krippe war nach Berta Kals’ eigener Aussage die Geburt ihres ersten Kindes. Damals habe sie spontan gedacht: „Es darf nie wieder Krieg geben. Ich habe als junges Mädchen den Zweiten Weltkrieg in Aachen erlebt, all diese Bombennächte. Unser Haus wurde zerstört, während wir im Keller saßen. Ich habe soviel Elend gesehen in diesen Jahren, das muß unseren Kindern, das muß allen Kindern erspart bleiben. Wenn Christen aufrichtig sind, können sie doch eigentlich nicht gläubig Weihnachten feiern und unbekümmert so weiterleben, wie wir Menschen der nördlichen Industrie- und Hochrüstungsstaaten es tun.“

Die Krippe kann – nach Einzelvereinbarung – von Gruppen und Organisationen ausgeliehen werden bei: Berta Kals, Kreuzstraße 56, 52080 Aachen
Harald Wagner